



# BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Bayerischer Städtetag:

## Keine Schnellschüsse im Finanzausgleich!

Die Diskussion um eine „Lex München“ und die Schlüsselzuweisungen an die Landeshauptstadt München hat hohe Wellen geschlagen. Wie der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, bei der jüngsten Verbands-Bezirksversammlung Mittelfrankens in Baiersdorf unter der Leitung von Erstem Bürgermeister Andreas Galster feststellte, seien verschiedene Einzelaspekte des kommunalen Finanzausgleichs teils polemisch in die Runde geworfen worden. Nötig sei jedoch eine sachliche und differenzierte Haltung.

Zu einer ernsthaften Erörterung über eine Fortentwicklung des Finanzausgleichs sei der Bayerische Städtetag bereit. Allerdings müsse dies im Rahmen einer gründlichen Aufarbeitung geschehen, könnten doch schon kleine Drehungen an einer einzelnen Stellschraube des komplexen Ausgleichssystems erhebliche Wirkungen entfalten, so Maly. Der Städtetag sei von der Höhe der Schlüsselzuweisungen 2012 an die Landeshauptstadt nicht weniger überrascht als das Finanzministerium und die anderen kommunalen Spitzenverbände. Es sei daher hilfreich, hier gemeinsam zu untersuchen, wie es zu dieser speziellen Konstellation kommen konnte.

Maly zufolge darf man den Hintergrund für die Bemessung

der Schlüsselzuweisungen nicht aus den Augen verlieren: „Den Ausschlag für die Höhe der Münchner Schlüsselzuweisung gab die Höhe der Sozialkosten aus dem Jahr 2010 und ihre Gewichtung nach der Umlagekraft. Es sollte auch nicht ausgeblendet werden, dass München in manchen Jahren – zu Recht – überhaupt keine Schlüsselzuweisungen erhalten hat.“

### Sozialausgaben steigen

Die Sozialausgaben der Kommunen und besonders der großen Städte stiegen weiter. Obwohl Bund und Länder hierfür in der Verantwortung stehen, drohe dies nun zu Auseinandersetzungen zwischen

Die Erwartungen an den kommunalen Finanzausgleich dürften nicht überfrachtet werden, fuhr der Vorsitzende fort. Der Ausgleich zwischen Kommunen mit größerer Finanzkraft und Kommunen mit geringerer Finanzkraft solle Unterschiede verringern, dürfe diese aber von Gesetzes wegen nicht vollständig ausgleichen. Maly: „Der kommunale Finanzausgleich soll für eine gewisse Balance sorgen, aber er ist nicht als Mittel zur Strukturpolitik geeignet. Wenn es darum geht, strukturelle Defizite von strukturschwachen Kommunen zu beheben, steht der Freistaat mit einer gezielten Landesentwicklung in der Pflicht. Wenn stattdessen nun gefordert wird, den kreisfreien

(Fortsetzung auf Seite 4)

### Zukunftschancen für die Landkreise

Der Bayerische Landkreistag trifft sich dieses Jahr am 14. und 15. Mai in Sonthofen im Landkreis Oberallgäu zur Jahresversammlung. Nach der Begrüßung durch den gastgebenden Oberallgäuer Landrat Gebhard Kaiser und Dr. Jakob Kreidl, den Präsidenten des Bayerischen Landkreistags, hat sich Ministerpräsident Horst Seehofer mit einer kommunalpolitischen Rede angekündigt. Außerdem wird Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle neue Wege in der Bildungspolitik aufzeigen. Über den Ärztemangel im ländlichen Raum berichtet Landesärztekammerpräsident Dr. Max Kaplan.

Am zweiten Tag wird vhw-Hauptgeschäftsführer Bertram Brossard über Perspektiven für den ländlichen Raum in Bayern informieren, bevor auf dem Podium über Breitbandversorgung diskutiert wird. **JD**

Treffen der oberbayerischen Landräte in Mühldorf:

## Bildung im Vordergrund

Bei der jüngsten Sitzung aller oberbayerischen Landräte, die dieses Mal im Landkreis Mühldorf abgehalten wurde, stand das Thema Bildung im Mittelpunkt der Diskussion. Unter der Leitung des Bezirksvorsitzenden Thomas Karmasin, Landrat von Fürstentfeldbruck, informierten Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle und der Präsident des Bayerischen Landkreistages Dr. Jakob Kreidl die Landräte über die Entwicklung von Bildungsregionen durch die Einrichtung sogenannter Dialogforen, bei denen sich alle am Bildungswesen beteiligten Personen über die momentane Situation und die Zukunft der Bildung austauschen sollen.

An Dialogforen arbeiten die Partner in den Bildungsregionen institutionell und kontinuierlich zusammen. Dies sind z. B. Schulen mit den Schulfamilien, die Schulverwaltung, Behörden, die regionale Wirtschaft sowie die Agentur für Arbeit, die Kommu-

nen, Organisationen der Jugendhilfe und der Jugendarbeit sowie regionale Bildungsträger; ferner gesellschaftliche Organisationen wie die Kirchen, Vereine und Verbände. Bestehende Bildungslandschaften, Bildungsregionen mit regionalen Netzwerken, können Vorbild sein: Beispiele sind etwa die Städte Kempten und Erlangen.

### Teilhaberechtigkeit

Ziel sei es, die Teilhaberechtigkeit auszubauen und allen jungen Menschen zusätzliche Chancen zu eröffnen, betonte Minister Spaenle. Die Lebenswirklichkeit (Fortsetzung auf Seite 4)

Deutscher Präventionstag in München:

## Sicher leben in Stadt und Land

Unter der Schirmherrschaft von Oberbürgermeister Christian Ude und Ministerpräsident Horst Seehofer hat erstmals in München der 17. Deutsche Präventionstag stattgefunden. Die Veranstaltung im ICM-Kongresszentrum stand unter dem Motto „Sicher leben in Stadt und Land“. Besucht haben den größten europäischen Kongress auf dem Gebiet der Kriminalprävention rund 4.000 Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet sowie dem Ausland.

An den zwei Veranstaltungstagen wurden über 100 Vorträge und Foren zu allen Aspekten der Prävention angeboten. Darüber hinaus stellten rund 150 Aussteller mit Informationsständen ihre Aktivitäten in allen Bereichen der Präventionsarbeit vor und standen als Ansprechpartner zur Verfügung, darunter auch Referate der Landeshauptstadt München. Außerdem fand eine Sonderreihe zum Thema „Sicher im Öffentlichen Personennahverkehr“ statt, bei der zivilcouragiertes Verhalten und Sicherheitskonzepte in öffentlichen Verkehrsmitteln im Vordergrund standen.

### Zivilcourage

Im Rahmen der „DPT-Schüleruni“ hatten Münchner Schüler an beiden Tagen Gelegenheit, an Veranstaltungen zu den Themen Gewalt, Zivilcourage und Chancengleichheit teilzunehmen. Zudem gab es eine offene Bühne mit zahlreichen Vorführungen sowie ein Filmforum, eine Posterausstellung und eine Schulung für Seniorinnen und Senioren zum Thema Trickdiebstahl sowie viele weitere Begleitveranstaltungen.

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann, der gemeinsam mit Münchens Oberbürgermeister Christian Ude den 17. Deut-

schen Präventionstag eröffnete, bekannte sich klar zur Präsenz der Polizei in der Fläche als „wichtigen Baustein unseres Sicherheitskonzepts“.

### Präventionsarbeit

Wie Herrmann erläuterte, werde es mit ihm keinen Rückzug der Polizei aus der Fläche geben. Ganz wesentliche Elemente in der Präventionsarbeit sind für ihn die Sicherheit im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und die Stärkung der Zivilcourage. Als Beispiel nannte Herrmann das seit zehn Jahren laufende Projekt „Coolrider“ der Nürnberger Polizei zusammen mit der Verkehrs AG Nürnberg und den Nürnberger Schulen. Dabei wird durch den freiwilligen Einsatz von jugendlichen Fahrzeugbegleitern, den „Coolridern“, die Sicherheit im ÖPNV verbessert.

### „Coolrider“

Beim Start des Projekts haben sich zunächst acht Schülerinnen und Schüler als Coolrider ausbilden lassen. „Bis heute sind es schon mehr als 2.000 Jugendliche aus rund 50 Schulen. Derzeit wird das Projekt flächendeckend im Großraum Nürnberg und nun auch mit der großen Unterstüt-

zung der Versicherungskammer Stiftung nach Möglichkeit auf ganz Bayern ausgeweitet. Das ist Präventionsarbeit par excellence!“, freute sich der Minister.

Herrmann betonte, dass wohlverstandene Prävention ganz besonders den Schutz unserer Bevölkerung im Auge haben müsse. Die Vorschläge, Schwerverbrecher schon nach fünf Jahren einen Hafturlaub zuzubilligen, seien deshalb „in jeder Hinsicht kontraproduktiv“, nach seiner Überzeugung „ein ebenso hochgefährliches wie absurdes Vorhaben“. Herrmann: „Bei solchen Experimenten zulasten der Sicherheit unserer Bevölkerung macht Bayern auf keinen Fall mit. Bei uns gilt weiterhin die Devise Opferschutz vor Täterschutz!“

### Wichtiger Impulsgeber

Den deutschen Präventionstag nannte Herrmann einen „wichtigen Impulsgeber in Sachen innovative und nachhaltig-effektive Kriminalprävention in Deutschland“ (Fortsetzung auf Seite 4)



Power für Bayerns Kommunen:

### GZ lädt zum Energie-Forum

Wissen ist Energie. Am 28. Juni ist es wieder soweit: Die Bayerische Gemeindezeitung lädt zum großen Info-Tag für Kommunen. Im Garching Bürgerhaus treffen die Profis der Kommunalpolitik auf die Profis der Energiebranche. Das erwartet Sie: Noch mehr Fachvorträge von Experten; kompetente Gesprächspartner aus Politik, Wissenschaft und Energiebranche sowie eine deutlich erweiterte Ausstellung mit individuellen Lösungsvorschlägen. Mehr Information unter [www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de).

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Kommunen zu führen. Die Kommunen und ihre Verbände sollten hier weiter gemeinsam eine Entlastung von den hohen Sozialausgaben fordern. Maly: „Schließlich dürfen wir nicht außer Acht lassen, dass bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen bereits derzeit Sonderbedarfe für Gemeinden mit hoher Arbeitslosigkeit und für Gemeinden mit anhaltendem Bevölkerungsrückgang berücksichtigt werden. Auch hier muss geprüft werden, ob und wie diese Ansätze noch verstärkt werden können. Der Städtetag geht dieses Thema an, aber wir sollten das Kind nicht mit dem Bad ausschütten: Der Grundgedanke eines kommunalen Finanzausgleichs hat sich bewährt. Das Grundsystem des bayerischen kommunalen Finanzausgleichs und die Grundkonstruktion der Schlüsselzuweisungen sind richtig.“



Wenig anzufangen weiß der Bürgermeister mit dem Begriff „shitstorm“, der ihm von einem E-Mailschreiber angedroht wird. Der Grund hierfür ist der Plan des Rathauses, die Wartebereiche im Einwohnermeldeamt zur handfreien Zone zu erklären. Ob sich der Bürgermeister von seiner Linie wird abbringen lassen? Seite 15

## Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Finanzierung des Breitbandausbaus steht	2
Bauern im Zentrum der Landesentwicklung	2
<b>GZ-Kolumne Georg Huber:</b>	
<b>Theorie und Praxis im Gleichgewicht</b>	<b>3</b>
Aktionswoche: Erster Bericht zur Männergesundheit	3
<b>GZ-Fachthemen:</b>	
<b>Kommunalfinanzen</b>	<b>5-8</b>
<b>Wasser · Abwasser</b>	<b>9</b>
<b>Kommunaler Bau</b>	<b>10-11</b>
<b>Grünanlagen · Friedhofsgestaltung</b>	<b>12-13</b>
<b>Kommunalfahrzeuge</b>	<b>13-14</b>
Aus den bayerischen Kommunen	14-16

# Bauern im Zentrum der Landesentwicklung

Agrarminister Brunner setzt auf heimische Öko-Produkte

Mit einer Politik der noch stärker auf heimische Ökoproduktion ausgerichteten Land- und Forstwirtschaft in jeder Beziehung, geht Landwirtschaftsminister Helmut Brunner (CSU) in die Agrarpolitik der kommenden Jahre. „Der ländliche Raum ist für die Mehrheit der Menschen in Bayern der entscheidende Lebens- und Wirtschaftsraum“. So hat der Minister in einer Regierungserklärung im Landtag Planung und Programme der Staatsregierung im Einzelnen erläutert und in die Zusammenhänge mit der Entwicklungs- und Europapolitik gestellt. Mit den Kommunen will er „Visionen für den ländlichen Raum für das Jahr 2030 entwickeln“.

Im Einzelnen kündigte der Minister an, bis nächstes Jahr zwei Millionen Euro für die Förderung regionaler Erzeugnisse der bäuerlichen Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen. Helfen soll auch ein neues Regionalsiegel für bayerische Produkte, aufgebaut auf dem bestehenden Siegel „Geprüfte Qualität - Bayern“. Ziel sei, die Bioproduktion in Bayern bis 2020 zu verdoppeln. Abzuwarten bleibe, wie voraussichtlich noch heuer in Brüssel die Weichen gestellt werden. Dabei müssten die Vorleistungen des Freistaats für Artenschutz im Umweltbereich anerkannt und angerechnet werden. Um die Gentechnikfreiheit von Lebensmitteln abzusichern, will Brunner in Zusammenarbeit mit den Donau-Anrainerstaaten eine Steigerung der heimischen Futtermittelproduktion bewirken. Damit würde die Abhängigkeit von gentechnisch verunreinigten Soja-Importen verringert.

## Schulhausflüge

Der Minister will das Verständnis für bäuerliche Ökoprodukte schon in der Schule wecken. Grundschüler sollten ab dem neuen Schuljahr mindestens einmal einen Tag auf dem Bauernhof verbringen. In den Unterricht sei auch „Landpädagogik einzubauen. Diesen Vorschlag hat Brunner schon mit dem Kultusministerium abgestimmt, so wie er angesichts der entwicklungspolitischen Bedeutung der Agrar- und Forstpolitik mit allen beteiligten Ressorts und mit den Kommunen zusammenwirken will.

Die Opposition erkannte zwar „durchaus richtige Ansätze“ Brunners an, vermisste jedoch eine klare Linie. Maria Noichl (SPD) sprach von „reiner Ankündigungspolitik“. Seine Absicht, die Beratung der Landwirte auf regionale Ämter zu konzentrieren, bedeute Rückzug aus der Fläche. In der Forstpolitik warnte sie davor, dem Gewinn Vorrang

vor der Ökologie zu geben. Annette Karl (SPD) sah die Politik des Landwirtschaftsministers im Rahmen der ganzen Landesentwicklungspolitik. Es genüge nicht, mit den Kommunen „einen Runden Tisch zu veranstalten“, da müsse zum Beispiel auch die Energiewende als Aufgabe kommunaler Verantwortung eine Rolle spielen.

Für die Grünen befanden Adi Sprinkart und Anne Franke, es sei noch nichts für die regionale Vermarktung getan worden. Der Umstieg auf Ökoproduktion hätte Jahre früher beginnen müssen. Die Anträge der Grünen seien aber abgelehnt worden. Die Genehmigung von Supermärkten

## Mitgliederversammlung KAV Bayern:

# Mediation bei Großvorhaben

Auf ihrer turnusmäßigen Mitgliederversammlung in Ingolstadt haben die kommunalen Arbeitgeber ihren Vorstand teilweise neu besetzt. Als Stellvertreter des Vorsitzenden Dr. Thomas Böhle, München, wurden Josef Hasler und Matthias Diebl gewählt. Josef Hasler ist Vorsitzender der Geschäftsführung der Städtischen Werke Nürnberg GmbH, eines der größten kommunalen Energieversorgungsunternehmen in Deutschland und repräsentiert die kommunalen Unternehmen in Bayern. Matthias Diebl ist Landrat des Landkreises Fürth und vertritt die 71 bayerischen Landkreise im Vorstand des KAV Bayern.

Im öffentlichen Teil der Mitgliederversammlung stellte Ingolstadts Oberbürgermeister Dr. Alfred Lehmann die bemerkenswerte Entwicklung seiner Stadt mit sehr geringer Arbeitslosenquote und enormem Wirtschaftswachstum heraus. Darüber hinaus begrüßte er den Tarifabschluss 2012 und bedankte sich beim KAV Bayern für die sehr gute Unterstützung sowohl bei den Tarifverhandlungen als auch in der Rechtsberatung im Einzelfall.

## Altersdiskriminierung

Diana Wulfers von der Ge-

auf der grünen Wiese wie auch die 3. Startbahn für den Münchner Flughafen begünstigten den falschen Flächenverbrauch. Ulrike Müller (FW) schlug in die gleiche Kerbe und forderte Planungssicherheit für die Bauern in jeder Beziehung.

## Demographie

Albert Füracker (CSU), Vorsitzender im Agrarausschuss, befand, Brunner sei auf einem sehr guten Weg der modernen Agrar- und Gesellschaftspolitik. Mit den 47 Ämtern für Land- und Forstwirtschaft, von denen keines geschlossen werde, sei der engere Kontakt zu den Bauern gewährleistet. Klassische Produktion und Ökologische Schwerpunkte würden gefördert. Thomas Dechant (FDP) verwies auf die Wichtigkeit, die Entwicklung des ländlichen Raumes der demografischen Entwicklung anzupassen. Das bedeute neben agrarischen Fachfragen auch, den kommunalen Finanzausgleich darauf auszurichten. **rm**

## Aufruf zum Mitmachen:

# Bücher aus dem Feuer

Lesungen zum Jahrestag der Nazi-Bücherverbrennung am 10. Mai

Verbrannt, verboten, verbannt - die Namensliste der Autorinnen und Autoren ist lang. Unzählige Intellektuelle, Künstlerinnen und Künstler wurden ihrer Heimat und Arbeit beraubt, viele wurden ermordet oder in den Tod getrieben. Das darf nicht vergessen werden.

Deshalb finden alljährlich am 10. Mai zahlreiche Gedenkveranstaltungen statt. „Viele bayerische Kommunen unterstützen seit Jahren die Aktion Bücherlesung“, bedankt sich der Initiator, TV-Moderator Gerhard Schmitt-Thiel.

Zum 79. Jahrestag der Bücherverbrennung werden auch heuer zahlreiche Lesungen aus den Werken jener Autoren stattfinden, deren Vernichtung die Nazis beschlossen hatten. Schmitt-Thiel konnte wieder viele prominente Mitstreiter gewinnen.

Weitere Informationen gibt es im Internet unter der URL: [www.buecherlesung.de](http://www.buecherlesung.de) □

# Finanzierung des Breitbands steht

Kabinett und Koalition einigen sich auf Hilfen

Der wegen Finanzierungsschwierigkeiten immer wieder verzögerte Ausbau eines hochleistungsfähigen Breitbandnetzes in Bayern kommt besser in Fahrt. Eine Arbeitsgruppe von Kabinett und Koalitionsfraktionen einigte sich auf ein Förderprogramm. Demnach sollen die im Nachtragshaushalt 2012 veranschlagten 100 Millionen Euro auch in den folgenden Jahren bis 2017 zur Unterstützung finanzschwacher Gemeinden bereitgestellt werden. In strukturschwachen Regionen sind Zuschüsse von 40 bis 80 Prozent der jeweiligen Kosten, maximal 500.000 Euro, eingeplant.

„Damit legen wir den Grundstein für künftiges Wirtschaftswachstum und sichern Bayerns Vorsprung“, teilte Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) mit. Vor allem kleinere Gemeinden können für den Ausbau ihrer Infrastruktur bei Bedürftigkeit finanzielle Hilfe bekommen. Es geht um das Breitbandnetz mit Übertragungsgeschwindigkeiten von mindestens 50 Megabits in Gewerbegebieten sowie in Gebieten mit mindestens fünf Unternehmen. Förderfähig ist auch die Anbindung von Privathaushalten und kommunalen Einrichtungen wie Schulen und Behörden, dies auch bei Geschwindigkeiten unter 50 Megabits. Außer staatlichem Zuschuss soll es zinsgünstige Darlehen der LfA Förderbank Bayern geben. Aus Kommunen und Betrieben hörte man immer wieder die Klage, dass man ohne Hochgeschwindigkeitsnetz nicht mit den Wirtschaftszentren konkurrieren könne.

Für die CSU-Fraktion hob Erwin Huber, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses, besonders die Bedeutung der gestaffelten Förderung hervor. Nun seien kräftige Impulse für den IT- und Wirtschaftsstandort Bayern als Ganzes zu erwarten. Der Fraktion sei die Differenzierung der Fördersätze nach Finanzkraft sehr wichtig, um Gemeinden zu helfen, die die Breitbanderschließung sonst nicht schultern könnten. Der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Fraktion Dietrich von Gumpenberg betonte, man sei einig, ein möglichst kraftvolles finanzielles Signal zu setzen.

Nach der formellen Grundsatzerklärung des Kabinetts diese Woche wird das Förderprogramm bei der EU-Kommission zur Genehmigung eingereicht. „Wenn die Kommission zügig arbeitet, können wir noch im Sommer mit der Förderung beginnen“, verkündete Zeil. **rm**

# Rauchmelder in die Wohnungen

Koalition begräbt Streitigkeiten

Voraussichtlich im Mai wird der Landtag den Einbau von Rauchmeldern in Privatwohnungen zum Gesetz machen. Nach jahrelangem Streit, auf Kabinettsebene zwischen Umwelt- und Innenministerium, haben sich die Regierungsfaktionen CSU und FDP geeinigt und die Initiative ergriffen. In einem Dringlichkeitsantrag wurde die Staatsregierung aufgefordert, umgehend einen Gesetzentwurf zu erarbeiten. Die beiden Fraktionen werden in einer Arbeitsgruppe mitwirken.

„Der Landtag spricht sich für eine Rauchwarnmelderpflicht nicht nur für alle Neubauten, sondern mit einer Übergangsfrist auch für alle Altbauten aus“, heißt es im Antrag. Entscheidend für den auch in beiden Fraktionen noch letztes Jahr umstrittenen Beschluss war ein Appell des Landesfeuerwehrverbandes. Mehr als 60 Tote seien jährlich in Bayern zu beklagen. Der Vergleich mit den neun Ländern, in denen es die Rauchmelderpflicht bereits gibt, lasse errechnen, dass etwa die Hälfte dieser meist ersticken Opfer vermieden werden könne. Der Preis ab etwa 15 Euro pro empfehlenswertem Gerät falle also absolut nicht ins Gewicht.

die Bereitschaft und die Fähigkeit der Bürgerinnen und Bürger, die eigene Betroffenheit im Rahmen der Verantwortung für das Ganze zu bewerten.“

## Meinungsgefüge

„Ich glaube nicht, dass in Deutschland das Grundverständnis für die Notwendigkeiten eines Industrielandes verloren gegangen ist. Sollten sich aber doch im Gefüge der Meinungen und Überzeugungen über die Zumutbarkeit und Verteilung der mit Großprojekten verbundenen Lasten in der Gesellschaft tektonische Verschiebungen ereignen haben, dann können sie nicht ‚mediatisiert‘ werden“, führte Hänsch weiter aus. „Da müssen dann die Kulturschaffenden in Kirchen und Wissenschaft, Medien und Parteien, ein größeres Rad drehen – und das Volk selbst, das durch Wahlen und Abstimmungen entscheidet.“ **DK**

chen.“ Deshalb sei sie es wert, dass Gesellschaft und Politik, Unternehmen und Bürgerinitiativen sie in das Grundwissen über Methoden der Demokratie zur Konfliktminderung und Eskalationsvermeidung aufnehmen.

## Einzelfälle

„Die Politik sollte nicht versuchen, Mediation auf das Prokrustesbett eines Gesetzes zu schnallen“, meinte Hänsch. Jede Mediation habe ihre eigene Vorgeschiede. Jede geschehe in einem bestimmten politischen und gesellschaftlichen Umfeld und in einer besonderen politischen Konstellation. Jedes Verfahren habe ein eigenes inhaltliches und formales Design. Jedes müsse auf jeden Einzelfall neu zugeschnitten werden können. Allenfalls könnte sie als eine Möglichkeit formal in den gesetzlichen Bestimmungen über Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren verankert werden.

## Demokratieergänzung

Hänsch zufolge „ist Mediation auch kein Ausstieg aus der repräsentativen bzw. parlamentarischen Demokratie. Sie kann bestenfalls deren effektive Ergänzung sein. Wenn Mediation mehr sein wollte, würde sie Wahlen tendenziell überflüssig machen. Schließlich sitzt am Mediationstisch nie das ‚Volk‘ selbst – nicht einmal Teile von ihm. Es sind immer nur ‚Repräsentanten‘ von Teilen. Und die sind nicht einmal gewählt, sondern allenfalls entsandt.“

Schon gar nicht sei die Mediation ein Einstieg in eine angeblich höhere Form der Demokratie, die direkte. Von den „basisdemokratischen“ Weiraucherschwadern, mit denen sich die Schlichtung „Stuttgart 21“ zeitweilig umwölkt habe, hält der ehemalige EP-Präsident jedenfalls gar nichts.

## Verantwortungsübernahme

Mediation sei Einfluss auf Entscheidungen. „Sie ist keine Demokratiepädagogik. Eine neue Bürgergesellschaft bringt sie nicht hervor. Sie setzt sie vielmehr voraus. Ihr solider Grund ist

schäftsstelle des KAV Bayern informierte im Anschluss rund um die Neuregelung des Erholungsurlaubs im TVöD. Das Bundesarbeitsgericht hatte am 20. März 2012 die bisherige Altersstaffelung bis bzw. ab dem vollendeten 30. bzw. 40. Lebensjahr als altersdiskriminierend bewertet und auch unter 40-jährigen Beschäftigten 30 Tage Erholungsurlaub zugesprochen. Den Arbeitgebern war in der Tarifrunde 2012 jedoch eine Neuregelung dieses in den Betrieben und Dienststellen hoch emotional diskutierten Themas Erholungsurlaub geglückt. Wulfers stellte die BAG-Entscheidung sowie die Neuregelung mit ihren Übergangs- und Besitzstandsregeln vor und stellte sich Fragen aus dem Plenum.

## Erfahrungsschatz

Über die Bedeutung der Mediation für die Akzeptanz kommunaler Großvorhaben referierte der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments Dr. Klaus Hänsch. Er schöpfte hierbei aus seinem breiten Erfahrungsschatz als Mediator beim Ausbau des Frankfurter Großflughafens.

Sehr eindringlich stellte Hänsch die Möglichkeiten und Vorteile eines dem eigentlichen Entscheidungsprozess vorgelagerten Mediationsverfahrens vor. Mediation ist nach seinen Worten kein Patentrezept zur Herstellung von Akzeptanz für infrastrukturelle Großprojekte. „Sie verändert die Grundüberzeugungen der Protagonisten in der Regel nicht. Sie kann Bürgern zusätzlichen Raum für die Mitwirkung an Entscheidungen von gesellschaftlicher Bedeutung bieten. Sie kann hier und da Verkürzungen zwischen Gegnern und Betreibern eines Projekts aufbre-

## Wir gratulieren

### ZUM 75. GEBURTSTAG

Bürgermeister Emil Konrad  
89367 Waldstetten  
am 9.5.

### ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Karl Fischer  
86869 Oberostendorf  
am 6.5.

### ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Karl Schwarzberger  
82445 Schwaigen  
am 3.5.

Bürgermeister Willi Müller  
91286 Obertrubach  
am 10.5.

Bürgermeister Johann Mödl  
85139 Wetzstetten  
am 12.5.

### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Rudi Schreck  
63934 Röllbach  
am 15.5.

### ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Hans Scharfner  
83125 Eggstätt  
am 15.5.

Bürgermeister  
Ferdinand Geisberger  
85656 Buch am Buchrain  
am 8.5.

Bürgermeister  
Joseph Mayer  
86757 Wallerstein  
am 12.5.

Bürgermeister  
Michael Göth  
92237 Sulzbach-Rosenberg  
13.5.

### ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Matthias Bentz  
88145 Oppenbach  
am 5.5.

Bürgermeisterin  
Anja Gebhardt  
91356 Kirchheurnbach  
am 14.5.

## Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Bayerisch-Oberösterreichische Landesausstellung 2012:

## Höhepunkt der Kultursaison

**Löwe trifft Adler. Der Freistaat Bayern und das Land Oberösterreich veranstalten vom 27. April bis 4. November 2012 die erste gemeinsame bayerisch-österreichische Landesausstellung. „Verbündet – Verfeindet – Verschwägert. Bayern und Österreich“. präsentiert die Höhepunkte aus 1000 Jahren einer spannungsreichen Beziehungsgeschichte vom frühen Mittelalter bis zum Ende des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation.**

Die Landesausstellung beschränkt sich auf die Geschichte bis zum 18. Jahrhundert. Das 19. Jahrhundert und die Weltkriege werden ausgespart. Aus gutem Grund: Zu einem späteren Zeitpunkt soll es eine weitere Ausstellung zu genau jenen Themen geben, informierte Richard Loibl, Chef des Hauses der Bayerischen Geschichte, beim Pressetermin in München.

### Einzigartige Exponate

Gleich in drei Städten - in Burghausen, Braunau und Mattighofen - werden einzigartige Exponate gezeigt. Begleitet wird die Landesausstellung von einem umfangreichen Rahmenprogramm mit Konzerten, Theater und Lesungen.

In Burghausen beschäftigt sich das Haus der Bayerischen Geschichte mit der Epoche „Als Österreich noch bei Bayern war“. Bis 1156 gehörten Ober- und Niederösterreich zum Herzogtum Bayern, das vom Lech bis nach Wien reichte. Bestimmende Raumachsen und wirtschaftliche Schlagadern waren die Flüsse. Donau, Salzach und Inn stellten die Verbindung zu den europäischen Nachbarn her.

### Zeitzeugnisse

Die handelnden Personen - von Herzog Tassilo bis zum heiligen Wolfgang, von Rudolf von Habsburg bis zu Margarethe Maultasch - sind in der Ausstellung ebenso präsent wie die herausragenden Zeugnisse der Zeit - von der Ostarrichi-Urkunde, dem „Taufschein“ Österreichs, bis zur Budapester Liederhandschrift, vom fast ein Kilogramm schweren awarenzeitlichen Goldkrug bis zur einzigen illustrierten Nibelungenhandschrift.

Erstmals ist auch das im 8. Jahrhundert angelegte Verbrüderungsbuch von St. Peter, in dem die Namen der agilolfingischen Herzöge in Bayern vermerkt sind, für eine Ausstellung auf Reisen gegangen. Von den Handschriftenschatzen, die im Zuge der Säkularisation nach München gelangten, sind unter anderem das Orationale und das Perikopenbuch von St. Erentrud aus dem Salzburger Kloster Nonnberg zu sehen. Die bayerischen Gründungen, die das heutige „Klosterreich“ ausmachen, stellten kostbare Leihgaben aus ihren Handschriften- und liturgischen Schätzen zur Verfügung.

### 30 Aktivstationen

Die längste Burganlage der Welt wird Schauplatz einer außergewöhnlichen Mittelalter-Ausstellung mit u. a. eindrucksvollen Inszenierungen und rund 30 Aktivstationen, die zum Tätigwerden einladen, wie zum Beispiel dem Nachbau eines mittelalterlichen Tretradkrans, in dem die Besucherinnen und Besucher ins sprichwörtliche Rotieren kommen können.

Unweit von Burghausen im heute österreichischen Innviertel liegen die beiden weiteren Ausstellungsorte, die früheren Königspfalzen Mattighofen und Ranshofen, das heute zu Braunau gehört. Im ehemaligen Augustiner-Chorherrenstift Ranshofen mit seiner sehenswerten Barockkirche steht mit der Barockzeit ein Höhepunkt des Kunst- und Kulturschaffens in Österreich und Bayern im Mittelpunkt. Die

prachtvollen Kirchen-, Kloster-, und Schlossbauten dieser Epoche zeichnen die Donauländer aus, die Barockkultur mit ihren Festen, Prozessionen, Wallfahrten gilt als bis heute prägend für die Mentalität der Bayern und Österreicher. Das herausragendste Exponat der Ausstellung ist die berühmte Kaisermonstranz Kaiser Karls VI.

### Habsburg und Wittelsbach

Im Schloss Mattighofen, einst Sitz der Grafen von Ortenburg, stehen die Konflikte im Vordergrund, die Bayern und Österreich im 18. Jahrhundert entzweiten. Trotz ihrer nahen verwandtschaftlichen Beziehungen gerieten die Herrscherdynastien Habsburg und Wittelsbach im Spanischen Erbfolgekrieg und in den napo-

### Bayernweite Aktionswoche:

## Erster Bericht zu Männergesundheit

**Bayerns Männer sollen gesünder werden. Dies betonte Dr. Marcel Huber, Gesundheitsminister, bei der Vorstellung des ersten bayerischen Männergesundheitsberichts. Unter dem Motto „Gesundheit, Männer!“ startete das Bayerische Gesundheitsministerium gemeinsam mit vielen Partnern eine bayernweite Kampagne, die Männer zu einem gesünderen Leben motivieren soll.**

„Wir wollen allen Männern zeigen, dass es kein Zeichen von Schwäche ist, wenn sie sich um ihre Gesundheit kümmern. Ziel ist es, die Männer zu informieren und zu motivieren und zu aktivieren - für eine bessere Gesundheit“, so Huber. Der erste bayerische Männergesundheitsbericht zeigt: Männer leben durchschnittlich fünf Jahre kürzer als Frauen. Sie sind häufiger und früher etwa von Herz-Kreislauf-Erkrankungen oder Diabetes betroffen, Herzinfarkte treten bei Männern im Schnitt zehn Jahre früher auf als bei Frauen.

### Ungesunde Lebensweise

Die häufigsten Krankheiten der Männer: 26 Prozent leiden an Bluthochdruck, 21,9 Prozent an erhöhten Blutfettwerten, 15,1 Prozent an chronischen Rückenschmerzen, 7,1 Prozent an Diabetes, bei den über 65-Jährigen sind es sogar 22,7 Prozent. Der Grund dafür ist häufig eine ungesündere Lebensweise: zu wenig Bewegung, unausgewogene Ernährung, zu viel Alkohol und Rauchen. Und: Gerade einmal 25 Prozent der Männer nehmen die angebotenen Vorsorgeuntersuchungen der gesetzlichen Krankenkassen wahr, bei den Frauen sind es 60 Prozent.

### Ernährung und Bewegung steigert Lebensqualität

„Viele Erkrankungen sind durch einen gesunden Lebensstil und eine rechtzeitige Diagnose vermeidbar beziehungsweise gut therapierbar. Wer sich ausgewogen ernährt und regelmäßig bewegt, steigert seine Lebensqualität und Lebenserwartung. Das wollen wir verstärkt ins Bewusstsein der Männer rücken“, betonte Huber.

Informationen über die angebotenen Früherkennungsuntersuchungen oder Tipps für einen gesünderen Lebensstil bieten das neue Internetportal [www.maennergesundheitsbayern.de](http://www.maennergesundheitsbayern.de) und ei-

leonischen Kriegen in Gegensatz zueinander. Den zweiten Themenschwerpunkt bildet die Kultur an den Herrscherhöfen in der Zeit der Aufklärung, kontrastiert mit den sehr viel bescheideneren und häufig genug entbehrensreichen Lebensverhältnissen der Bauern und Bürger. Mit der Möglichkeit, damals beliebte Spiele wie z. B. das „Paume“, ein Vorläufer des Tennis, auszuprobieren, kommt auch das Vergnügen für die Besucher nicht zu kurz.

### „Zukunft bedingt Herkunft“

Für Bayerns Wissenschaftsminister Wolfgang Heubisch ist die dreigeteilte Ausstellung auf österreichischem und bayerischem Boden ein Höhepunkt der diesjährigen Kultursaison. Er schwärmte von den außergewöhnlichen Exponaten, die zum Beispiel in Burghausen gezeigt werden. „Geschichtslosigkeit ist Gesichtslosigkeit“, meinte Oberösterreichs Landeshauptmann Josef Pühringer. Zukunft bedinge Herkunft. **DK**

ne App für Smartphones. Die Kampagne zur Männergesundheit wird von verschiedenen Partnern wie dem FC Bayern, der Bayerischen Landesärzte-, Landesapotheker-, Landespsychologentherapiekommission, den Krankenkassen, der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, dem Sozialverband VdK und vielen weiteren unterstützt. So hat die Landesärztekammer bereits im Vor-

feld der Aktionswoche ihre Mitglieder aufgefordert, ihre männlichen Patienten gezielt auf die Bedeutung eines gesunden Lebensstils und der Früherkennungsuntersuchungen hinzuweisen. Die

## Baurecht und regenerative Energien

Arbeitsgemeinschaft der VG-Geschäftsstellenleiter tagte in Wartenberg

**Die Arbeitsgemeinschaft der Geschäftsstellenleiter in Bayern (ARGE GL in Bayern e. v.) lud zu ihrer Frühjahrstagung nach Wartenberg im Landkreis Erding ein. Max Pänzinger, Tagungsleiter und stellvertretender ARGE-Vorsitzender, begrüßte rund 50 Teilnehmer zur Informationsveranstaltung über Baurecht und regenerative Energien.**

Wie Landrat Martin Bayerstorfer eingangs hervorhob, machten alle 26 Gemeinden, Märkte und Städte im Landkreis Erding mit beim Teilflächenutzungsplan Windkraft. Auf diese Geschlossenheit könne keine andere Region verweisen. Anderorts seien einzelne Gemeinden im Bemühen, gemeinsame Flächen auszuweisen, ausgespart.

### Energieatlas

Der Erdinger Energieatlas enthält eine Studie des Münchner Diplom-Ingenieurs Günter Beermann, der alle Gemeinden hinsichtlich möglicher Windradstandorte untersucht hat. Nach Auswertung vorhandenen Datenmaterials kommt er zu dem Schluss, dass rund 2350 Hektar, spricht 2,5 Prozent der Landkreisfläche, für Windkraft genutzt werden könnten. Damit liegt Erding im Anforderungsprofil des Bayerischen Energiekonzepts, das festlegt, dass ein bis zwei Prozent der Landesfläche für diese Art der Energieerzeugung zur Verfügung

### Liebe Leserinnen und Leser,

„Deutschland – das Land der Dichter und Denker“. Nur allzu gerne verweisen Bildungspolitiker und andere sogenannte Experten auf das reiche kulturhistorische Erbe unserer Nation, wenn sie uns gleichzeitig den aktuellen Verfall unseres Bildungssystems vor Augen führen wollen. Und so entsteht der Eindruck, dass sich unser Land immer mehr aufteilt in optimal qualifizierte Hochschulabsolventen auf der einen Seite und ungebildete Schulabbrecher ohne Abschluss andererseits.

Bei Zweifeln an dieser Theorie wird gerne auf die altbekannte PISA-Studie verwiesen. Dass die

## Theorie und Praxis im Gleichgewicht

Wahrheit - wie eigentlich immer - irgendwo dazwischen liegt, beweisen dagegen die vielen hochqualifizierten Absolventen der Mittel-, Real- und Berufsschulen. Gerade das duale System der Berufsausbildung bringt gebildete junge Menschen hervor, die nicht nur über aktuelles theoretisches Wissen verfügen, sondern auch eine fundierte praktische Ausbildung besitzen. Theorie und Praxis vereint in der Berufsausbildung - das ist eine Besonderheit, die genauso zu Deutschland gehört wie die eingangs erwähnten Dichter und Denker. Und sie ist die Basis für den Erfolg unserer Handwerks- und Industriebetriebe - egal ob Global Player, Mittelstand oder Kleinunternehmen.

Um dieses Fundament auch für die Zukunft zu erhalten, gibt es in vielen Regionen Anstrengungen, die Verzahnung von Ausbildung, Beruf und Studium voranzutreiben. Auch wir im Landkreis Mühldorf stricken mit unserer Bildungsinitiative „Lernen vor Ort“ an einem engmaschigen Netzwerk zwischen den regionalen Hochschulen, der heimischen Wirtschaft und Vertretern von Kammern und Innungen. Duales Studium, berufs begleitendes Hochschulzertifikat, Lehrmodule mit Anrechnung von Creditpoints - die Möglichkei-



Kolumne  
Georg Huber

ten sind vielfältig, das Ziel aber immer gleich. Mit einer wohn- und vor allem arbeitsplatznahen akademischen Weiterbildung sollen Arbeitskräfte gezielt weiterqualifiziert werden, um die Fachkräfte für die regionale Wirtschaft nachhaltig zu sichern. Gerade mittelständische Betriebe werden ihre Facharbeiterstellen in Zukunft nur besetzen können, wenn sie sich selbst engagiert in die Aus- und Fortbildung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einbringen.

Qualifiziertes Personal sichert fortschreitende fachliche Kompetenz und Innovationskraft in den Betrieben. Und auch die Arbeitnehmer profitieren von der wohnortnahen Hochschulbildung, die ihnen eine bessere Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Weiterbildung ermöglicht. Wenn ein Familienvater oder eine -mutter nicht mehr erst einen Wohnortwechsel oder hohe Fahrtkosten in Kauf nehmen muss, um sich auf akademischem Niveau weiterzubilden, sinkt automatisch die Hemmschwelle, sich auf diesen neuen Schritt einzulassen. Über zusätzliche Mitarbeitergespräche können die Betriebe ihr e Angestellten zum Schritt in die akademische Weiterbildung zusätzlich motivieren.

Doch was können die Kommunen tun, um die Möglichkeiten des dualen Studiums noch besser auszuschöpfen? Im Laufe unserer Bemühungen im Landkreis Mühldorf haben wir festgestellt, dass es oft nur einen Anstoß von außen, einen Türöffner hinein in die Hochschulen, aber auch in die Betriebe braucht. Es reicht meist schon ein erster Austausch, um Vorurteile und Ängste zu überwinden. Wer gemeinsam an einem Tisch sitzt und sich austauscht, erkennt bald die Vorteile einer Zusammenarbeit. Daneben können die Kommunen mit der Vermittlung von Räumlichkeiten oder der Unterstützung bei Marketingmaßnahmen ganz konkrete Hilfestellungen leisten, um die neuen Angebote nachhaltig zu verankern.

Theorie und Praxis sind keine Gegensätze, sondern zwei untrennbare Säulen unserer Wirtschaftskraft. Es liegt an uns, diese beiden Pfeiler in einem gewinnbringenden Gleichgewicht zu halten.

Ihr Georg Huber

Gesundheitsämter in ganz Bayern beteiligten sich mit eigenen Aktionen, die auch auf der neuen Homepage zu finden sind. **Weitere Informationen unter: [www.gesundheit.bayern.de](http://www.gesundheit.bayern.de)** □

gende Wirkung ausgehen kann, dass die entsprechenden optischen Beeinträchtigungen nicht mehr als zumutbar angesehen werden können, berichtete Dirnberger. Dabei gehe es einmal um die absolute Höhe der Windkraftanlage an sich, aber zum anderen auch um die ständige Drehbewegung des Rotors bzw. der Flügel. Für die Frage der optisch bedrängenden Wirkung komme es also nicht nur auf die Baumasse des Rumpfs, sondern die in der Höhe wahrzunehmende Drehbewegung des Rotors entscheidend an.

### Zumutbarkeitskriterien in der Rechtsprechung

Dirnberger zufolge wurden in der Rechtsprechung als Kriterien für die Frage, ob tatsächlich das Maß des den Nachbarn Zumutbaren überschritten ist, folgende Kriterien entwickelt:

- Lage bestimmter Räumlichkeiten und deren Fenster sowie von Terrassen und ähnlichem zur Windkraftanlage
- bestehende oder in zumutbarer Weise herstellbare Abschirmung des Wohngrundstücks zur Anlage
- Hauptwindrichtung und damit häufigste Stellung des Rotors zu einem Wohnhaus
- topographische Situation
- Sichtschutz durch Waldgebiete oder Gebäude
- weitere Beeinträchtigungen durch bereits vorhandene Windkraftanlagen
- planungsrechtliche Lage des Wohnhauses.

Mit anschaulichen Beispielen untermauerte der Verbandsdirektor seine Ausführungen. Die Möglichkeit zur Fragestellung wurde von den Tagungsteilnehmern rege genutzt. Aber auch der Erfahrungsaustausch kam während der Frühjahrstagung nicht zu kurz. **DK**

Deutscher Landkreistag:

## Positionen zur Verkehrspolitik

Anlässlich der jüngsten Verkehrsministerkonferenz in Kassel hat der Deutsche Landkreistag den Bund aufgefordert, die Mittel für den Erhalt und den Ausbau kommunaler Straßen zu verstetigen.

Laut Präsident Landrat Hans Jörg Duppré „dürfen die Bundesmittel in Höhe von derzeit 1,34 Mrd. Euro pro Jahr auf keinen Fall gekürzt werden“. Im Gegenteil sei eine Aufstockung auf die von den Länderverkehrsministern errechnete Summe von 1,96 Mrd. Euro gerechtfertigt, um dem unvermindert hohen Ausbau- und Neubaubedarf sowie dem steigenden Erhaltungsbedarf Rechnung zu tragen.

Duppré sagte dies mit Blick auf die ab 2014 erfolgende Anpassung der sog. Entflechtungsmittel des Bundes an die Länder bis 2019. „Die Aufrechterhaltung eines guten und modernen Straßen-

und Schienennetzes ist – gerade im ländlichen Raum – eine kostspielige Aufgabe, bei der nicht gespart werden kann, ohne die Kommunen zu überfordern.“ Daher bedürfe es neben einer Verstärkung der Mittel auch eines Inflationsausgleiches, da Bauleistungen Jahr für Jahr teurer würden und so die Investitionskraft sogar bei Beibehaltung der nominalen Mittel faktisch sinke.

### Anachronismen

Was den Beschluss der Verkehrsminister anbelangt, künftig eine bundesweite Mitnahme von Autokennzeichen z. B. bei Um-

zug zu ermöglichen, äußerte sich der Verband verhalten positiv. Wie Duppré betonte, „können wir uns vorstellen, eine solche Regelung mitzutragen, wenn die Länder im Gegenzug auf die Einführung sog. Altkennzeichen verzichten. Die Wiederbelebung von teilweise seit den 1970er-Jahren nicht mehr gebräuchlichen Kennzeichen hat nichts mit Identitätsstiftung zu tun, sondern ist anachronistisch.“

### Praktischer Nutzen

Dies sollten die Länder nicht mehr weiterverfolgen, auch in Anbetracht einer ansonsten drohenden regelrechten Flut neuer Buchstabenkürzel. Stattdessen könne es im Vergleich dazu durchaus von praktischem Nutzen sein, einmal ausgegebene Kennzeichen zu behalten, auch im Falle eines Umzuges. „Durch werden nicht zuletzt die Zulassungsbehörden entlastet, auf die andererseits bei der Wiederbelebung von Altkennzeichen neue, vermeidbare Aufgaben zukämen“, meinte Duppré. **DK**

## Keine Schnellschüsse...

(Fortsetzung von Seite 1)

Städten keine Schlüsselzuweisungen mehr zu geben, geht dies an der Problematik völlig vorbei und verkennt die angespannte Lage vieler Städte von Hof über Fürth und Nürnberg bis Augsburg.“

### Sonderprogramm

Nach Auffassung des Bayerischen Städtetags sollte gemeinsam ein staatliches Sonderprogramm für strukturschwache Gemeinden angegangen werden. Und wenn für einen funktionierenden Ausgleich mehr Schlüsselzuweisungen für Bayerns Städte, Gemeinden und Landkreise gebraucht werden, müsse der Freistaat den Topf der Schlüsselzuweisungen besser ausstatten. Bei allen Nejustierungen des kommunalen Finanzausgleichs sollte letztlich im Fokus stehen, dass zentrale Orte angemessen berücksichtigt und strukturschwache Regionen gestärkt werden.

In der aktuellen Diskussion um den Solidaripakt meinte Verbandsvorsitzender Maly: „In der Sache kann man für die Forderungen von Kommunalpolitikern aus Nordrhein-Westfalen ein gewisses Maß an Verständnis haben, die den Solidaripakt beenden wollen – gerade, wenn man auf die prekäre Finanzsituation einzelner Kommunen in NRW blickt, die ihren Soli zum Teil über Kredite finanzieren müssen.“ Jedoch sollte man trotz aller nachvollziehbaren Kritik in der Sache in der Form nicht überziehen. Wer auf der einen Seite Solidarität einfordert, könne nicht gleichzeitig auf der anderen Seite Solidarität aufkündigen.

### Planbare Finanzierung

„Wenn es einem selbst schlecht geht, hilft es wenig, begierlich auf das Geld von anderen zu schielen. Es ist jedoch legitim, nach 20 Jahren den Solidaripakt zu hinterfragen“, betonte Maly. Deshalb sollte nach der nächsten Bundestagswahl im Jahr 2013 das Finanzierungssystem überprüft werden, damit für die Kommunen bis 2019 eine rechtssichere und planbare Finanzierung steht. Maly: „Die Verteilung der Mittel muss sich zuerst nach der Bedürftigkeit richten und sollte nicht nach der geographischen Lage der Kommunen ausgerichtet werden.“

Der Städtetagschef mahnte, über der bundesweiten Diskussion um den Solidaripakt die dringende nötige Neukonzeption des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) nicht zu vergessen: „Neben dem Solidar-

pakt muss die Neuregelung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes angegangen werden. Bund und Länder sind gefordert, möglichst bald eine Nachfolgeregelung für das auslaufende Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz zu finden.“ Gerade im Bereich der Straßen- und Verkehrsinfrastruktur gebe es einen massiven Investitionsrückstand, der sich laut einer aktuellen Hochrechnung des Difü-Instituts allein im kommunalen Sektor auf 24,6 Milliarden Euro beläuft. Dies sei neben dem Rückstau bei Investitionen für Schulen und Kindertagesstätten der dickste Brocken.

### Gesamtkonzept

Kein Hehl machte Maly auch aus seiner Überzeugung, dass die dezentrale Energieversorgung ein Gesamtkonzept benötigt – gerade im Freistaat Bayern, der einen hohen Anteil an Atom-Strom aufweist. Derzeit fehle noch die ordnende Hand des Freistaates für die Umsetzung der Energiegewende. Notwendig sei ein Projektplan, der die einzelnen Schritte und die jeweils Verantwortlichen benennt. Die Kommunen hegten keine Leidenschaft für den Zentralismus, aber ohne Lenkung durch den Freistaat könne die Energiegewende nicht funktionieren. „Wildwuchs oder Goldgräberstimmung helfen nicht weiter“, so der Verbandschef.

Der Städtetag begrüßt, dass sich inzwischen die Energieagentur des Freistaates aufgestellt hat. Maly: „Es ist gut, wenn sich die Ministerien für Wirtschaft, Umwelt, Landwirtschaft, Wissenschaft und Inneres zur Zusammenarbeit gefunden haben. Es bildet sich langsam so etwas wie ein Kern heraus, aber es besteht noch innerbetrieblicher Koordinierungsbedarf, so dass die Energiegewende recht zäh in die Gänge kommt. Das Wirtschaftsministerium scheint eher auf mehr Markt und Wettbewerb bei Anbietern und Technologien zu setzen. Doch der Markt alleine wird die Energiegewende nicht richten. Der Paradigmenwechsel von einer zentralen zur dezentralen Energieversorgung ist gewaltig.“

### Energiegewende

Um die Energiegewende umzusetzen, müssten rechtliche Hemmnisse für die Stadtwerke abgebaut werden. Maly forderte, die Rahmenbedingungen für kommunale Unternehmen anzupassen: „Es ist ein Widerspruch, wenn man den hohen Energiebedarf mit regenerativen Energie-

anlagen abdecken will, aber gleichzeitig kommunale Unternehmen nur so viel Energie produzieren dürfen, wie auf dem eigenen Gebiet verbraucht wird. Diese rechtlichen Schranken blockieren die Energiegewende. Wenn wir die Energiegewende schaffen wollen, muss der rechtliche Rahmen an die Bedürfnisse einer dezentralen Energieversorgung angepasst werden.“

### Planerische Grenzen

Derzeit stoßen Kommunen, die regenerative Energiequellen nutzen wollen, an rechtliche und planerische Grenzen. Um mehr dezentrales kommunales Handeln zu ermöglichen, muss das Kommunalrecht nach Auffassung des Bayerischen Städtetags Freiräume der Energieerzeugung über den örtlichen Bedarf hinaus öffnen. Die Rahmenbedingungen für kommunale Unternehmen in der Gemeindeordnung seien so zu gestalten und zu interpretieren, dass Gemeinden und ihre Unternehmen nicht darauf beschränkt werden, nur rechnerisch so viel Energie erzeugen zu dürfen, wie örtlicher Bedarf im Gemeindegebiet besteht. Was einst für eine zentral angelegte Energieproduktion mit Großkraftwerken und drei bayerischen Atomkraftstandorten angepasst hat, stehe heute der Errichtung einer dezentralen Energieversorgung im Weg.

### Dezentrale Versorgung

Maly: „Wir müssen weg vom Großkraftwerks-Denken des vorigen Jahrhunderts. Die Fülle der Stadtwerke ist wichtiger als ein einzelner Energie-Riese.“ Derzeit würden viele Investitionen blockiert, weil sich Stadtwerke nicht sicher sind, welche kommunalrechtlichen Bedingungen bestehen. Die Energiegewende sei mit ihrer dezentralen Prägung nicht ohne die Stadtwerke zu meistern. Stadtwerke verfügten über technisches Wissen und Erfahrung zur dezentralen Energieversorgung.

Wie der Städtetagsvorsitzende hervorhob, seien Stadtwerke die geborenen Partner für die Energiegewende. Daher müssten die Rahmenbedingungen für Investitionen von Stadtwerken in Netze und Energieanlagen stimmen. Die Stadtwerke benötigten die rechtlichen Voraussetzungen, damit sie über ihre Grenzen hinweg und in interkommunaler Zusammenarbeit besser zusammenwirken können. „Man darf nicht nur in kommunalen Grenzen denken, sondern muss die regionalen Potentiale im Blick behalten – dies geht weit über gemeindliche Grenzen hinweg.“ **DK**

90. Geburtstag von Staatsminister a. D. Dr. Bruno Merk:

## Bleibende Verdienste um ein modernes Bayern

Innenminister Joachim Herrmann hat bei einem Empfang im Innenministerium zum 90. Geburtstag des ehemaligen bayerischen Innenministers Dr. Bruno Merk dessen außergewöhnliche Leistungen für Bayern hervorgehoben: „Die Gebietsreform in den Siebziger Jahren war eine der größten Reformen in der jüngeren bayerischen Geschichte. Sie ist untrennbar mit dem Namen Dr. Bruno Merk verbunden.“

Bis 1978 wurde die Zahl der vormals 7.073 Gemeinden auf 2.052 reduziert. Die Zahl der Landkreise wurde von 143 auf 71 halbiert und anstelle der ehemals 48 kreisfreien Städte gab es am Ende der Reform nur noch 25. Herrmann: „Dr. Bruno Merk hat dieses Mammutvorhaben auch gegen heftige Widerstände verfolgt – mit Mut, Gründlichkeit, Stehvermögen und vor allem im Dialog mit den Betroffenen. Damit hat er in Bayern leistungsfähige, bürgernahe und effektiv arbeitende

Gemeinden geschaffen. Nur so konnte Bayern seinen wirtschaftlichen Aufschwung erleben.“ An dem Empfang nahmen unter anderem die Präsidentin des Bayerischen Landtags, Barbara Stamm, der Nachfolger Merks im Amt des Innenministers, Ministerpräsident a. D. Dr. Edmund Stoiber, sowie der Vorsitzende der CSU-Landtagsfraktion, Georg Schmid, teil.

### Polizeiverstaatlichung

Ein weiteres großes Reform-

## Sicher leben...

(Fortsetzung von Seite 1)

Die international herausragende Veranstaltung sei Dank des Idealismus und Einsatzes der Veranstalter so erfolgreich.

### Verlässlichkeit

Wie auf dem Kongress deutlich wurde, bedeutet „Sicher leben in Stadt und Land“ weit mehr als ein Leben in äußerer und innerer Sicherheit. Von gleichem Wert ist ein Leben in sozialer und wirtschaftlicher Sicherheit sowie die Verlässlichkeit und Planbarkeit des eigenen Lebens. Das ist jedoch in modernen Gesellschaften nicht mehr selbstverständlich: Grundlegende gesellschaftliche Veränderungen bringen Chancen, bergen aber auch Risiken. Dies darf nicht zu sozialer Ungleichheit und der damit verbundenen Destabilisierung von Lebenslagen führen. Die Gewinnung von sozialer Sicherheit durch die Herstellung sozialer Gerechtigkeit ist nicht nur ein elementares menschliches Bedürfnis, sondern auch eine komplexe staatliche Aufgabe und bedeutet Prävention in

einem ganz umfassenden Sinne.

Auf der Basis eines Gutachtens von Dr. Wiebke Steffen vom Bayerischen Landeskriminalamt München zum Thema „Sicherheit als Grundbedürfnis der Menschen und staatliche Aufgabe“ gaben der Deutsche Präventionsrat und seine Veranstaltungspartner DBH-Bildungswerk, Freistaat Bayern, Landeshauptstadt München, Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK), Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention, WEISSER RING e.V. eine „Münchener Erklärung“ ab. Darin fordert der Deutsche Präventionsrat die Politik nachdrücklich auf, an dem im Grundgesetz verankerten Sozialstaatsprinzip festzuhalten. Kriminalprävention könne und dürfe Sozialpolitik nicht ersetzen. Vielmehr sei Kriminalprävention eng zu verstehen: Nur diejenigen Strategien, Konzepte und Maßnahmen, die tatsächlich direkt oder indirekt die Verhinderung oder Minderung von Kriminalität zum Ziel haben, dürften als „kriminalpräventiv“ bezeichnet werden. **DK**

## Bildung im...

(Fortsetzung von Seite 1)

der jungen Menschen und ihrer Familien stehe dabei im Mittelpunkt. Die Verantwortlichen vor Ort entwickeln und stimmen untereinander ab, so zum Beispiel die regionale Betreuungskulisse von Ganztagsangeboten und Mittagsbetreuung, die individuelle Förderung unabhängig vom Elternhaus (z. B. Sprachförderung und soziale Teilhabe), die Förderung von Kindern und Jugendlichen, die beim Übergang von Schule zu Ausbildung und Beruf besondere Unterstützung brauchen, die Maßnahmen zur Integration von Kindern mit Migrationshintergrund sowie regionale Konzepte für die Inklusion.

### Lernen vor Ort

Die Vernetzung aller an der Bildung Beteiligten wird im Landkreis Mühldorf durch das Bundesprojekt Lernen vor Ort bereits seit einiger Zeit erfolgreich praktiziert. Ziel des Programms ist die Entwicklung eines lokalen Bildungsmanagements in der Kommune, das allen Bürgerinnen und Bürger lebenslanges Lernen und erfolgreiche Bildungsbiografien ermöglicht. Lernen vor Ort begann im Herbst 2009 und dauert drei Jahre mit der Möglichkeit einer zweijährigen Verlängerung.

Minister Spaenle zeigte sich beeindruckt von den Mühldorfer Aktivitäten. Mühldorfs Landrat

Georg Huber bedankte sich für das Interesse und sicherte zu, die Erfahrungen aus diesem Projekt auch seinen Kolleginnen und Kollegen zur Verfügung zu stellen.

### Asylunterkünfte knapp

Neben dem Thema Digitalfunk stand auch die Unterbringung von Asylbewerbern auf der Tagesordnung. Wie Bezirksvorsitzender Karmasin darlegte, seien Asylbewerber-Unterkünfte immer noch knapp. Dies sei ein Problem, werde doch die Zahl der Asylanten noch weiter steigen. Immobilien würden deshalb dringend benötigt.

Wie der oberbayerische Regierungsvizepräsident Ulrich Böger, der in Vertretung von Regierungspräsident Christoph Hillenbrand anwesend war, hervorhob, „werden wir in den kommenden Monaten mit rund 10 Prozent mehr Asylbewerbern zu rechnen haben. Im Januar 2012 waren es 34 Prozent mehr im Vergleich zum Vorjahr. Das zeigt: Das Thema bleibt ein Dauerbrenner.“

Landrat Huber zufolge sieht die Situation in seinem Landkreis vergleichsweise gut aus: Bezogen auf die Größe der Region müssten etwa 80 Asylbewerber aufgenommen werden. 56 Plätze stünden bereits zur Verfügung und weitere 30 in engerer Planung.

Auf dem Tagungsprogramm

projekt Merks war die Verstaatlichung der Polizei. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatten Kommunen ab 5.000 Einwohnern selbst die Polizeihochheit. So entstanden rund 150 Gemeindepolizeien und 1.900 Landespolizeidienststellen. Der zunehmenden Kriminalitätsbelastung waren diese unterschiedlichen Organisationsformen und zersplitterten Zuständigkeiten aber immer weniger gewachsen. Innenminister Herrmann: „Mit der Verstaatlichung der Polizei hat Bruno Merk die Grundlage dafür geschaffen, dass Bayern nun seit Jahren Spitzenreiter bei der Inneren Sicherheit in Deutschland ist. Seine Reformen haben für neue, leistungsfähige Organisationseinheiten gesorgt. Zusammen mit der Gebietsreform kann man mit Recht sagen: Dr. Bruno Merk hat sich bleibende Verdienste um ein modernes Bayern erworben und bayerische Geschichte geschrieben.“

### Mut und Geradlinigkeit

Dr. Bruno Merk war von Dezember 1966 bis Mai 1977 bayerischer Innenminister. Dem Bayerischen Landtag gehörte er bereits seit 1958 an. Von 1960 bis 1966 war er zudem Landrat von Günzburg. Nach seinem Rücktritt im Mai 1977 blieb Merk weiterhin in vielfältiger Weise aktiv: So war er von 1977 bis 1986 Präsident des Bayerischen Sparkassen- und Giroverbandes, von 1985 bis 1990 Präsident des Bayerischen Roten Kreuzes und von 1986 bis 1991 Mitglied des Bayerischen Senats. Joachim Herrmann: „Bei all seinen Tätigkeiten ging es Dr. Bruno Merk um unser Land und das Wohl der Menschen. Er hat Bayern in die Moderne geführt – mutig und geradlinig. Hierfür gebührt ihm unser höchster Respekt und Dank. Für die Zukunft wünsche ich ihm alles erdenklich Gute, Gesundheit und Gottes Segen.“ □

stand schließlich auch das Thema Rechtsextremismus in Oberbayern. Hintergrund waren die Nazi-Demo im Januar in Mühldorf sowie Vorfälle in Halsbach im Landkreis Altötting. Rund 400 Menschen demonstrierten dort gegen eine Konzertveranstaltung von Neonazis, zu der knapp 100 Gäste erschienen. Die Polizei war in Halsbach mit knapp 300 Polizisten im Einsatz. Über mehrere Wochen hatten sich die Neonazis in der kleinen Gemeinde getroffen.

### Bürgerengagement

Wie Landrat Karmasin konstatierte, gebe es in seinem Landkreis Fürstenfeldbruck dieses Problem nicht. Jedoch sei nicht von der Hand zu weisen, dass rechtsextreme Bewegungen immer öfter zum Thema werden. Hier sei ein größerer Austausch zwischen den Landkreisen wichtig. Es gelte, im Umgang mit der Problematik voneinander zu lernen.

Landrat Huber lobte an dieser Stelle das Engagement der Bürger in seinem Landkreis. „Wir haben da ganz vorbildlich reagiert. Natürlich muss die Politik eingreifen, aber stolz macht mich vor allem, wie die Menschen sich eingesetzt haben.“ Jetzt bleibe nur zu hoffen, dass die 30 neuen Plätze für Asylbewerber nicht wieder die Rechten auf den Plan rufen. **DK**

# Auswirkungen der Schuldenbremse auf Kommunen

Untersuchung von Uni Leipzig und Commerzbank

Mit der 2009 erfolgten Ratifizierung der schuldenbegrenzenden Regelungen reagierte der Gesetzgeber auf die hohe Staatsverschuldung des Bundes und der Länder. Auf welche Weise sich diese Schuldenbremse auf die Kommunen auswirkt und was das für sie bedeutet, danach fragte die deutschlandweite Studie „Auswirkungen der Schuldenbremse auf die kommunale Ebene“. Sie wurde – wie bereits drei andere Studien zum Öffentlichen Sektor in den vergangenen Jahren – vom Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft und Daseinsvorsorge der Universität Leipzig in Kooperation mit der Commerzbank durchgeführt.

Befragt wurden die deutschen Gemeinden mit mindestens 20.000 Einwohnern. An der Umfrage beteiligten sich 234 Kommunen, was einer Rücklaufquote von 33,5 % entspricht. 78,2 % davon waren kreisangehörige Gemeinden. Bei der Mehrheit dieser Kommunen stagnieren die Bevölkerungszahlen (34,6 %), bzw. sie sind rückläufig (36,3 %).

## Große Herausforderungen

Fiskalisch betrachtet sind die Gemeinden in Deutschland mit großen Herausforderungen konfrontiert. Die Haushaltssituation in den Städten und Gemeinden ist zum Großteil (73,08 %) angespannt. Deshalb reicht die kommunale Finanzausstattung häufig nicht aus, um alle Pflicht- und freiwilligen Aufgaben finanzieren zu können. Über 80 % der Gemeinden gaben an, dass ihre Finanzausstattung keine sachgerechte Aufgabenerfüllung erlaubt. Nur für knapp 19 % ist die Finanzausstattung so bemessen, dass eine adäquate Aufgaben-

wahrnehmung möglich ist. Noch deutlicher fällt in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit einer Neujustierung der (freiwilligen) kommunalen Aufgabenwahrnehmung aus. So argumentierten 92,3 % der Gemeinden, dass sie ihre Aufgabenwahrnehmung aufgrund unzureichender Finanzausstattung überdenken müssten. Dies legt bereits den Schluss nahe, dass eine weitere finanzielle Mehrbelastung mit Aufgabeneinschränkungen korrespondieren könnte.

Würden bereits Aufgabenkürzungen vorgenommen, vollzog sich dies vor allem bei freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben (87,2 %). Gespart wurde allerdings auch bei Pflichtaufgaben (69,7 %). Bei 42,3 % der Kommunen führte eine unzureichende Finanzausstattung sogar zur gänzlichen Streichung freiwilliger Selbstverwaltungsaufgaben. Bei Umstellung von der Kameralistik auf die Doppik erwarten die Gemeinden eine zusätzliche Einschränkung ihres Finanzrahmens. Die Kommunen sehen hierbei

verschiedene Problemfelder. Weil ein ausgeglichener Ergebnishaushalt dargestellt und vollzogen werden muss, gilt es ihrer Auffassung nach die teils umfangreichen Versorgungsaufwendungen und Abschreibungen auf der Ertragsseite zu erwirtschaften. Durch Einbeziehung derartiger „Nicht-Geld-Vorgänge“ im Ergebnisplan könne im Vergleich zur Kameralistik der Haushaltsausgleich erschwert werden. Darüber hinaus wird ein personeller Mehrbedarf durch die Einführung der Doppik vermutet. Aufgrund des prioritären Ausgleichs des Ergebnishaushaltes im doppelischen System werden daher die Investitionen eher nachrangig behandelt werden müssen.

## Sorge vor weiteren Aufgabenübertragungen

Durch den steigenden Aufwand erwartet man weitere Streichungen im freiwilligen Aufgabenbereich. Im Gegensatz dazu heben die Kommunen positiv hervor, dass die durch die Doppik induzierte Transparenz auch notwendige Entscheidungen befördert werden.

Obwohl derzeit nicht final geschätzt werden kann, welche konkreten Auswirkungen aus der Schuldenbremse für die kommunale Ebene wirksam werden, ist die grundlegende Problematik den Gemeinden ein Begriff. Nur

3 % der Städte und Gemeinden gaben an, dass ihnen die schuldenbegrenzenden Regelungen für Bund und Länder eher unbekannt sind. Nahezu alle teilnehmenden Kommunen erwarten, dass ihre Ebene unmittelbar von den schuldenbegrenzenden Regelungen betroffen ist. Klassifiziert nach konkreten Auswirkungen wird deutlich, dass seitens der Gemeinden vor allem Modifikationen am kommunalen Finanzausgleich seitens der Länder vollzogen werden (94 %). Drei Viertel erwarten im Zuge der Implementierung der Schuldenbremse zudem (weitere) Aufgabenübertragungen auf die gemeindliche Ebene.

Etwas über die Hälfte der Kommunen erhofft sich zumindest eine finanzielle Kompensation im Zuge der vermehrten Aufgabenübertragung. Da diese Erwartungen jedoch nicht von allen Städten und Gemeinden geteilt werden, scheint entweder eine pessimistische Grundeinstellung bei der kommunalen Ebene vorzuherrschen oder die fiskalische Schutzfunktion des Konnexitätsprinzips über einen wie auch immer gearteten Mehrbelastungsausgleich wird als nicht ausreichend empfunden.

## Kommunalkreditmarkt

Da seitens der Kommunen eine verstärkte Aufgabenübertragung erwartet wird (Vollzugskonnexität), und diese finanzielle Mehrbelastung zum Teil mit Neuverschuldung kompensiert werden könnte, wird eine Abwertung der kommunalen Solvenz – zumindest über bankinterne Ratings – nicht ausgeschlossen. Aus diesem Grund steht der Kommunalkreditmarkt ebenfalls im Fokus der Betrachtung. Hier erwarten

## TopCash - Gebührenkasse mit EC-Modul

Modernes Kassenwesen - mehr als nur Bürgerbüro

Die Stadt Aachen setzt im Kassenwesen auf eine Software mit EC-Modul. Mit TopCash hat man sich nach Erstellung eines detaillierten Pflichtenheftes, Präsentation, Teststellung und intensiven Beratungen für ein bereits bundesweit bewährtes führendes Verfahren entschieden.

Außer dem Bürgerservice, Einwohnermelde-, Standes- und Ordnungsamt buchen der Kulturbetrieb sowie die städtischen Museen mit der Kassensoftware der EDV Erntraud GmbH. 100 der 125 Arbeitsplätze wurden zusätzlich mit dem EC-Modul ausgestattet, so dass nahezu verwaltungsweit bargeldlose Zahlungsmöglichkeit via Girocard besteht.

Gebühren, Leistungen, Artikel, Eintrittskarten und Waren werden in einem gemeinsamen

System kassiert und abgerechnet. Neben der Standard-Funktionalität mit übersichtlicher Gebührenbuchungsmaske und automatisierten Abschlüssen nutzt der Anwender einige Zusatzschalter, die weitergehende Auswertungen und Komfort hinsichtlich der örtlichen Sonderanforderungen erlauben.

U.a. wurden realisiert: Eigene Erfassungsmaske für Artikelverkäufe an Gruppen, Auswahl des Druckers automatisch abhängig von der Zahlart, dokumentierte Null-Buchungen für definierte kostenlose Leistungen und eine Artikelrafffunktion, die im Kulturbetrieb zum Tragen kommt. Listen und Auswertungen wurden ebenfalls projektbezogen nach Vorlagen aus den Altsystemen ausgestaltet.

Die effektive Betreuung vor Ort leistet dabei das lokale Rechenzentrum. □

den die Kommunen sowohl eine Verteuerung (45 %) als auch eine Verknappung (28 %) des Kreditangebots. 38 % der Gemeinden sehen keine negativen Entwicklungen.

Ohne Aufgabenübertragungen mit einer denkbaren finanziellen Kompensation zu berücksichtigen, werden von den Gemeinden grundsätzlich Kürzungen der Landeszuweisungen erwartet. Im Speziellen wird angenommen, dass vor allem Zweckgebundene Zuweisungen sowie Schlüsselzuweisungen (je 75 %), aber auch Allgemeine Zuweisungen (63 %) reduziert werden.

Die Gemeinden in Deutschland erwarten von den schuldenbegren-

zenden Regelungen für Bund und Länder zahlreiche Auswirkungen auf ihre eigene Haushaltspolitik. Genannt wurden in diesem Kontext Kürzungen der Landeszuweisungen oder Aufgabenübertragungen. Da die finanzielle Lage der Kommunen strukturell und persistent angespannt ist, wurden die Gemeinden gebeten, mögliche Handlungsoptionen zu skizzieren, wie den erwarteten Herausforderungen begegnet werden soll. Die Mehrheit der Gemeinden (80,3 %) plant, im Zuge eventueller Mehrbelastungen aus der Schuldenbremse des Bundes/der Länder ihre Hebesätze, Gebühren und/oder Abgaben zu erhöhen. Nur 16,7 % planen dies nicht. **DK**

## Beste Bilanz in der Unternehmensgeschichte der LfA:

# Rekord bei Förderleistung und Bilanzsumme

Die LfA Förderbank Bayern legt für das Geschäftsjahr 2011 die beste Bilanz ihrer Geschichte vor: Mit einem Fördervolumen von 3,1 Milliarden Euro unterstützte sie vor allem kleine und mittlere Unternehmen. Die Bilanzsumme erreichte 21,9 Milliarden Euro und der Jahresüberschuss wuchs auf 59 Millionen Euro. Die staatliche Spezialbank ist mit einer Kernkapitalquote von 16,8 Prozent für strengere Bankenregeln und kommende Förderaufgaben bestens gerüstet.

Bayerns Wirtschaftsminister und LfA Verwaltungsratsvorsitzender Martin Zeil zeigte sich hoch zufrieden bei der Bilanzpressekonferenz der LfA: „Wie die gesamte bayerische Wirtschaft bewegt sich auch die LfA auf Rekordniveau. Durch die Förderung sind 6.100 Mittelständler in der Lage, sicher und langfristig in ihre Wettbewerbsfähigkeit zu investieren.“ Mit

projekte und Unternehmensnachfolgen. Der kleinere Teil des Fördervolumens in Höhe von rund 470 Millionen Euro sind Risikoküfern, die von den Unternehmen zur Kreditbesicherung bei ihren Hausbanken deutlich weniger benötigt wurden als in Krisenjahren. „Das zeigt: Bonität und Sicherheitenlage im Mittelstand haben sich deutlich verbessert“, erläuterte Beierl.



Wirtschaftsminister Martin Zeil und Vorstandsvorsitzender Dr. Otto Beierl (v. l.) während der Bilanzpressekonferenz der LfA. □

Hilfe der LfA können branchenübergreifend im Handwerk, im Handel, in der Industrie, der Dienstleistung und den Freien Berufen 8.200 Arbeitsplätze neu geschaffen und 144.300 Arbeitsplätze gesichert werden.

Nach Ausführungen des LfA Vorstandsvorsitzenden Dr. Otto Beierl geht der Großteil des Fördervolumens in Kredite, nämlich 2,7 Milliarden Euro. Gefragt waren vor allem zinsgünstige Förderkredite für langfristige Investitionen im Mittelstand, wie Modernisierungen, Energieeffizienz-

## Starke Eigenkapitalbasis

„Bei aller Förderorientierung haben wir auch kaufmännisch umsichtig gehandelt und so verfügen wir nun über ein Kernkapital von 1,15 Milliarden Euro. Diese starke Eigenkapitalbasis ist für uns als Förderbank wichtig, um angesichts strengerer Eigenkapitalregeln für Banken die Kreditversorgung im Interesse des Mittelstands und seiner Arbeitsplätze sichern zu können“, so Beierl.

Die Förderbank rechnet nach dem Ausnahmejahr 2011 für das

Geschäftsjahr 2012 mit einer Normalisierung der Nachfrage nach Förderkrediten.

## Infrakredit Kommunal

Zinsgünstige Kredite hält das Institut auch für Kommunen bereit, die die Attraktivität ihres Standortes steigern wollen. Mit 41 Millionen Euro aus dem Infrakredit Kommunal wurden 53 Kommunen dabei unterstützt in Verkehrsprojekte, Ver- und Entsorgungseinrichtungen, Krankenhäuser, Energiesparmaßnahmen und die Umstellung auf neue Energieträger zu investieren. In diesem Jahr soll das Angebot zur Finanzierung energie-sparender Maßnahmen in Kommunen noch ausgebaut werden, wie Beierl versicherte.

Im erweiterten Fördergeschäft flossen in den größeren Mittelstand und Infrastrukturprojekte für den Standort Bayern insgesamt 788 Millionen Euro.

Bei Konsortialfinanzierungen steht die LfA ggf. für die Mittel bereit, die Geschäftsbanken nicht aufbringen. Im Infrastrukturbereich waren dies im vergangenen Jahr 212 Millionen Euro.

Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Privatbanken werden zudem durch Risikoübernahmen entlastet, die jedoch durch verbesserte Bonität und Sicherheitenlage des Mittelstandes um 40 % auf 254 Millionen Euro zurückgegangen ist.

## Beratung

Eine eigene starke Säule des LfA-Förderangebots ist die Beratung. Additiv zum klar gewährten Hausbankprinzip können sich in den Kundencentern München und Nürnberg sowie in 100 mobilen Außenstellen Unternehmer und Existenzgründer kostenfrei und neutral über mögliche Finanzierungshilfen beraten lassen. □

# INFRASTRUKTUR

Ohne uns fehlt Ihnen was.

LfA FÖRDERBANK BAYERN

Wir fördern die Infrastruktur – für einen starken Standort Bayern.

Sie investieren in Versorgungs-, Verkehrs- oder Energievorhaben? Die LfA Förderbank Bayern unterstützt kommunale Infrastrukturprojekte mit zinsgünstigen und langfristigen Finanzierungen.

Lassen Sie sich persönlich und kostenlos beraten.  
Telefon: 0800 / 21 24 24 0

[www.lfa.de](http://www.lfa.de)

Sparkassen und Landesbausparkasse stellen fest:

## Im Freistaat droht keine Immobilienblase

Der bayerische Wohnungs- und Immobilienmarkt entwickelt sich weiterhin sehr dynamisch. Die Nachfrage nach Häusern und Wohnungen ist 2011 schon im dritten Jahr in Folge deutlich angestiegen. Inzwischen ist das Angebot in vielen Regionen Bayerns schon sehr knapp, sodass nicht überall die Nachfrage gedeckt werden konnte. Wie der bayerische Sparkassenverband und die Sparkassen-Immobilien-Vermittlungs-GmbH (Sparkassen-Immo) in ihrer gemeinsamen Pressekonferenz mitteilten, werden die Immobilienpreise auch in diesem Jahr weiter steigen. Aber trotz der in den vergangenen Jahren zu verzeichnenden Preissteigerungen könne bei Standardobjekten dennoch nicht von dem Beginn einer Preisblase gesprochen werden, denn die Immobilienpreise seien über viele Jahre konstant bis rückläufig gewesen, sodass die moderate Entwicklung eher einen Nachholeffekt abbildete.

Kapitalanleger investierten aktuell aus ganz anderen Motiven als in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Vor 20 Jahren hätten hohe Erwartungen an Rendite und Wertsteigerung der Immobilie im Vordergrund gestanden, forciert durch starke staatliche Anreize und attraktive Abschreibungsmöglichkeiten. Heute aber sei der maßgebliche Beweggrund beim Kauf einer Wohnimmobilie die Sicherung des vorhandenen Kapitals auf Grund der herrschenden Angst vor Inflation als Folge der Staatsschuldenkrise.

Auch gebe es, so Paul Fraunholz, Geschäftsführer der Sparkassen-Immo, keine Parallelen zu den in den letzten Jahren geplatzen Immobilienpreislagen in den USA, Irland oder Spanien. In diesen Ländern seien Häuser und Wohnungen in vielen Fällen zu 100 Prozent über Kreditinstitute finanziert worden, da alle Beteiligten auf hohe Preissteigerungen innerhalb weniger Jahre spekuliert hätten. Fraunholz: „Die derzeitigen Rahmenbedingungen auf dem

bayerischen Wohnimmobilienmarkt unterscheiden sich von allem aber ganz grundsätzlich, denn die Banken und Sparkassen hierzulande finanzieren keine Objekte in voller Höhe der Anschaffungskosten, sondern sie fordern in aller Regel vom Käufer einen angemessenen Anteil an Eigenkapital, nämlich rund 20 bis 30 Prozent, als Voraussetzung für die Gewährung eines Immobilienkredits.“ Auch staatliche oder steuerliche Anreize wie noch vor 20 Jahren für den Kauf von Neubau-Immobilien gebe es nicht. Weder Eigennutzer noch Kapitalanleger erwarteten hohe Wertsteigerungen. Und auch die Renditeerwartungen von Investoren bewegten sich auf einem äußerst bescheidenen Niveau.

Nach Darstellung von Franz Wirmhier, Sprecher der Geschäftsleitung der Bayerischen Landesbausparkasse (LBS), sind derzeit die Rahmenbedingungen wie die stabile Konjunktur, eine gute Arbeitsmarktsituation und das historisch niedrige Zinsniveau zum Erwerb der eigenen vier Wände ge-

radezu ideal. Die Zinsen seien so günstig wie nie zuvor. Der Zinsrutsch habe denselben Effekt wie wenn die Immobilienpreise um 20 bis 30 Prozent gesunken wären. Das wiege, so Wirmhier, sogar die zuletzt stark gestiegenen Preise in Großstädten wie Hamburg, München und Berlin mehr als auf.

### Kein einheitlicher Bauzins

Die Effektivzinsen für Wohnbaukredite bei einer Zinsbindung von zehn Jahren sind nach einem kleinen Zwischenhoch auf aktuell etwa 3,4 Prozent zurückgefallen. Im Bereich der fünfjährigen Zinsbindung liegen die effektiven Jahreszinsen zwischen 3,1 und 3,3 Prozent. Die Bandbreiten, so erläuterte Rudolf Faltermeier, Vizepräsident des Bayerischen Sparkassenverbandes, ergäben sich aus der entsprechenden Ausstattung (etwa Sondertilgungsmöglichkeit) der Darlehen. Außerdem seien regionale Schwankungen normal. Ein einheitlicher bayerischer oder deutscher Bauzins existiere nicht.

Sollte die Konjunktur nach den Rezessionsängsten wieder an Fahrt gewinnen, könne der langjährige Zins wieder nach oben tendieren, merkte Faltermeier an. Die LBS Bayern, der von Finanztest schon zum sechsten Mal in Folge Spitzenkonditionen attestiert wurden, hat auf die Zinssituation mit einer neuen Tarifgeneration geantwortet, die Bauspardarlehen mit einem Nominalzins von deutlich unter 3 Prozent ermöglichen. Wirmhier: „Das gab es in der über

80-jährigen Geschichte der LBS Bayern noch nie.“

Der starke Trend zu Wohneigentum in Bayern lässt sich gut an der Neubaustatistik ablesen. Seit Ende der 1990er Jahre hatte die Bautätigkeit in Bayern immer weiter abgenommen. 2009 lag die Zahl der Fertigstellungen nicht einmal mehr bei der Hälfte des Wertes aus 1999. Dieser alarmierende Schrumpfungprozess könnte nun enden, denn 2011 lagen die Baugenehmigungen und Fertigstellungen im zweiten Jahr in Folge deutlich im Plus. Insgesamt wurden fasst 30 Prozent mehr Wohnungen fertiggestellt als 2010 und über 20 Prozent mehr als genehmigt. Bei den Baugenehmigungen gibt es Steigerungsraten in allen bayerischen Regierungsbezirken, am stärksten in Unterfranken mit 24,7 Prozent, der Oberpfalz mit 27,5 Prozent und in Niederbayern mit 35,1 Prozent.

### Keine Entwarnung

Diese Zahlen seien erfreulich, aber nicht als Entwarnung zu verstehen. Die Bevölkerungszahl in Bayern wachse weiter und gleichzeitig lebten pro Haushalt immer weniger Menschen zusammen. Dadurch steige der Wohnflächenbedarf noch stärker als die Bevölkerungszahl. Nach Untersuchungen des Instituts Empirica müssen in Bayern bis 2029 durchschnittlich 40.000 Wohnungen pro Jahr errichtet werden, um den Bedarf zu decken. Dies sei, so Wirmhier, 2011 mit 37.771 Fertigstellungen noch längst nicht gelungen, zumal in den zurückliegenden Jahren ein erheblicher Nachholbedarf aufgefallen sei. In Deutschland müssen bis 2017 nach jüngsten Untersuchungen allein 825.000 zusätzliche Mietwohnungen errichtet werden. Die Knappheit zeige sich besonders in Großstädten wie München oder Hochschulstandorten wie Regensburg in Form von steigenden Mieten.

Vor diesem Hintergrund stellte der LBS-Chef fest, dass Mieter dank staatlicher Unterstützung wie der Wohnriester-Förderung beste Chancen hätten, Wohneigentum zu erwerben. Denn über die Dauer einer Immobilienfinanzierung seien Riester-Vorteile von 30.000 bis gar 50.000 Euro möglich. Die Wohn-Riester-Förderung biete

nämlich eine sehr gute Rendite – im Gegensatz zu den Riester-Produkten, die über Bank- oder Versicherungsverträge zum Beispiel der Altersvorsorge dienen.

2011 wurde in Bayern ein grunderwerbssteuerpflichtiger Umsatz mit Immobilien von knapp 34 Milliarden Euro (+ 14 Prozent zum Vorjahr) getätigt. Von diesem positiven Klima, so Fraunholz, haben alle bayerischen Regierungsbezirke profitiert, am stärksten Oberbayern mit + 16 Prozent. Bayerns Sparkassen und die LBS vermittelten im Berichtsjahr mit 12.145 Häusern, Grundstücken und Wohnungen 11 Prozent mehr als im Jahr zuvor, was den Wert des Kaufvolumens um 11 Prozent auf 1,85 Milliarden Euro steigen ließ. Bayerns größtes Makler-Unternehmen, die Sparkassen-Immo, habe sich souverän behauptet. Die 72 bayerischen Sparkassen reichten Wohnbaukredite über fast 52 Milliarden Euro (+ 2,7 Prozent) aus. Finanzschwerpunkt war neben dem klassischen Neubau bzw. dem Immobilienkauf besonders die energetische Sanierung und die Modernisierung von Bestandsimmobilien. Dieser Trend, so Faltermeier, dürfe angesichts des aktuellen Themas Energiewende weiterhin anhalten.

### Stärkste Nachfrage

Nach LBS-Feststellungen zielt die stärkste Nachfrage auf gebrauchte Häuser und größere Wohnungen. Neubau-Objekte waren etwas weniger gefragt. Die Nachfrage habe nicht immer gedeckt werden können, denn das Angebot sei deutlich knapper geworden. Dennoch sei in den meisten Regionen noch ein attraktives Angebot vorhanden. Die Preise für gebrauchte Häuser (Ein- und Zweifamilienhäuser, Doppelhaushälften und Reihenhäuser) sind 2011 im Landesdurchschnitt um 7 Prozent gestiegen nach 9 Prozent im Jahr zuvor. Im Durchschnitt kostete ein Haus 210.500 Euro, ein Eigentumswohnung 113.800 Euro. Für Neubau-Immobilien mussten deutlich höhere Preise gezahlt werden, im Vergleich zu gebrauchten Objekten rund 75 Prozent mehr. Der Preisunterschied liege an den hochpreisigen Ballungsräumen, den höheren Standards der Neubauten und meist

auch an den Kosten für Reparaturen und Renovierungen bei Gebäudobjekten.

Mit Blick auf die Energiewende sieht Wirmhier ein großes Potenzial in der energetischen Sanierung des Wohnungsbestandes, denn ein Viertel des gesamten Energieverbrauchs und aller CO<sub>2</sub>-Emissionen sei in Deutschland den Wohngebäuden zuzurechnen. In Bayern seien zwei Drittel aller Häuser älter als 30 Jahre. Doch während der Staat die private Altersvorsorge auch durch Wohneigentum fördere, stehe eine Lösung für eine energetische Sanierung des Wohnungsbestandes weiter aus, weil sich Bund und Länder in dieser Frage noch immer nicht geeinigt haben. Dabei, so Wirmhier, wäre eine attraktive Förderung energetischer Modernisierungen ein beachtliches Konjunkturprogramm insbesondere für das mittelständische, heimische Handwerk. In Bayern seien rund 1,5 Millionen Ein- und Zweifamilienhäuser sowie 230.000 Mehrfamilienhäuser noch nicht umfassend saniert. Für eine vollständige energetische Sanierung seien durchschnittliche Kosten von etwa 50.000 Euro für Ein- und Zweifamilienhäuser sowie 200.000 Euro für Mehrfamilienhäuser realistisch. Daraus ergebe sich ein Modernisierungspotenzial für Bayern von etwa 120 Milliarden Euro.

Auch in diesem Jahr sei mit einer weiteren Nachfrageresteigerung, wenn auch etwas geringer als 2011, angesichts der guten Konjunkturlage zu rechnen. Die Nachfrage durch Eigennutzer werde stärker, aber auch Kapitalanleger zeigten Interesse am „Betongold“, insbesondere in den prosperierenden Regionen Süddeutschlands. Dabei werde sich die regionale Differenzierung fortsetzen. Angespannt bleibe die Lage im Großraum München. Bayernweit werde es zu leichten Preissteigerungen für Wohnimmobilien kommen. Von der Gesamtsituation werde auch der Neubaumarkt profitieren. Quasi ein Paradoxon verkündeten Wirmhier und Faunholz als Fazit zum Schluss: Gegenwärtig sei der Zeitpunkt gleichermaßen für Käufer und Verkäufer von Immobilien sehr günstig, für Käufer wegen der sehr niedrigen Zinsen, für Verkäufer wegen der großen Nachfrage. **dhg.**

## Landesbanken-Abschreibungen drücken kräftig den Gewinn

Stadtsparkasse München verbucht Rekordjahr bei Baufinanzierungen

Zwar hat sich die Stadtsparkasse München im Berichtsjahr 2011 „trotz Eurokrise und in einem schwierigen Zinsumfeld recht zufriedenstellend behauptet und im operativen Kerngeschäft mit einem Betriebsergebnis vor Risikobewertung von 147 Millionen Euro fast an das Rekordergebnis des Jahres 2010 mit 153 Millionen Euro angeknüpft“. Obwohl das sogar besser als erwartet sei, ist es doch nur die halbe Wahrheit. Denn Harald Strötgen, Vorstandsvorsitzender der größten bayerischen und fünftgrößten deutschen Sparkasse, musste in der Bilanzpressekonferenz einräumen, dass das Betriebsergebnis nach Risikobewertung und Veränderung der Vorsorgereserven 2011 sehr deutlich von 149,9 Millionen Euro im Jahr 2010 auf nur noch 98,1 Millionen Euro geschrumpft ist. Und das ist noch nicht alles, denn die genannten Ergebnisse sind nur vorläufig, weil noch einige Belastungen dazukommen können.

Neben der schwierigen Zinssituation haben vor allem Abschreibungen auf die Beteiligungen an der Bayerischen Landesbank (BayernLB) und der Landesbank Berlin mit 47 Millionen Euro das Ergebnis stark geschmälert. Noch offen ist u. a. der Preis, den die bayerischen Sparkassen und damit anteilig auch die Stadtsparkasse München für die sehr profitable Landesbausparkasse (LBS) zahlen müssen, die sie von der Landesbank erwerben möchten.

Strötgen nannte die gesamte Situation, die insbesondere aus der Rettung der BayernLB resultiert, „nicht erfreulich“ und die Tatsache, dass in den vergangenen Jahren auf die beiden Landesbanken schon allein von der Stadtsparkasse München 100 Millionen Euro abgeschrieben wer-

denn „unser Ertrag ist auf jeden Fall höher als das, was gegebenenfalls noch abzuschreiben wäre.“ Notfalls könne man auch noch stille Reserven auflösen. Die Beteiligung an der BayernLB ist bereits seit 2007 von 118 Millionen auf jetzt noch 10,4 Millionen Euro und die an der Berliner Landesbank von 75 Millionen auf noch 8,4 Millionen Euro abgeschrieben worden. Strötgen: „Wir hoffen, dass das reicht.“

Gemessen am operativen Geschäft hat sich die Münchener Stadtsparkasse aber alles in allem wacker geschlagen. Zwar gingen der Zinsüberschuss um 3,9 Prozent auf 317 Millionen Euro und der Provisionsüberschuss um 2,5 Prozent auf 77 Millionen Euro zurück, doch konnte auch der Verwaltungsaufwand um 3,9 Prozent oder knapp 10 Millionen Euro auf 243 Millionen Euro reduziert werden, obwohl die durchschnittliche Bilanzsumme um 0,5 Prozent auf 15,3 Millionen Euro leicht zulegte. Das Aufwand-Ertrags-Verhältnis (CIR: Cost-Income-Ratio in der Fachsprache) blieb mit 62,4 (Vorjahr: 62,3 Prozent) nahezu unverändert. Das zeigt, dass die Stadtsparkasse gut gewirtschaftet hat, auch wenn die Eigenkapitalrendite, bezogen auf das Betriebsergebnis (Fortsetzung auf Seite 7)



**LBS**  
Bausparkasse der Sparkassen

### Modernisieren und spielend leicht Energiekosten senken.



**Finanzieren mit der LBS. Für gleich oder später.**

**Steigende Energiepreise zahlen? Lieber die eigenen vier Wände modernisieren!** Denn mit gedämmten Wänden, Dach und Keller bleibt die Wärme im Haus. Auch eine neue Heizung oder Fenster mit Wärmeschutz sparen Öl, Gas und Strom, Monat für Monat.

Durch die gesparten Energiekosten rechnen sich Ihre Investitionen schneller, als Sie denken. **Auf die richtige Finanzierung kommt es an!** Fragen Sie bei den Beratern in den Sparkassen oder LBS-Geschäftsstellen.

[www.lbs-bayern.de](http://www.lbs-bayern.de)

**Wir geben Ihrer Zukunft ein Zuhause.**

Sparkassen-Finanzgruppe

Vor dem Ende des EU-Beihilfverfahrens:

# Bayerns Landesbank will klein und wieder fein werden

Konzentration aufs Kerngeschäft - Energiewende als neues Geschäftsfeld

Im Kampf um ihre Zukunft hat die Bayerische Landesbank (BayernLB), für die sich jetzt ein Ende des seit Jahren anhängigen EU-Beihilfverfahren abzeichnet, einen Etappenerfolg erzielt, doch über den Berg ist die Bank noch längst nicht. Zwar charakterisierten der Vorstandsvorsitzende Gerd Häusler und sein für die Finanzen zuständiger Vorstandskollege Stephan Winkelmeier in der Bilanzpressekonferenz das Berichtsjahr 2011 als „Jahr voller Gegensätze“ und als „Jahr der zwei Gesichter“, doch gaben sie sich zuversichtlich, die Bank kleiner und dadurch wieder schlank und schlagkräftig machen und auf festen Boden setzen zu können. Die Gegensätzlichkeit zeigt sich besonders im Jahresergebnis, in dem sich aber auch schon die künftige Marschrichtung der Bank deutlich widerspiegelt.

Um das besser zu verstehen, sollte man sich zunächst das Geschäftsmodell anschauen, das sich die Bank für die Zukunft zum Ziel gesetzt hat. Die Landesbank will zurückkehren zu alten, konservativen Werten und künftig vom Investment-Banking die Finger lassen. Sie will ihre Nicht-Kernaktivitäten konsequent weiter abbauen, also kein lokales Auslandsgeschäft, keinen Eigenhandel, keine transaktionsbezogenen Akquisitionsforderungen, keine Schiffs- und Flugzeugfinanzierungen und kein Kreditersatzgeschäft mehr betreiben und ihre Beteiligungsportfolios weiter bereinigen. Stattdessen möchte sie künftig ein leistungsfähiger Unternehmens- und Immobilienfinanzierer sowie ein verlässlicher Partner der Sparkassen sein.

## Hausbankphilosophie

Zu ihrer neu entdeckten Hausbankphilosophie gehört die Absicht, sich regional aufzustellen mit den Tätigkeitsschwerpunkten Bayern und Deutschland. Sie will sich auf deutsche Kunden konzentrieren und nur selektiv Geschäfte in Europa und den USA machen. „Ziel sind“, so Häusler, „stabile und nachhaltige Erträge aus dem Kerngeschäft bei adäquatem Risikoprofil“, was zwingend eine weitere Reduzierung der Bilanzsumme und der Risiken zur Folge hat. Zu diesem Leitbild des Kerngeschäftes zählt schwerpunktmäßig die Konzentration auf den Mittelstand und auf das noch junge Geschäftsfeld „Energiewende“.

Auf dem Weg zum neuen Geschäftsmodell ist die Landesbank schon ein gutes Stück vorangekommen, denn in ihrem Kerngeschäft hat sie im Berichtsjahr vor Steuern ein Ergebnis von 804 Millionen Euro erzielt, wozu - mit zum Vorjahr fast unveränderten Größenordnungen - ein Zinsüberschuss von fast 2 Milliarden Euro und ein Provisions-

überschuss von 262 Millionen Euro beigetragen haben. Im Nicht-Kerngeschäft gab es einen Verlust von 470 Millionen Euro. Insgesamt erzielte die Bank einen Gewinn vor Steuern von 334 Millionen Euro, der allerdings im dem vorjährigen außerordentlich guten Ergebnis von 885 Millionen Euro nicht zu vergleichen ist, weil das Ergebnis 2010 von einer Reihe positiver Sonderfaktoren profitiert hatte. Nach Steuern steht allerdings ein Verlust von 328 Millionen Euro zu Buche, was für die Eigentümer, den Freistaat und zu 4 Prozent die bayerischen Sparkassen, alle Hoffnungen auf eine Ausschüttung zunichte macht. Im Vorjahr hatte Bayern noch 370 Millionen Euro kassiert.

## Staatliche Eingriffe

Vermasselt haben das Ergebnis vor allem die staatlichen Eingriffe in Ungarn ins Bankengeschäft, so auch bei der Bankbeteiligung MKB, und Belastungen aus der Staatsschuldenkrise, vor allem über griechische Staatsanleihen, die die Töchter Deutsche Kreditbank (DKB) und BayernLB Lux in den Büchern hatten. Seit Januar hält der Konzern keine griechischen Staatsanleihen mehr. In Ungarn haben die Bankenabgabe, „zehnmal so hoch wie in Deutschland“, und die Auswirkungen des Fremdwährungskredit-Ablösegesetzes, wonach Schuldner ihre in Euro oder Schweizer Franken aufgenommenen Kredite in ungarische Forint umtauschen konnten, zu Abschreibungen auf die MKB von 576 Millionen Euro geführt, die nach den Vorschriften des deutschen Handelsgesetzbuches (HGB) steuerlich nicht abzugsfähig sind.

Das Ergebnis aus Finanzanlagen brachte 162 (Vorjahr: 294) Millionen Euro Miese ein, griechische Staatsanleihen allein 140 Millionen Euro. Für die Beteiligung an der Restrukturierung der

WestLB durch den Landesbanken-Haftungsverbund („Sicherungsreserve“) musste eine ergebniswirksame Rückstellung von 62 Millionen Euro gebildet werden. Die Risikoversorge im Kreditgeschäft fiel mit 548 Millionen Euro geringer aus als im Vorjahr mit 696 Millionen. 60 Prozent dieser Risikoversorge entfallen auf die MKB, die seit 60 Jahren besteht. Die MKB, so Winkelmeier, sei zurzeit allein nicht lebensfähig.

Die vorzeitige Rückführung von Fremdwährungskrediten sowie das weiterhin politisch und konjunkturell schwierige Umfeld schmäleren nach Ansicht der BayernLB dauerhaft die Ertragsaussichten der MKB, weshalb die Münchner gerne diese Bankbeteiligung abstoßen würden, wenn sich denn nur ein Interesse dafür fände. Langfristig allerdings erwarten die Münchner Banker einen konjunkturellen Aufwärtstrend für die ungarische Wirtschaft.

## Beihilfverfahren

Weil sich jetzt Bayerns Sparkassen, die bis 2008 genau wie der Freistaat zur Hälfte an der BayernLB beteiligt waren, auf Druck der EU bereit erklärt haben, sich nachträglich an den Kosten der milliardenschweren Rettung der BayernLB zu beteiligen, zeichnet sich ein Ende des Beihilfverfahrens ab. Bei diesem Verfahren geht es darum, dass der Freistaat 2008 - nach EU-Ansicht regelwidrig - die Landesbank mit 10 Milliarden Euro gestützt hatte, um die Pleite im Gefolge der Finanzkrise abzuwenden.

## Sparkassenbeteiligung

Zwar hatten im Zusammenhang mit der Stützaktion damals die Sparkassen ihre Beteiligung an der BayernLB bis auf 4 Prozent an den Freistaat abgegeben und auch 1 Milliarde Euro zu den Stützungskosten beigetragen, doch war das nach EU-Ansicht zu wenig. Ihrer Ansicht nach müssen sich die 72 bayerischen Sparkassen als ehemalige Anteilseigner viel stärker an der Rettung beteiligen. Nach langen Verhandlungen haben sich nun die Sparkassen mit EU-Wettbewerbskommissar Joaquin Almunia und dem Bund auf den Kompromiss geeinigt, noch etwa 1,8 Milliarden Euro an den Freistaat zu zahlen.

Theo Zellner, Präsident des bayerischen Sparkassenverbandes, kommentierte die Einigung, die noch der endgültigen Bestätigung der drei Partner bedarf, mit den Worten: „Schmerzlich, aber verkraftbar“.

## Gutachten

Des Weiteren sollen die Sparkassen ihre stillen Beteiligungen an der Landesbank über insgesamt 800 Millionen Euro in hartes Kernkapital verwandeln, wodurch sich ihre Beteiligung an der BayernLB wieder erhöhen würde. Und schließlich werden die Sparkassen der Landesbank die sehr profitable Bayerische Landesbausparkasse (BLB), juristisch eine Anstalt in der Anstalt, abkaufen. Der Kaufpreis ist noch umstritten. Ein von beiden Seiten in Auftrag gegebenes Gutachten soll nun den endgültigen Preis ermitteln. Inoffiziell hört man, dass er etwa bei 500 bis 700 Millionen Euro liegen dürfte. Die Landesbank ihrerseits muss sich von ihrer Wohnungs-

baugesellschaft GBW trennen.

Auch wenn die BayernLB nach den internationalen Bilanzierungsregeln IFRS heuer einen kleinen Gewinn von 65 Millionen Euro ausweist, darf sie nach den HGB-Vorschriften nichts an die Eigentümer ausschütten. Die Vorstände bedauerten das außerordentlich, „weil wir dadurch den Eigentümern weiter zur Last fallen“. Die Sparkassen werden durch die im Kompromiss übernommenen Lasten einen Beitrag zur Rückzahlung der Staatshilfen an den Freistaat leisten. Die BayernLB geht noch weiter, denn sie hat in der Pressekonferenz angekündigt, „in den nächsten fünf bis sieben Jahren“ 5 Milliarden Euro an den Freistaat Bayern zu zahlen.

## Mögliche Quellen

Als mögliche Quellen für dieses Kapital nannte Häusler künftige Gewinne, die Freisetzung von Eigenkapital durch den Abbau von Risiken und den Verkauf von Vermögen, etwa der Bayerischen Landesbausparkasse (LBS). Eigenkapital soll auch frei werden durch eine Reduzierung der Bilanzsumme von momentan 309 Milliarden Euro auf etwa die Hälfte des ursprünglichen Maximalwertes von 420 Milliarden Euro.

Eine Quelle könnte auch der Verkauf der Wohnungsgesellschaft GBW sein, für die, wie das Beispiel DKB in Berlin zeige, „bemerkenswerte Preise“ zu erzielen seien. Inzwischen wird der Wert der Landesbank selbst nach einem Gutachten nur mit 4,8 Milliarden Euro beziffert.

## Vorsichtige Prognose

Mit einer Prognose war Häus-

## Unternehmerkonferenz in Nürnberg:

# Zukunft im Blick, Zukunft im Griff

Das Auf und Ab der Wirtschaftsmeldungen im Euro-Raum bei gleichzeitig stabiler Auftragslage bayerischer und deutscher Unternehmen macht deutlich, wie wichtig aber auch schwierig zukunftsorientiertes unternehmerisches Handeln ist. Die Unternehmerkonferenz des Bayerischen Sparkassenverbandes am 3. Mai im NürnbergConvention Center NCC Ost legt daher ein besonderes Augenmerk auf das Thema „Zukunft“ und ihre Gestaltung aus unternehmerischer Sicht.

Mit 30 Wissensvorträgen und einer Podiumsdiskussion erhalten Unternehmen, Kommunen und Angehörige der Freien Berufe einen Ausblick auf Trends, den Wandel der Märkte und wie man sich auch künftig erfolgreich positioniert.

Das Motto der 10. Unternehmerkonferenz „Zukunft im Blick – Zukunft im Griff“ setzt auf die Gestaltungsmöglichkeiten, die die Verantwortlichen in Unternehmen und Kommunen nutzen können. Die bayerischen Sparkassen stehen den Entscheidern dabei zur Seite, wie die Unternehmerkonferenz seit vielen Jahren eindrücklich beweist. Die Teilnehmer wählen hier aus einem breiten Themenspektrum ein für sie passendes Vortragsprogramm und können mit den Experten vor Ort in einen Dialog treten.

In den Bereichen Finanzen, Management, Investment, Kommunikation, Sicherheit, Energie und Umwelt liegt der Zukunft-Fokus auf den Trends von morgen, auf den damit einhergehenden Wandel und die Abhängigkeiten der Märkte und ihrer Akteure. Wie sich Unternehmer und Kommunen aktiv darauf einstellen können, vermittelt die Unternehmerkonferenz. Ein wichtiger Punkt ist dabei auch das Thema „Sicherheit“ z.B. durch Patent- und Markenschutz, aber auch die Absicherung gegen Wirtschaftsspionage.

Im Anschluss wird am Abend traditionell in einer feierlichen Gala-Veranstaltung mit TV-Live-Aufzeichnung der Bayerische Gründerpreis in sechs Kategorien verliehen. Die Auszeichnung würdigt Unternehmer in Bayern für den Mut zur Selbständigkeit und sendet damit ein Signal für wirtschaftliches Engagement in Bayern. Informationen unter: [www.unternehmerkonferenz.de](http://www.unternehmerkonferenz.de)

ler sehr vorsichtig. Ost- und Südosteuropa bleibe schwierig. Im Nicht-Kernbereich seien weitere Belastungen nicht auszuschließen, im Kern-Geschäft aber sei ein deutlich positives Ergebnis vor Steuern zu erwarten. Der

Um- und Ausbau zu einer reinen Kundenbank werde konsequent fortgesetzt. Die Liquiditätslage sei komfortabel, die Kernkapitalquote solide. Ziel sei, das EU-Verfahren bis Sommer 2012 abzuschließen. dhg.

## Landesbanken-Abschreibungen...

(Fortsetzung von Seite 6) gebnis nach Bewertung und vor Veränderung der Vorsorgereserven auf 7,2 (12,1) Prozent abgerutscht ist. Vor der durch die Landesbanken hoch getriebene Risikobewertung waren es 10,7 (11,8) Prozent. Mit ihren Eigenanlagen erwirtschaftete das Institut eine Rendite von 2,6 Prozent. In den vorangegangenen fünf Jahren waren es jährlich 3,6 Prozent. Wobei zu berücksichtigen ist, dass die Sparkasse bei ihren Anlagen der Sicherheit Vorrang vor der Rendite gibt. „Griechische Staatsanleihen sind nicht im Bestand. Uns geht es nicht um Wachstum um jeden Preis“, so Strötgen.

Die Kundeneinlagen legten um 2,5 Prozent auf 12,74 Milliarden Euro zu. Dazu trugen Privatkunden mit 10,37 Milliarden Euro (+ 2,1 Prozent) bei, wobei kurzfristigen Anlagen der Vorzug gegeben wird. Viel Geld stecken die Kunden in Bausparverträge, wes-

halb die Stadtparkasse 2011 mit 12.144 Verträgen (+ 11 Prozent) so viele abgeschlossen hat „wie noch nie“. Mit dem Abschlussvolumen von 506 Millionen Euro war die Stadtparkasse München erst die dritte Sparkasse in Deutschland, die ein solches Volumen in einem Jahr erreicht hat. Dagegen verlief das Wertpapiergeschäft „zurückhaltend“.

Das gesamte Kreditvolumen erhöhte sich um 1,4 Prozent auf 9,6 Milliarden Euro. Dabei legten die Ausleihungen an Unternehmen und Selbständige weit überdurchschnittlich um 5,6 Prozent auf 4,4 Milliarden Euro zu, wogegen die Kredite an Privatkunden nur um 0,2 Prozent auf 4,8 Milliarden Euro stiegen. Baufinanzierungen waren mit 1,29 (1,24) Milliarden Euro (+ 4,2 Prozent) besonders gefragt, im Großkundenbereich auch zur Kapitalanlage. Es war der stärkste Anstieg in den letzten drei Jahren. dhg.

**UnternehmerKonferenz 2012**  
3. Mai – NürnbergConventionCenter NCC Ost Messe Nürnberg

## Zukunft im Blick – Zukunft im Griff!



**30 Wissensvorträge**  
für Unternehmer, Führungskräfte, Kommunen und Freie Berufe

**Impuls**  
„Hohe Unsicherheit und wirtschaftliche Krisen als Herausforderung für Unternehmen“  
Dr. Jürgen Pfister

**Keynote**  
„Anleitung zum Zukunfts-Optimismus – Warum die Welt nicht schlechter wird“  
Matthias Horx

**Best Practice**  
„In Zukunft reden wir – von der Information zur Kommunikation“  
Michael Rossié

Information und Anmeldung unter [www.unternehmerkonferenz.de](http://www.unternehmerkonferenz.de)

Eine Initiative der bayerischen Sparkassen

Unterstützt von:



Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern:

## Neue Ära der Bürgerfreundlichkeit

GZ-Interview mit AKDB-Vorstandsvorsitzendem Alexander Schroth

„Gäbe es die AKDB nicht, müsste man sie erfinden!“ Optimistisch und selbstbewusst präsentiert sich Alexander Schroth, Vorstandsvorsitzender der seit 40 Jahren erfolgreich im Bereich der kommunalen Datenverarbeitung tätigen Anstalt des öffentlichen Rechts im Gespräch mit der Bayerischen Gemeindezeitung. Und das aus gutem Grund: Das zum bundesweit führenden Dienstleister und Anbieter für Kommunalsysteme avancierte Unternehmen hat für jede Kommune eine auf deren individuelle Bedürfnisse abgestimmte, optimierte Lösung parat. Als Komplettanbieter liefert die AKDB mit ihren etwa 750 Mitarbeitern Softwarelösungen und Dienstleistungen für die Kernbereiche von Kommunalverwaltungen.

Durch den bereits Anfang der neunziger Jahre in Gang gekommenen Reformprozess „Neues Steuerungsmodell“ entwickel-

keit verloren hat nach Schroths Beobachtung der bundesweite Reformprozess zur Einführung eines doppelischen Haushalts- und Rech-

system mittlerweile nur noch vereinzelt ad acta gelegt. Somit betreibt die überwiegende Zahl bayerischer Kommunen ihre Finanzwirtschaft nach wie vor auf kameraler Basis.

„Weder das kameraler noch das doppelische System haben für uns Vorrang“, macht der Vorstandsvorsitzende deutlich und ergänzt: „Da wir uns als Dienstleister auf die Wünsche des Kunden einzustellen haben, bedienen wir jeden einzelnen Kunden, gleich welches Buchungssystem er einsetzt, auf optimale Weise.“ Ohnehin ändere die Umstellung von Kameralistik auf Doppik nichts an der finanziellen Situation der jeweiligen Kommune, so Schroth. Festzustellen sei, dass es „überwiegend positive Rückmeldungen“ von jenen Kommunen gebe, die die Doppik eingeführt haben. „Das System läuft und das System klappt.“ Letztlich gehe es immer darum, „welche Schlussfolgerungen aus den vorhandenen Informationen gezogen werden“.

### Innovative Produkte

Mit innovativen Produktlösungen wartete die AKDB Schroth zufolge auf der weltweit größten IT-Messe CeBIT in Hannover auf. So präsentierte das Softwarehaus am Stand der Beauftragten der Bundesregierung für IT das Bürgerservice-Portal. Diese Plattform bildet Verwaltungsprozesse bis in die verschiedenen Fachverfahren wie z. B. Einwohnerwesen und Verkehrswesen hinein ab und ermöglicht einfach und effizient Anwendungen mit dem neuen Personalweis.

Das bundesweite Interesse am Bürgerservice-Portal mit seinen Online-Bürgerservices ist groß. Dies hätten in Hannover zahlreiche Gespräche mit Vertretern kommunaler Verwaltungen, interessierten Bürgern und nicht zuletzt der Besuch von Bundesminister Hans-Peter Friedrich gezeigt, berichtet der AKDB-Vorstand. Gefragt seien sichere und attraktive Online-Bürgerservices ohne Medienbruch, wie sie das Bürgerservice-Portal schon heute biete. Die umfassende Portallösung werde bereits erfolgreich von den Städten Ingolstadt und Würzburg genutzt. Dritter im Bunde sei seit kurzem Unterschleißheim.

Auch der Freistaat Bayern wird seinen Bürgern in Zusammenarbeit mit der AKDB ein Online-Portal zur Verfügung stellen, über das alle Online-Dienste der bayerischen Verwaltung nach einer einmaligen Authentifizierung zur Verfügung stehen. Das neue Bür-

gerservice-Portal soll allen staatlichen und kommunalen Behörden in Bayern ermöglichen, ihre Bürgerservices herstellerunabhängig, einfach und kostengünstig im Internet anzubieten. Der Bürger erspart sich damit zeitaufwändige Behördengänge.

„Wir versprechen uns eine deutliche Verbreitung nicht nur des Bürgerservice-Portals, sondern der gesamten Technologie“, erklärt Schroth. Mit der Bayerischen Staatsregierung sei man im Gespräch. Welche Dienste zum Zuge kommen, darüber müsse noch diskutiert werden. Denkbar wären aber beispielsweise Dienste zu den Bereichen Ausbildungsförderung oder Elterngeldantrag.

Für bundesweite Aufmerksamkeit sorgt auch die sog. erweiterte Zuständigkeit im Zulassungswesen. Bürger können ihr Fahrzeug landkreisübergreifend, wohn- und standortunabhängig bei der am günstigsten gelegenen Zulassungsstelle an-, ab- oder ummelden. Händler wickeln alle Vorgänge - nicht nur eine Neuanmeldung, sondern auch die Umschreibung, Wiederinbetriebnahme oder die Änderung von Technik oder Halterdaten - bei einer Stelle ab, unabhängig davon, woher ihre Kunden kommen. Die durchführende Behörde greift auf alle Daten zu und sendet sie an Finanzamt, Kraftfahrt-Bundesamt und Versicherungen. „Das ist pendlerfreundlich und ein echter Top-Service für den Bürger als Kunde der Verwaltung“, betont der Vorstandsvorsitzende.

Gestartet wurde die Initiative in den nordbayerischen Landkreisen Bayreuth und Kulmbach und der Stadt Bayreuth, anschließend auch in den Landkreisen Wunsiedel und Hof und der Stadt Hof. Eine vergleichbare Initiative gibt es seit einigen Monaten im Süden Bayerns, an der die Landratsämter Rosenheim, Berchtesgadener Land, Traunstein, Mühldorf, München, Garmisch-Partenkirchen, Miesbach und Bad Tölz-Wolfratshausen sowie die Stadt Rosenheim teilnehmen.

### Mobile Lösungen

Auch mobile Lösungen wie Dokumentenmanagementsysteme, die elektronische Aktenführung, der elektronische Sitzungsdienst oder elektronische Dienstausweise tragen dazu bei, die kommunalen Verwaltungen schlanker und effizienter zu gestalten. Mit dem elektronischen Dienstausweis wird den kommunalen Mitarbeitern nach Schroths Worten die Möglichkeit gegeben, „die Geschäfte von der Zugangskontrolle über die Zeiterfassung bis hin zu einer Verwaltungssignatur medienbruchfrei auf elektronische Weise zu erledigen“. Das heißt, dass sich ein Nutzer nur einmal anmeldet und so auf alle Rechner und Dienste Zugriff hat, zu denen er zugangsberechtigt ist. „Das bedeutet Zeiterparnis, Arbeitserleichterung und mehr Sicherheit.“

Auch hier könne die AKDB bereits auf Pilotprojekte verweisen – so im Landratsamt Augsburg, wo bis Ende 2012 alle Mitarbeiter flächendeckend mit den neuen Ausweisen versorgt sein sollen. Zahlreiche weitere Kommunen hätten bereits ihr Interesse signalisiert, den neuen Dienstausweis ebenfalls einzuführen. Für jede Kommune in Bayern verpflichtend sei im Übrigen ab 1. Januar 2014 das elektronische Personenstandsregister.

Apropos Sicherheit: Was die bundesweite Diskussion um Datenmissbrauch und Datenklau anbelangt, wies Schroth zunächst darauf hin, dass Deutschland auf ein deutlich ausgeprägtes Datenschutzrecht verweisen kann. „Insofern unterliegen auch sogenannte IT-Dienstleistungen in Form von Cloud-Angeboten bestimmten Beschränkungen.“

Da Kommunen mit dem Selbstverwaltungsrecht ausgestattet sind,



Vertragsunterzeichnung - sitzend (v. l.): Wolfgang Schmidt und Dr. Benedikt Haas (beide BayernLabo), Landrat Josef Eppeneder und OB Hans Rampf. Stehend (v. l.): Hannes Jacob und Nina Zeilhofer (beide BayernLabo) sowie Bettina Eierkaufner (Zweckverband berufliche Schulen Landshut). Bild: DK

## BayernLabo vergibt 100. Energiekredit

800.000 Euro für Sanierung der Berufsschule II in Landshut bereit gestellt

Jubiläum in Landshut: Die BayernLabo hat für die Modernisierung der Berufsschule II in Landshut den bereits 100. zinsgünstigen Energiekredit Kommunal Bayern vergeben. Für 20 Jahre stellt das Förderinstitut der BayernLB 800.000 Euro zu einem aktuell für zehn Jahre festen Zinssatz von 0,0 Prozent bereit. Die Mittel aus dem Energiekredit-Programm werden dazu eingesetzt, die Schule an die Vorgaben der Energiesparverordnung 2009 anzupassen.

Insgesamt sind für die derzeit laufende Sanierung und Erweiterung der Berufsschule II in Landshut bis zum Jahr 2014 Ausgaben in Höhe von 14,3 Mio. Euro veranschlagt worden. Hiervon entfallen allein ca. 4,5 Mio. Euro auf die energetische Sanierung. Die Einbindung weiterer Kredit- und Fördermittel der BayernLabo in späteren Bauabschnitten wird geprüft. Träger des Umbaus sind ein hälftig von der Stadt und dem Landkreis Landshut getragener Zweckverband.

### Weniger Energiekosten

„Im Vordergrund steht dabei natürlich primär die Verbesserung des Lernumfelds der kaufmännischen Berufsschüler“, betonte der Vorsitzende des Zweckverbandes, Landrat Josef Eppeneder, bei der Vertragsunterzeichnung im Landratsamt. „Gleichzeitig erreichen wir aber auch ganz im Sinne des Klimaschutzes und der Energiewende einen geringeren CO<sub>2</sub>-Ausstoß und sparen dabei noch bares Geld durch eine wesentliche Einsparung bei den Energiekosten“, freute sich Oberbürgermeister Hans Rampf.

Nach Abzug der Zuschüsse der Regierung von Niederbayern in Höhe von ca. 6,8 Mio. Euro verbleibt für den Zweckverband ein Eigenanteil von insgesamt 7,5 Mio. Euro. 2,5 Mio. Euro davon machen allein die Kosten für die energetische Sanierung aus. Ein Eigenbeitrag, der den Zweckverband nach Ansicht von Landrat Eppeneder an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit bringt. „Doch hier kommt uns unser hoher An-

spruch an das Niveau der energetischen Sanierung zugute. Durch die Sanierung der gesamten Gebäudehülle auf die Anforderungen der Energieeinsparverordnung 2009 rückt das Projekt nämlich in den Rang der Förderwürdigkeit durch die BayernLabo“, machte Eppeneder deutlich. „Die kommunalen Förderkreditprogramme der BayernLabo stellen eine optimale Ergänzung der staatlichen Zuschussmittel dar und haben uns die Sanierung der Berufsschule II wesentlich erleichtert“, stellten Rampf und Eppeneder fest. Sicher werde man nach den positiven Erfahrungen die Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten der BayernLabo im Rahmen des laufenden und auch künftiger Projekte prüfen.

„Gerade in Zeiten, in denen sich überregionale Banken zunehmend aus diesem Geschäft verabschiedeten, unterstützen wir als verlässlicher Finanzpartner die bayerischen Kommunen gerne dabei, ihre Immobilien energetisch zu modernisieren“, hob Dr. Benedikt Haas, Mitglied der Geschäftsleitung der BayernLabo, hervor. Damit leiste man gemeinsam einen Beitrag zum Klimaschutz und trage zum Gelingen der Energiewende in Bayern bei. Die große Nachfrage nach dem Energiekredit zeige, dass bei der energetischen Sanierung öffentlicher Gebäude enormer Handlungsbedarf besteht. So sei davon auszugehen, „dass wir im Laufe dieses Jahres noch eine Vielzahl von Energiekrediten an bayerische Gebietskörperschaften vergeben werden“.

### Verlässlicher Partner

Den zinsverbilligten Energiekredit Kommunal Bayern führte die BayernLabo am 1. April 2011 in Zusammenarbeit mit der KfW Bankengruppe ein. Das Förderprogramm ergänzt den klassischen Kommunalkredit und den Förderkredit Investkredit Kommunal Bayern, der für alle nicht energetisch begründeten Investitionsvorhaben in Anspruch genommen werden kann. Mit dem Energiekredit Kommunal Bayern fördert die BayernLabo Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs von kommunalen Nicht-Wohngebäuden, die vor dem 1. Januar 1995 errichtet wurden. Das Gesamtvolumen der bisher vergebenen Energiekredite beläuft sich auf rund 69,1 Mio. Euro. Damit wurden insbesondere energetische Sanierungen von Kindergärten und Schulen ermöglicht. DK



AKDB-Vorstandsvorsitzender Alexander Schroth im Gespräch mit GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel. Bild: CH

te sich ein Bündel von Maßnahmen, um „Verwaltungsbürokratien“ zu kundenorientierten Dienstleistungsorganisationen zu transformieren. Nach anfänglicher Euphorie deutlich an Geschwindig-

ungswesens. Zwar verzeichnen die AKDB inzwischen „rund hundert Kunden, die die Doppik entweder schon einsetzen oder auf dem Weg dorthin sind“, jedoch werde das kameraler Buchungswesens.

### Münchener Hypothekenbank:

## Ziele im Hypothekengeschäft übertroffen

Die große Nachfrage nach Immobilienfinanzierungen hierzulande hat das Neugeschäft der Münchener Hypothekenbank eG 2011 deutlich gestärkt. Mit einem Zusagevolumen von rund 3,4 Mrd. Euro hat die Bank ihre Neugeschäftsziele in der privaten und der gewerblichen Immobilienfinanzierung um rund 20 Prozent übertroffen.

Den Folgen der europäischen Staatsschuldenkrise konnte sich die MünchenerHyp jedoch nicht entziehen. Auf die von ihr gehaltenen griechischen Anleihen musste sie Abschreibungen in Höhe von 65,3 Mio. Euro vornehmen. Diese konnten durch die Nutzung von Reserven und einen positiven Risikovorresaldo kompensiert werden.

„Licht und Schatten lagen für uns im vergangenen Jahr dicht beieinander. Wir haben es aber vermocht, alle Belastungen durch die Staatsschuldenkrise aus eigener Kraft zu bewältigen“, sagte Dr. Louis Hagen, Vorstandspre-

cher der Münchener Hypothekenbank anlässlich des Bilanzpressegesprächs.

Wichtigster Vermittlungspartner waren erneut die Volksbanken und Raiffeisenbanken. Das Neugeschäft mit den genossenschaftlichen Partnerbanken entwickelte sich überdurchschnittlich gut. Die positive Entwicklung des Neugeschäfts sorgte zudem für ein deutliches Wachstum der Hypothekenbestände. Diese erhöhten sich um rund 1 Mrd. Euro auf 19,4 Mrd. Euro.

Die Refinanzierung erfolgte trotz der Unsicherheiten und Volatilitäten an den Kapitalmärkten zu guten und angemessenen Konditionen. □

## Götzl begrüßt Ferber-Bericht zu MiFID 2

Das Europäische Parlament will die von der EU-Kommission im Oktober letzten Jahres veröffentlichte Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID 2) verbessern. Das zeigt die nun vorgelegte Stellungnahme des zuständigen Berichterstatters im Europäischen Parlament, Markus Ferber.

Dieser folgt darin zwar konsequent dem Ziel der Kommission, Finanzmärkte effizienter, transparenter und widerstandsfähiger zu machen und den Anlegerschutz zu stärken. Zugleich setzt er aber eigene Akzente.

Ferber hält in seinem Bericht fest, dass „es Wertpapierberatern nicht untersagt werden soll, Verkaufsreize anzunehmen“. Vertriebsprovisionen bleiben damit erlaubt, „müssen aber vollständig transparent sein“.

Für Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern, ist das folgerichtig. „Denn das entspricht geltendem Recht in

Deutschland. Dieses erfordert, dass eine Bank ihre Provisionen bei der Anlageberatung offenlegen muss. Damit ist sichergestellt, dass der Verbraucher die Kosten von Beratung und Finanzprodukt kennt.“

### Transparenzanforderungen

Zudem begrüßt Götzl den Vorschlag Ferbers, die im Richtlinienentwurf der Kommission enthaltene Passage zu streichen, nach der unabhängige Berater gegenüber Banken privilegiert würden. Damit komme man dem Ziel ein Stück näher, alle Finanzdienstleister denselben Transparenzanfor-

derungen zu unterwerfen, was dem Verbraucher diene.

Ganz im Sinne von kleineren Regionalbanken ist der Vorschlag Ferbers, auf eine Vorschrift zu verzichten, nach der für telefonische Wertpapierorders ausschließlich eine elektronische Aufzeichnung zulässig ist. Götzl: „Ich begrüße ausdrücklich Ferbers Forderung, dass die EU-Mitgliedsstaaten selbst regeln sollen, welche Form der Dokumentation bei telefonischem Wertpapierhandel sachgerecht ist. In Deutschland haben wir uns ja gerade erst für die schriftliche Dokumentation in Form von Beratungsprotokollen entschieden.“ Ferber leiste mit seinem Vorschlag auch einen Beitrag dafür, unnötige Kosten vor allem für kleinere Banken zu vermeiden, so der bayerische Genossenschaftspräsident. □

# Rekordteilnahme bei Jubiläum

## 25. Mitgliederversammlung des Güteschutz Kanalbau in Kassel

Das historische Ambiente des Kongress Palais Kassel bildete den Rahmen für die 25. Mitgliederversammlung der RAL-Gütegemeinschaft Güteschutz Kanalbau. Im Mittelpunkt der Jubiläumsveranstaltung standen die Berichte des Vorstandsvorsitzenden der Gütegemeinschaft, Dipl.-Ing., Dipl.-Kfm. Carl-Friedrich Thymian, des Obmanns des Güteausschusses, Dipl.-Ing. Uwe Neuschäfer, des Beiratsvorsitzenden, Dipl.-Ing. Rudolf Feickert M.A. sowie des Geschäftsführers, Dr.-Ing. Marco Künster. In seinem Festvortrag würdigte MDgt Wenzel Mayer, Abteilungsleiter Wasser und Boden im Hessischen Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz die Gütegemeinschaft Kanalbau als wesentlichen Faktor bei der steten Verbesserung der Qualität in diesem Bereich.

Mit der Aussetzung der nach der hessischen Eigenkontrollverordnung (EKVO) vorgesehenen Dichtheitskontrolle der privaten Hausanschlüsse griff der Festredner in seinem Vortrag ein brandaktuelles Thema auf, über das auch die Mitglieder der Gütegemeinschaft Kanalbau angeregt diskutieren. Nach der EKVO hätten Kommunen oder Verbände die privaten Hausanschlüsse kontrollieren müssen. Mögliche Kosten hierfür hätten die Hauseigentümer aufbringen müssen.

### Hinreichend geregelt

Die Zumutbarkeit und die Verhältnismäßigkeit dieser Regelung wird derzeit nicht nur in Hessen kritisch hinterfragt – trotz der eindeutigen gesetzlichen Vorgaben des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG), wonach Abwasseranlagen so zu errichten, zu betreiben und zu unterhalten sind, dass die Anforderungen an die Abwasserbeseitigung eingehalten werden (§ 60 Abs. 1). Ebenso gilt: Wer eine Abwasseranlage betreibt, ist verpflichtet, ihren Zustand, ihre Funktionsfähigkeit, ihre Unterhaltung und ihren Betrieb sowie Art und Menge des Abwassers und der Abwasserinhaltsstoffe selbst zu überwachen (§ 61 Abs. 2). Damit ist die Sachlage eigentlich hinreichend geregelt, denn ohne fachgerechte Überprüfung erhält man keinen Kenntnisstand über den Zustand der Kanalisation auf seinem Grundstück. Im Umkehrschluss ist eine Überprüfung der Kanäle deshalb Voraussetzung für die Erfüllung der gesetzlichen Pflichten. „Deshalb werden die positiven Ansätze der EKVO vielleicht im Detail etwas reduziert – etwa bezüglich der Fristen – aber in der Gesamtheit weiter Bestand haben“, so die Einschätzung des Festredners.

Vorstandsvorsitzender Thymian ließ in seiner Rede die Entwicklung der Gütegemeinschaft im letzten Jahr Revue passieren. Seine positive Bilanz: Die Zahl der Mitglieder erhöhte sich auf 3.245. Für Thymian ein positives Signal – „trotz der nach wie vor schlechten (bau-)wirtschaftlichen Lage“. Besonders kritisch und langfristig ruinös schätzt Thymian ein, dass „nach wie vor die Angebote der Unternehmen oft nicht kostendeckend sind“. Thymian warb bei Auftraggebern, Ingenieurbüros und Auftragnehmern für eine sachorientierte und partnerschaftliche Abwicklung von Bauaufträgen.

In Bezug auf die Gütegemeinschaft konnte der Vorstandsvorsitzende mit beeindruckenden Zahlen aufwarten: 5.120 Auftraggeber und Ingenieurbüros berücksichtig-

ten Ende 2011 das Anforderungsniveau Gütesicherung RAL-GZ 961 in ihren Ausschreibungen. Zu diesem Ergebnis hat auch die Arbeit der Gütegemeinschaft in 2011 beigetragen: Realisiert wurden 929 Besuche zur Beratung bei Auftraggebern und Ingenieurbüros, 64 Auftraggeber-Fachgespräche mit 1.987 Teilnehmern sowie eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit. Darüber hinaus wurden insgesamt 7.250 Teilnehmer von Gütezeicheninhabern in 304 Firmenseminaren geschult. Im Rahmen der Gütesicherung haben die vom Güteausschuss beauftragten Prüfingenieure insgesamt 2.127 Firmen- und 3.808 Baustellenbesuche im Geschäftsjahr durchgeführt.

### Top-Leistung

Damit setzt die Gütegemeinschaft um, was Auftraggeber und Mitglieder fordern. Eine Top-Leistung, für die Thymian allen Beteiligten seinen Dank aussprach – von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gütegemeinschaft über Prüfingenieure und Geschäftsführung bis hin zu den Gremien der Gütegemeinschaft. Dazu zählen neben der Mitgliederversammlung Vorstand, Güteausschuss und Beirat. Letzterer versteht sich „als Interessensvertreter und Mittler des Güteschutzgedankens“, wie der Beiratsvorsitzende Feickert betonte. „Im Beirat arbeiten Auftraggeber und Auftragnehmer partnerschaftlich zusammen“, so Feickert, „wobei sich beide Parteien die Weiterentwicklung der Gütesicherung RAL-GZ 961 ohne Niveauverlust zum Ziel gesetzt haben.“

### Wichtiger Baustein

Uwe Neuschäfer berichtete als Obmann über die Arbeit im Güteausschuss. „Fünf Güteausschusssitzungen fanden im vergangenen Jahr statt, dabei wurden 5.682 Berichte zu Firmen- bzw. Baustellenbesuchen vorgelegt“, so Neuschäfer, für den die Veranstaltung in Kassel ein Heimspiel darstellte. Als Abteilungsleiter Technik und Stellv. Betriebsleiter der Kasselwasser ist Neuschäfer für rund 840 km Kanalnetz verantwortlich. Bei den zugehörigen Vergabeverfahren von Erneuerungs- und Sanierungsmaßnahmen werden konsequent Eignungsnachweise entsprechend RAL-GZ 961 gefordert. Damit hat man in Kassel positive Erfahrungen gemacht.

Nach Auffassung von Neuschäfer stellt vor allem die Arbeit der vom Güteausschuss der Gütegemeinschaft Kanalbau beauftragten Prüfingenieure einen wichtigen

Baustein der Gütesicherung dar. Diese besuchen als sachverständige Berater unangemeldet die Baustellen, fertigen Berichte an und legen diese dem Güteausschuss vor. Von den 5.682 in 2011 behandelten Vorgängen gaben 269 Anlass zu Beanstandungen und 24 Mal musste ein Gütezeichen entzogen werden.

### Klarstellung und Präzisierung

Im Güteausschuss der Gütegemeinschaft Kanalbau werden allerdings nicht nur die Berichte der Prüfingenieure behandelt, sondern auch wichtige Anpassungen der Güte- und Prüfbestimmungen erarbeitet. So wurden auch auf dieser Mitgliederversammlung An-

### Erster bayerischer Flussbericht:

# Umfassendes Datenwerk

„Bayern betreibt bereits seit 50 Jahren erfolgreichen Gewässerschutz. Dies zeigt die Gewässerqualität der bayerischen Flüsse. Mit unserer bayerischen Wasserpolitik sind wir auf einem sehr guten Weg, damit unsere Lebensadern auch in Zukunft Heimat und Lebensraum bleiben“, erklärte Umweltminister Dr. Marcel Huber bei der Vorstellung des ersten Bayerischen Flussberichts.

Bayerns Wasser- und Flusspolitik beruht auf drei Säulen: Hochwasserschutz, Renaturierung der Gewässer und nachhaltige Nutzung. Ziel ist es, in allen Regionen Bayerns den Zustand der Gewässer weiter zu verbessern. Mit dem Fluss-Bericht hat das Umweltministerium erstmals umfassend den Zustand der bayerischen Bäche und Flüsse untersucht und geplante Maßnahmen präsentiert. „Der Flussbericht gibt einen Eindruck, wo wir heute stehen und ich glaube, wir sind gut unterwegs. Wir haben allerdings auch noch einiges zu tun“, bemerkte Huber.

Rund 100.000 Kilometer Bäche und Flüsse durchziehen den Freistaat. Im Rahmen des Maßnahmenprogramms „Wasserrahmenrichtlinie in Bayern“ sollen rund 750 Millionen Euro bis zum Jahr 2027 investiert werden, um die Gewässergestalt im Land weiter zu verbessern. 21 Prozent der Bäche und Flüsse im Freistaat sind bereits in einem ökologisch guten bis sehr guten Zustand. Bis 2015 werden es voraussichtlich 39 Prozent sein. Im Vergleich dazu: Deutschlandweit sind es bislang 10 Prozent, in der Europäischen Union 40 Prozent. Der chemische Gewässerzustand ist bereits bei 99 Prozent der bayerischen Fließgewässer „gut“. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 88 Prozent, in der Europäischen Union sind es 43 Prozent. „Damit ist Bayern deutlich besser als der Bundesdurchschnitt“, sagte Huber.

Im Hochwasserschutz-Aktionsprogramm 2020 wurden seit 2001 640 Kilometer Fluss- und Bachlandschaften renaturiert. 1,5 Milliarden Euro wurden seit 2001 für den Hochwasserschutz eingesetzt, bis zum Jahr 2020 sollen es weitere 800 Millionen sein.

Als Beispiel führte Huber den Hochwasserschutz für das Mangfalltal mit einem Gesamtvolumen von 150 Millionen Euro an. Allein für den Hochwasserschutz der Marktgemeinde Bruckmühl im Landkreis Rosenheim wurden zwei Millionen Euro investiert: 500 Meter Deiche wurden rückverlegt und 200 Meter Straße neu gebaut. Zudem wurden 400 Meter Ufer renaturiert und ein 600 Meter langer Seitenarm geschaffen. Hierdurch entstanden an der Mangfall besonders wertvolle Lebensräume. „Die Mangfall ist ein Beispiel für modernen Hochwasserschutz, der die Lebensräume von Mensch und Natur bewahrt. Gleichzeitig werden

derungen der Güte- und Prüfbestimmungen verabschiedet, die vor allem zur Vereinfachung, Klarstellung und Präzisierung beitragen.

Im Bericht des Geschäftsführers informierte Dr.-Ing. Marco Künster über Tätigkeit und Entwicklungen im vergangenen Geschäftsjahr. „Die von Auftraggebern, Bauunternehmen und Ingenieurbüros gestellten Aufgaben wurden umgesetzt“, so Künster und verwies dabei auf das umfangreiche Datenmaterial in der Broschüre „Zahlen & Fakten 2011“. Stellvertretend hob er die Überarbeitung der Leitfäden für die Eigenüberwachung und die Neustrukturierung der Beurteilungsgruppe Sanierung (S) hervor.

Die neuen Leitfäden wurden für alle Ausführungsbereiche überarbeitet und die enthaltenen Muster für die Eigenüberwachung bieten eine Hilfe für ausführende Unternehmen bei der Dokumentation. Die Leitfäden stellen eine Infor-



Vorstandsmitglieder und Geschäftsführung der Gütegemeinschaft Kanalbau: Dipl.-Ing. MA Rudolf Feickert, Dipl.-Ing. Otto Schaaf, Dipl.-Ing., Dipl.-Kfm. Carl-Friedrich Thymian (Vorsitzender), Dipl.-Ing. Gunnar Hunold, Dipl.-Ing. Dieter Jacobi, Dr.-Ing. Marco Kunster (Geschäftsführer) und Dipl.-Ing. MBA Ulf Michel (v. l.).

mationsquelle für Auftraggeber, Ingenieurbüros und Gütezeicheninhaber dar. Gütezeicheninhaber, die die enthaltenen Muster nutzen,

können auf die Erarbeitung eigener Protokolle zur Eigenüberwachung verzichten“, machte Künster deutlich.

Mit der Neustrukturierung der Beurteilungsgruppe S (Sanierung) wird für Auftraggeber die Transparenz beim Eignungsnachweis in diesem Ausführungsbereich erhöht. Die Struktur der neuen Untergruppen, deren Anzahl sich durch die Umstellung deutlich reduziert hat, orientiert sich an den Vorgaben der DIN EN 15885 vom März 2011.

sach schafft die Obere Isar den Gesamtwert „gut“. In Teilbereichen wie dem Vorkommen von Wasserpflanzen heißt das Fazit sogar überwiegend „sehr gut“. Als südlicher Zufluss der Isar kommt die Loisach in allen Teilungsbereichen zum Ergebnis „gut“. Fische und Pflanzen fühlen sich wohl, Badende auch.

Während der Mittlere Inn im Gesamturteil zwischen „gut“ und „mäßig“ schwankt, zeichnen sich die Flussabschnitte des Oberen Inn durch Gesamtwerte aus, die bis zu „gut und besser“ reichen. Auch hier ist es vornehmlich die Vielfalt an Wasserpflanzen, die zu dem positiven Urteil beiträgt. Erneutes Manko: die Fischbestände. Ein Trend, der sich auch im Falle der Mangfall bestätigt. An der Oberen Mangfall sind die Fischbestände „mäßig“, an der Unteren gar „unbefriedigend“. Die Gesamturteile lauten genauso. Auch die Vils kommt in punkto ökologischer Zustand nicht gut weg. Im Bereich Taufkirchen kommt sie in keiner Bewertungskategorie über die Marke „mäßig“ hinaus. Gesamturteil: „unbefriedigend“.

Manfred Braun, Präsident des Landesfischereiverbandes Bayern, wies in einer ersten Stellungnahme auf wichtige Aspekte des Berichts hin, die derzeit die Ziele des Gewässerschutzes konterkarieren: „Ein Ausbau der Wasserkraft als Grundlage der Revitalisierung bayerischer Flusslandschaften kann nicht das Ziel einer naturverträglichen Gewässerentwicklung sein. Nach wie vor zu hoch und unkalkulierbar sind hierbei die schädlichen Effekte der Wasserkraftnutzung.“ Die

Durchgängigkeit der Fließgewässer sei eine zentrale Voraussetzung für den Erhalt des Lebens in den Gewässern. Vor allem zum Erhalt der Biodiversität dürfe die Durchgängigkeit auch unter dem Gesichtspunkt der Förderung regenerativer Energien nicht relativiert werden.

Neben dem Wasserkraftausbau im Rahmen der Energiewendestunden der Ausbau von Donau, Main oder Salzach in vielen Punkten im Widerspruch zu den „Visionen“ des Flussberichtes. Das wichtige Thema „Fraßdruck“ auf Fische werde nicht berücksichtigt, obwohl hier nach wie vor einiges im Argen liege. Noch immer gelte in Bayern keine Pflicht, Gewässerrandstreifen von intensivem Ackerbau freizuhalten. Das Bayerische Wassergesetz setze auf Freiwilligkeit, die die Gewässer nicht wirksam vor Verschlammung schützt. „Das wird im Bericht weitgehend ausgeklammert“, machte Braun deutlich.

Der LFV Bayern e.V. sieht den bayerischen Flussbericht als wichtigen Bestandteil in der fortlaufenden Gewässerentwicklung an und begrüßt die Bereitstellung finanzieller Mittel. Doch müssten andere Ziele – wie etwa die Energiewende oder der Ausbau der Binnenschifffahrt – weit mehr an Gewässerschutzziele gekoppelt werden. „Geschieht dies nicht, bleibt der Flussbericht leider nur die Beschreibung eines Status quo.“ DK

## Güteschutz Kanalbau

Ihr Partner bei der Bewertung der

- Fachkunde
- technischen Leistungsfähigkeit
- technischen Zuverlässigkeit der ausführenden Unternehmen



Zuverlässigkeit ...



... schafft Vertrauen

neutral – fair – zuverlässig

Gütesicherung Kanalbau steht für eine objektive Bewertung nach einheitlichem Maßstab

Gütesicherung Kanalbau RAL-GZ 961

## Kanalsanierung ist Vertrauenssache.

Generaldienstleistung aus einer Hand:  
Kanalinspektion · Kanalprüfung · Kanalstandsetzung  
Innovative Sanierungstechniken – aufgrabungsfrei.

Geiger Kanaltechnik GmbH & Co. KG  
Lochhausener Straße 203  
81249 München  
www.geigergruppe.de/kanaltechnik

**Geiger**

www.kanalbau.com

Bayerische Bauindustrie:

## Moderne Lösungen für die Energiewende

Unternehmertag in München - Für bessere Partnerschaft von Staat und Wirtschaft

Die Energiewende ist eine riesige Bauaufgabe, die Bauindustrie nimmt diese Herausforderung gerne an“ bekräftigte Thomas Bauer, Präsident des Bayerischen Bauindustrieverbandes, beim Unternehmertag der Bayerischen Bauindustrie in München, dem auch Finanzminister Dr. Markus Söder beiwohnte.

Zuallererst gehe es darum, Energie einzusparen. Bauer: „Die größte Chance besteht hier bei den Gebäuden, sowohl bei Wohngebäuden als auch bei Wirtschaftsgebäuden. 40 Prozent des Energieverbrauchs fallen da an.“ Durch vielfältige, intelligente Baumaßnahmen kann dieser Wert massiv abgesenkt werden. Große Chancen böte auch das Bauen im Bestand, gerade in den Städten.

Mit modernen bauproduktiven

Techniken könne man mehrere Ziele zugleich erreichen: „Wir haben so die Chance, durch intelligente Verdichtung, etwa indem wir mehr Funktionen in den Untergrund verlegen, gleichzeitig mehr Lebensraum zu gewinnen und den Landverbrauch zu verringern. Ökonomie und Ökologie beflügeln sich so gewissermaßen“, so Bauer.

Gerade jetzt sei auch die Investitionskraft der Öffentlichen

Haushalte enorm wichtig, sowohl im Hinblick auf die Herausforderungen der Energiewende als auch als Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise: Die im Prinzip richtige Konsolidierung dürfe nicht zu Lasten der Bauetats und der Investitionen geschehen. „Das beweist wieder, wie wichtig es ist, dass wir endlich zwei Goldene Regeln für alle Öffentlichen Haushalte festschreiben: Generell Vorrang für Investitionen und eine Mindestinvestitionsquote von 15 Prozent“, stellte Bauer fest.

### ÖPP-Projekte

Zudem sei als Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise, die gezeigt hat, was dauerhafte Werte sind, und was nicht, jetzt ÖPP – Öffentlich Private Partnerschaft – der richtige Weg. „Denn wenn einerseits die Staaten ihre Verschuldungsgrenzen erreicht oder vielfach weit überschritten haben, andererseits privates Anlagekapital auf der Suche nach dauerhaften Werten ist, ist das doch eine geradezu ideale Voraussetzung für neue ÖPP-Projekte“, bemerkte der Verbandspräsident.

ÖPP sei auch bestens geeignet für den Ausbau des Schienennetzes. Bauer: „Was sich im Autobahnbaubestens bewährt hat, nämlich das A-Modell, lässt sich unserer Meinung nach genau so gut als B-Modell auf die Bahn übertragen.“

Die Bayerische Bauindustrie habe dazu einen Vorschlag für ein Pilotprojekt erarbeitet, der folgender-

### Anlageoption:

## Deutsche gieren nach Betongold

89 Prozent der Deutschen würden derzeit eine Immobilie kaufen, wenn sie über das nötige Eigenkapital verfügten, wie eine Studie von PlanetHome AG <http://planethome.de> zeigt. Laut dem Immobilienvermittler ist die Nachfrage nach Sachwerten wie Immobilien seit dem Jahr 2008 ungebrochen. Die jüngsten Turbulenzen um die Gemeinschaftswährung haben das Interesse an Betongold nochmals verstärkt.

„Das Interesse für Immobilienienigentum ist derzeit vor allem von privater Seite sehr hoch. Besonders der Werterhalt steht im Vordergrund“, so Michael Voigtländer, Immobilienexperte am Institut der deutschen Wirtschaft Köln. Zudem werde eine Immobilie als Altersvorsorgeprodukt angesehen.

Aktuell setzen bundesweit so

maßen aussieht: Ein Konzessionär, das kann auch die Deutsche Bahn AG sein, baut die rund 145 km lange Schienenstrecke München – Mühldorf – Freilassing, mit der Verbindung Mühldorf Chemiedreieck, weitgehend zweigleisig aus und betreibt sie 30 Jahre lang.

Er ist in diesem Zeitraum für den Betrieb der Schienenstrecke, ihren Unterhalt und deren Erhalt zuständig. Dafür erhält er die auf der Strecke anfallenden Einnahmen, die von den Zugbetreibern zu zahlenden Trassenpreisen und die an den Bahnhöfen anfallenden Stationseinnahmen. Weil er davon die hohe Anfangsinvestition von rund 1 Mrd. Euro nicht vollständig selbst finanzieren kann, bekommt er wie alle anderen Strecken Unterstützung durch den Staat aus den sogenannten LuFV-Mitteln (Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung) zugewiesen. Dem Bund entstehen somit keine zusätzlichen Ausgaben. Der Staat profitiert von der zusätzlichen Wirtschaftsleistung, die durch eine verbesserte Infrastruktur entsteht – er wird mehr Steuern einnehmen. „Dies ist die wichtigste Begründung für die staatliche Unterstützung“, erklärte Bauer.

Zur Finanzierung der Maßnahme wird ein Infrastruktur-Fonds im Umfang von einer Milliarde Euro aufgelegt. „Mit den Fondsanteilen kann man gut für die Rente sparen. Infrastruktur, hinter der der Staat steht, ist sicher und auf eine ähnliche Laufzeit angelegt, wie die Rente“, machte der Präsident deutlich.

Bauer abschließend: „Der größte Vorteil unseres ÖPP-Vorschlags ist, dass wir damit massive Zeit einkaufen, weil wir den Ausbau dieser Schienenanbindung um Jahrzehnte früher als mit öffentlichen Mitteln schaffen. Durch die sofortige Finanzierung des gesamten Objekts kann auch schneller und wirtschaftlicher gebaut werden.“ □



Baudirektor Manfred Ahles (links) und Thomas Lessentin setzen sich für die Modernisierung, den Bau-, Um- und Ersatzbau von Wohnungen in Unterfranken ein. Bild: Pat Christ

## Es bräuchte noch mehr Millionen

Wohnungswesen: Günstige Mietwohnungen sind in Unterfrankens Städten rar

Würzburg. „Impulse für den Wohnungsbau“ nennt sich eine deutschlandweite Kampagne, die vor knapp einem Jahr startete, um auf den massiven Mangel an bezahlbaren Mietwohnungen in Ballungszentren und Universitätsstädten hinzuweisen. Aktuell fehlen demnach über 100.000 Mietwohnungen. Auch in Unterfranken gibt es Regionen mit äußerst engem Wohnungsmarkt, bestätigt Baudirektor Manfred Ahles von der Regierung von Unterfranken: „Neuralgische Punkte sind zum Beispiel Würzburg und Aschaffenburg.“

Vor allem sozial Schwächere stöhnen über Kostensteigerungen bei Mietwohnungen. Wobei insbesondere die Wammiete den Geldbeutel belastet. Das Modernisierungsprogramm des Freistaats verhindert laut dem Leiter des Sachgebiets „Wohnungswesen“, dass die Kosten davongaloppieren: Energetisch sanierte Wohnungen sind günstiger zu beheizen. Seit 2011 werden die Modernisierungsmittel wieder stark nachgefragt. Die unterfränkische Regierung bewilligte im vergangenen Jahr fast 20 Millionen Euro zinsvergünstigte Darlehen. Das ist viel im Vergleich zu 2010, als die Nachfrage einbrach: „Damals wurden nur 5,1 Millionen Euro beantragt.“ 2009 wiederum waren es 24 Millionen.

### Kein definiertes Limit

Ein definiertes Limit gibt es bei diesem Fördertopf nicht, erläutert Thomas Lessentin, der bei der Regierung von Unterfranken für Wohnraumförderung zuständig ist. Theoretisch könnte die Regierung die doppelte Fördersumme von 2011 für Modernisierungen bewilligen. Anders verhält es sich mit dem Wohnungsbauprogramm für Neu-, Um- und Ersatzbauten. Hier ist die Fördersumme festgelegt. Knapp 11,7 Millionen Euro standen 2011 zur Verfügung. Lessentin: „Heuer sind es bisher 10,3 Millionen.“ Wobei die Regierung hofft, dass weitere Mittel fließen werden. Denn vor allem Senioren und Behinderte suchen in unterfränkischen Städten dringend nach geeignetem und bezahlbarem Wohnraum.

### Modellcharakter

Modellcharakter in Sachen „Wohnen in allen Lebensphasen“ kommt laut Manfred Ahles dem gleichnamigen Projekt des kommunalen Wohnungsunternehmens „Stadtbau“ am Würzburger Ludwigsplatz zu. Die 2007 gestartete Initiative besteht aus vier Gebäuden und einem Innenhof. Beim dritten Gebäude wurde ein Altbau durch einen Neubau ersetzt. Hier entstehen aktuell 22 moderne, barrierefreie Mietwohnungen. Vier davon sind für Rollstuhlfahrer vorgesehen. Soziale Träger werden den Mieterinnen und Mietern künftig wohnungsnahen Dienstleistungen anbieten, so dass diese möglichst lange in ihrer Wohnung bleiben können.

Wie aus einem aktuellen Papier von Verbänden der Bayerischen Wohnungswirtschaft und der IG

BAU hervorgeht, gibt es in den meisten bayerischen Großstädten derzeit für höchstens vier Prozent aller Senioren ab 75 Jahren betreute Wohnungen. Allein der Bedarf an seniorengerechten Apartments sei riesig: 2025 wird er bei 280.000 Wohneinheiten liegen. Aber auch Familien suchen dringend Wohnraum. Wie groß der Wohnungsbedarf insgesamt ist, verdeutlicht der Bericht „Wohnungsmarkt Bayern 2011“. Ausgehend vom Jahr 2009 müssten demnach in Würzburg bis 2029 rund 21.500 und am Bayerischen Untermain zirka 12.000 Wohnungen gebaut werden.

Rätselhaft erscheint Wohnungsbauexperten angesichts viel zu geringer Fördermittel laut Ahles schließlich, wie die vorgesehene Steigerungsrate bei CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungen von derzeit einem auf künftig zwei Prozent pro Jahr erreicht werden soll. Zwischen 2012 und 2014 stehen deutschlandweit jährlich 1,5 Milliarden Euro bereit. Ahles: „Experten gehen davon aus, dass bis zu fünf Milliarden Euro notwendig wären.“ Würde in dem aktuellen Tempo weiter saniert, wäre laut dem Mieterbund erst in 100 Jahren jedes Haus in Deutschland klimafreundlich renoviert. Dies erscheint Klimaschutzern fatal, tragen doch Gebäude zu etwa 30 Prozent zum CO<sub>2</sub>-Ausstoß bei. Pat Christ

## Wohnungsbau in Bayern

2011 wurden in Bayern laut dem Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung rund 42.200 Wohnungen fertig gestellt. Das waren 27 Prozent mehr als im Vorjahr. „Wir brauchen aber noch mehr neue Wohnungen. Denn auf den Wohnungsmärkten der bayerischen Großstädte wird preisgünstiger Wohnraum zur Mangelware“, kommentierte Innenminister Joachim Herrmann die Statistik. Die Schaffung preisgünstigen Wohnraums wird heuer mit 205 Millionen Euro vom Freistaat unterstützt.

Weitere Informationen zum Thema Wohnraumförderung in Unterfranken unter: [www.regierung.unterfranken.bayern.de/unsere\\_aufgaben/4/7/20796/index.html](http://www.regierung.unterfranken.bayern.de/unsere_aufgaben/4/7/20796/index.html).

(pat)

Bayerisches Bau- und Ausbaugewerbe:

## Zuversichtlicher Start in das Frühjahr

Das bayerische Bau- und Ausbaugewerbe startet zuversichtlich in das Frühjahr. Das geht aus dem heute veröffentlichten Lagebericht der Landesvereinigung Bauwirtschaft Bayern (LVB) hervor. Die Geschäftslage hat sich nochmals verbessert.

Demnach bezeichnen mehr als die Hälfte der Betriebe ihre Geschäftslage als gut bis sehr gut. Ein weiteres gutes Drittel der befragten rund 2.500 Unternehmer sprechen von einer zumindest ausreichend bis zufrieden stellenden Entwicklung. Dabei stiegen die Umsätze in den vergangenen sechs Monaten saison-untypisch an – vor allem dank des Wohnungs- und des Gewerbebaus. Auch die Erträge der Handwerker legten verglichen mit dem Vorjahr zu. Das Auftragspolster ist in den vergangenen Monaten etwas gewachsen. Die Baupreise konnten allerdings nicht mit der insgesamt guten konjunkturellen Entwicklung mitziehen. Fast jeder fünfte Betrieb klagt derzeit über schlechte oder nicht auskömmliche Preise.

Insgesamt blickt das bayerische Bau- und Ausbaugewerbe auch optimistisch auf die kommenden Monate. Dies betrifft sowohl die Geschäftslage als auch die Erträge der Gewerke. Beim Sorgenkind Baupreise wird im Bauhauptgewerbe allenfalls eine leichte Verbesserung erwartet, in den Ausbaubetrieben gingen die positiven Erwartungen dagegen etwas zurück. LVB-Sprecher Hans Auracher betonte, dass der Wohnungsbau ein wichtiges Zugpferd der Branche bleibt. Die Dynamik aus dem vergangenen Jahr werde aber nicht mehr zu halten sein. Halten werden die Betriebe aber ihr bisher schon hohes Ausbildungsniveau. „Fast jeder fünfte Baubetrieb will mehr ausbilden“, sagte Auracher und verwies zugleich auf viele unbesetzte Lehrstellen. Die Frühjahrsumfrage lässt einen weiteren leichten Personalaufbau erwarten. Nur ein Bruchteil der Unternehmer sieht sich gezwungen, Mitarbeiter zu entlassen.

Auracher beklagte die Hängepartie bei der steuerlichen Förderung der energetischen Gebäudesanierung. Dies koste die Handwerker viele Aufträge, da die Investoren noch oft zögern. „Wir fordern die Bundesländer auf, dass von der Bundesregierung verabschiedete Gesetz endlich zu unterstützen“, so der LVB-Sprecher vor der Presse in München. Auracher machte deutlich, dass jeder öffentlich investierte Euro ein Vielfaches an privaten Investitionen auslöst. Die Gebäudesanierung trage somit zum Gelingen der Energiewende bei. □



**BPM**  
BAU- UND PROJEKTMANAGEMENT  
HART, GMBH



**PCG**  
PROJEKTENTWICKLUNG  
CONSULTING  
GENERALMANAGEMENT



**PrograMed**  
STRATEGIE | KONZEPT | PLANUNG

**Generalist für Bauprojekte im Gesundheitswesen und Schulbau sowie für Parkraummanagement**

Die Betreuung von komplexen Projekten und Bauvorhaben im Gesundheitswesen und im Schulbau ist unser Hauptaufgabengebiet. Die Kernkompetenzen der BPM GmbH und der PrograMed GmbH liegen vor allem in:

- Projektentwicklung
- Finanzierung
- Funktionsanalysen
- Kostensteuerung
- Funktions- und Raumprogramme
- Förderrecht
- Projektsteuerung
- Terminplanung und -steuerung
- Erstellung der Verwendungsnachweise
- VOF-Verfahren

Übersteigt der Bedarf die Zahl der verfügbaren Parkplätze, sind Parkraummanagement und -bewirtschaftung die Antwort. Die PCG GmbH hat die Lösung für Sie:

- Feststellung des Ist-Bedarfes
- Erstellung von Bewirtschaftungskonzepten
- Unterstützung bei Planung und Finanzierung
- elektronische Verkehrszählung

BPM Hart GmbH • Hofmark 50 • 84307 Eggenfelden  
Telefon 08721 5078-0 • Fax 08721 5078-29 • [www.bpm-gmbh.de](http://www.bpm-gmbh.de)

Spatenstich am Kreiskrankenhaus Alzenau-Wasserlos:

## Wichtiger Baustein der stationären Versorgung

Bei strahlendem Sonnenschein und im Beisein zahlreicher Ehrengäste fand vor kurzem der offizielle Spatenstich für den Erweiterungsbau am Kreiskrankenhaus Alzenau-Wasserlos statt. Insgesamt 18 Mio. Euro werden in den nächsten Jahren dort investiert, 12 Mio. Euro trägt der Landkreis, weitere 6 Mio. Euro kommen vom Freistaat Bayern. Deshalb freute sich Landrat Dr. Ulrich Reuter als Bauherr - Träger des Kreiskrankenhauses ist der Landkreis Aschaffenburg - besonders über den Besuch des Bayerischen Staatsministers für Gesundheit und Umwelt, Dr. Marcel Huber.

Einen Teil der umfangreichen Maßnahme - wie den Anbau, der den ersten Bauabschnitt darstellt - wird man schon bald von außen erkennen können: Zunächst steht jedoch die Verlegung von Leitungen im Baufeld an, die Krankenhauszufahrt wird verlegt. Anfang Juni beginnen dann die Gründungsarbeiten für den Anbau. Parallel dazu werden vorbereitende Arbeiten im Anschlussbereich zum Bestandsgebäude durchgeführt.

### Kalkulationssicherheit

Der Anbau selbst wird als Modul- bzw. Fertigteilbau zwischen Oktober und Ende Dezember 2012 errichtet. Vorteil dieser Lösung ist - neben Schnelligkeit und Kalkulationssicherheit - dass auf Interimsmaßnahmen verzichtet werden kann. Bei Baumaßnahmen im laufenden Betrieb hätten über Jahre hinweg mindestens zwei Bettenstationen in Container ausgelagert werden müssen - mit entsprechenden Erschwernissen für Personal und Patienten. So aber kann der Anbau als erste Maßnahme errichtet werden.

Der Neubau soll im Frühjahr 2013 bestimmungsgemäß in Be-

trieb genommen werden. Danach erfolgen in vier Bauphasen die Sanierungs- und Optimierungsmaßnahmen im Bestandsgebäude.

### Maßnahmen

Diese bis 2015 terminierten Maßnahmen betreffen Umbauten in der Zentralen Patientenaufnahme, in der Zentralsterilisation und im OP. Der OP-Bereich und der Zentralsterilisationsbereich werden erweitert. Die Zentrale Aufnahme zieht in größere Räumlichkeiten um, die Intensivstation zieht ebenfalls in neue Räumlichkeiten um, in das Erdgeschoss des Anbaus und wird, neben sechs Intensivbetten, um vier Intermediate-Care-Betten erweitert. Auch die Eingangshalle soll umgestaltet, eine Automatiktür installiert und der Infobereich kundentfreundlicher gestaltet werden. Last not least werden alle Wasserleitungen, die in der Neu- bzw. Umbauphase 1987/1989 als verzinkte Rohrleitungen ausgeführt worden sind, komplett erneuert.

„Über die Hälfte der Baukosten wird man später nicht mehr sehen können. Diese betreffen die Schaffung eines zeitgemäßen Standards“, so der Landrat. Die

Brandmeldeanlage muss voll ersetzt, alle Kabel müssen mit Brandschutzbandagen versehen werden. Die elektroakustische Alarmierung, die Lichtrufanlage sowie Verkabelung und die Verteiler für die Sicherheitsstromversorgung werden erneuert, die allgemeine Stromversorgung und die Sicherheitsstromversorgung getrennt.

Es müsse quasi in jeden Raum des Hauses eingegriffen werden und alle Wanddurchdringungen von Leitungen untersucht und gegebenenfalls nachgearbeitet werden.

### Zeit des Handelns

Der Landrat fasste die Bedeutung des Baubeginns wie folgt zusammen: „Heute endet die Zeit des Planens, Überlegens und Abwägens und es beginnt die Zeit des Handelns. Gleichzeitig beginnt eine Zeit der Betriebsamkeit und der Belastungen für die Patienten, für das Personal und für die Nachbarschaft. Am Ende der mehrjährigen Bauzeit steht nicht nur die Erneuerung des baulichen Brandschutzes dieses Hauses, sondern eine Neuaufstellung und Neuausrichtung als wichtiger Baustein der stationären Versorgung am Bayerischen Untermain.“

### Hohe Leistungszahlen

Dieses Haus habe in den letzten Jahren und Jahrzehnten eine kontinuierliche Fortentwicklung erfahren, fuhr der Landrat fort. „Es hat an Leistung zugelegt und sich in vielfältiger Hinsicht mit den niedergelassenen Leistungserbringern vernetzt. Das Ärztehaus ist gebaut und seit einigen Jahren in Betrieb. Die Leistungszahlen waren noch nie so hoch. Die stationäre Patientenzahl im letzten Jahr 2011 betrug erstmals über 6.000. Von daher hoffen wir, dass die 18 Mio. Euro Bausumme gut angelegtes Geld sind für die künftige Sicherung der stationären Krankenhausversorgung in kommunaler Trägerschaft in Stadt

und Landkreis Aschaffenburg.“

Bürgermeister Dr. Alexander Legler betonte, mit seiner Entscheidung zur Erweiterung des Kreiskrankenhauses habe der Kreistag in hohem Maße dem Bürgerwillen nach einer leistungsstarken und modernen medizinischen Versorgung im Landkreis entsprochen und zugleich die Weichen für eine weiterhin umfassende medizinische Versorgung gestellt. Dafür sei er sehr dankbar.

### Exzellente Versorgung

Die im Kreiskrankenhaus Alzenau-Wasserlos dank des fachlich umfassend qualifizierten sowie hoch motivierten Personals angebotene exzellente medizinische Versorgung genieße in der Öffentlichkeit wie auch in Fachkreisen hohe Anerkennung. Besonders überzeugten hier das hohe Engagement der Mitarbeiterschaft, insbesondere auch beim Umgang mit Patienten und Angehörigen.

### Gesundheitsstandort

Legler weiter: „Wir sind sehr froh und glücklich, mit dem Kreiskrankenhaus auf eine so anerkannte medizinische Einrichtung vor Ort verweisen zu können, die mit dem heutigen Tage ein weiteres Kapitel ihrer Erfolgsgeschichte schreibt und zugleich das Bild unserer Stadt als ein leistungsstarker und breit aufgestellter Gesundheitsstandort ganz wesentlich prägt. Namens des Stadtrates und der Stadtverwaltung möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich unserem Landrat und dem Freistaat Bayern, vertreten durch Sie, verehrter Herr Staatsminister, für das Engagement zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger danken.“

### Der Mensch im Vordergrund

Minister Huber hatte in seiner Ansprache den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kreiskrankenhauses Alzenau-Wasserlos höchstes Lob gezollt. Bei allem Fortschritt, der auf medizinischem Gebiet geleistet worden sei, habe man hier etwas Wesentliches stets im Blick behalten: „Hier steht der Mensch im Vordergrund.“

Im Anschluss an den Spatenstich trug sich der Minister auf Bitte des Rathauschefs in das Gästebuch der Stadt Alzenau ein. □



Nusser Bankauflage SB im Freiluft-Klassenzimmer Löbnitz. □

Bestens ausgeSTADTet:

## Klassenzimmer im Freien

Auf rund 330 mit Nusser Bankauflagen versehenen Sitzen werden zukünftig die Schüler und Schülerinnen der Löbnitzer Mittelschule Platz nehmen können - in einem Freiluft-Klassenzimmer in Form eines Amphitheaters mit einem Segeldach darüber. Damit kann der Unterricht nach draußen verlegt werden, auch wenn das Wetter schlecht ist - selbstverständlich machen dabei die Nusser Bankauflagen auch jede Witterungsanforderung mit: sie sind aus langlebigem FSC-Hartholz hergestellt.

Der Schulerweiterungsbau wurde nach neuesten pädagogischen Erkenntnissen konzipiert und umfasst eine Bausumme von insgesamt 1,8 Mio. Euro. Die Eröffnung des „Klassenzimmers im Freien“ ist auf den Frühsommer 2012 geplant und wird nicht nur die Bergstadt Löbnitz im Erzgebirge über die Stadtgrenzen hinaus bekannt machen, sondern auch die Referenzliste von Nusser Stadtmöbel repräsentativ ergänzen. Dabei handelt es sich um eine national wie international agierende Firmengruppe, die nach der erfolgreichen Fusion der bisherigen Schwesterfirmen Nusser und Penny zum Marktführer für öffentliche Außenmöblierung avancierte.

### Von Zonen umgeben

Umgeben ist das Klassenzimmer unterm Zelt Dach von Ruhe-, Spiel- und Bewegungszonen, in denen ebenfalls Produkte aus der Firmengruppe Nusser Stadtmöbel zum Einsatz kommen, unter anderem die langlebigen und unver-

wüstlichen Beck Abfallbehälter aus der BWRund Serie A6. Weitere Informationen zu Sitzbänke, Rundbänke und Bankauflagen für den öffentlichen Raum findet man unter: [www.stadtmobel.de](http://www.stadtmobel.de)

### Schwerpunkte des Sortiments

Die Nusser Stadtmöbel GmbH & Co. KG in Winnenden ist Teil einer national wie international agierenden Firmengruppe, die sich unter anderem mit Stadt- und Außenmöblierung befasst. Die Schwerpunkte des Sortiments sind hochwertige Landschafts- und Gartenbänke, Abfallerimer, Sperrpfosten und Fahrradständer. Die Produktion ist handwerklich und nachhaltig geprägt. Seit der Gründung im Jahre 1933 bestimmen bis heute die hohe Qualität aus einem familiengeführten Unternehmen, Verwendung natürlicher Rohstoffe und innovative Produkte die Firmenphilosophie - bestätigt durch zahlreich erhaltene Auszeichnungen und Design Awards. □

## Premiere für Münchner Immobilienmesse

Eröffnung durch den Schirmherrn, Bauminister Joachim Herrmann

Die Münchner Immobilienmesse in der neuen kleinen Olympiahalle präsentierte an drei Tagen die Angebote von 57 Ausstellern, darunter die führenden Bauträger, Makler und Finanzdienstleister. Die Messe feierte heuer ihre Premiere und soll jetzt jedes Jahr stattfinden.

„In München ist die Nachfrage nach preisgünstigem Wohnraum viel größer als das Angebot. Hier auf der Münchner Immobilienmesse haben die Besucher die Möglichkeit, mit Bauträgern, Maklern, Banken und anderen Dienstleistern unmittelbar Kontakt aufzunehmen, Angebote zu vergleichen und sich zu informieren. Ich hoffe, dass viele Menschen das Objekt ihrer Träume finden werden. Das unterstützt den Wohnungsbau und entlastet den Mietwohnungsmarkt“, betonte Innen- und Bauminister Joachim Herrmann, der als Schirmherr die Münchner Immobilienmesse eröffnet hatte.

Damit sich möglichst viele Menschen in Bayern ihren Traum von den eigenen vier Wänden erfüllen können, unterstützt die Staatsregierung die Wohneigentumsbildung finanziell. Ebenso fördert sie den Bau preisgünstiger Mietwohnungen. Minister Herrmann: „2011 haben wir 205 Millionen Euro in die Wohnraumförderung investiert, davon 52 Millionen Euro in München. 2012 werden wir die Förderung in gleicher Höhe fortführen.“

Herrmann weist seit Jahren darauf hin, dass in München deutlich mehr Wohnungen gebaut werden müssen. Die Stadt sei gefordert, schneller mehr Baurecht zu schaffen und die Baufreigaben zu beschleunigen. Erfreulicherweise stehen die Zeichen nun auf Aufschwung. 2011 sind die Baugenehmigungen für Wohnungen

im Vergleich zu 2010 von 5.402 auf 8.448 gestiegen. Die Baufertigstellungen haben von 3.861 auf 5.956 Wohnungen zugenommen. München erhält aufgrund seiner angespannten Wohnungsmarktsituation regelmäßig einen überproportional hohen Anteil von mehr als 25 Prozent der Fördermittel. Allein in den letzten fünf Jahren wurden 3.742 Miet- und Eigenwohnungen in München mit 306 Millionen Euro gefördert.

### Anreize schaffen

Doch soziale Wohnraumförderung kann den Wohnraumangel nicht allein beseitigen. Herrmann: „Ich werde mich weiterhin dafür einsetzen, dass der Wohnungsbau bundesweit durch bessere steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten angekurbelt wird.“ Der Minister plädierte vor allem dafür, die degressive Abschreibung im Mietwohnungsbau wieder einzuführen. Im Hinblick auf die Energiewende müssten auch Anreize wie Steuerermäßigungen und verbesserte Absetzungsmöglichkeiten für energetische Modernisierungsmaßnahmen im Gebäudebestand eingeführt werden. „Steuerliche Anreize sind sowohl für Selbstnutzer als auch für Vermieter attraktiv. Sie würden für einen zusätzlichen Modernisierungsschub sorgen. Kapital würde verstärkt in den Wohnungsbau investiert und umweltschonendes Bauen bekäme neue Impulse“, so Herrmann. □



## Ein Partner für alle Leistungen: die E.ON EnergieSpar-Sanierung

Legen Sie die energetische Sanierung Ihrer kommunalen Gebäude in kompetente Hände: Ihr persönlicher Ansprechpartner kümmert sich um alle Leistungen, von der ersten Analyse über die Bauausführung bis zur Abnahme.

Wir sind Ihr zuverlässiger Partner!

Sie profitieren von geringeren Energiekosten, schonen die Umwelt und steigern den Wert Ihrer Gebäude.

[www.eon-bayern.com/sanierung](http://www.eon-bayern.com/sanierung)



Wir informieren Sie gerne  
T 0180 - 2 15 14 15\*

\* 6 Cent pro Anruf aus dem deutschen Festnetz. Maximal 42 Cent pro Minute für Anrufe aus den Mobilfunknetzen.

e-on | Bayern

Paul Wolff-Schmuckstelen in Hemau:

## Mit wenig Aufwand Besonderes schaffen

Trotz einschränkender Bedingungen wie geringem Platzangebot und Hanglage kann sich die im letzten Jahr fertig gestellte Urnenstelen-Anlage im oberpfälzischen Hemau sehen lassen: Den Waldfriedhof der Kleinstadt ziert jetzt ein in sich geschlossener Friedhofsteil von etwa 250 m<sup>2</sup> mit einem zentralen Platz von medialer Anmutung.

Nach einem Entwurf eines Landschaftsarchitekten wurden zehn Urnenstelen des Spezialisten für Friedhofssysteme Paul Wolff im Auftrag der Stadt Hemau eingebaut, die jeweils vier Kammern enthalten und zwei bis drei Urnen aufnehmen können. Die radiale Anordnung verleiht ihnen einen integrativen Charakter.

Die sogenannten Schmuckstelen fügen sich hervorragend ins

Friedhofsumfeld mit seinen Bäumen und in die Topografie ein. Und sie bieten den Angehörigen der Verstorbenen die Möglichkeit, Grabbeigaben auf den jeweiligen Ablagen neben den Kammern zu platzieren.

### Harmonisches Ensemble

Das harmonische Gesamtergebnis steht am Ende eines ein-



Das Stelenensemble im Waldfriedhof in Hemau.

## Friedhofspflege im Wechsel der Jahreszeiten

Beginn der Wechselbepflanzung im Frühjahr  
Vielfältige Leistungen rund um das Grab

Säubern, schneiden, pflanzen, düngen, gießen: Jahr für Jahr verwandeln sich die Friedhöfe unter den emsigen Händen der Friedhofsgärtner in blühende Oasen. Jetzt im Frühjahr schneiden sie Gehölze und bepflanzen die Gräber mit frischen Frühlingsboten wie Tulpen und Tausendschön, Hornveilchen und Hyazinthen.

Die jahreszeitliche Wechselbepflanzung der Gräber ist aber nur eine von vielen Aufgaben der Friedhofsgärtner. Denn der so genannte Wechselflor macht neben Bodendeckern und Rahmenbepflanzung nur einen Teil der Grabfläche aus. Die allerdings will das ganze Jahr über gepflegt sein. Das Grabbeet wird von Laub, losen Ästen und Unkraut befreit, die Pflanzen werden nach fachmännischen Gesichtspunkten geschnitten und gedüngt.

### Wasserbedarf unterschiedlich

Auch das regelmäßige Gießen der Pflanzen gehört zu den Aufgaben der Friedhofsgärtner, wobei der Aspekt des Wasserbe-

darfs einzelner Grabpflanzen besonders wichtig ist. Er spielt eine wichtige Rolle bei der nächsten Wechselbepflanzung, wenn die Frühlingsblumen abgeräumt und durch Sommerblumen ersetzt werden. „Hierbei gilt es den Standort des Grabes zu berücksichtigen, denn manche Pflanzen eignen sich besser für sonnige, manche nur für schattige Standorte“, betont Wolfgang Kiefl, selbst Friedhofsgärtner in München und Verwaltungsratsvorsitzender der TBF Treuhandgesellschaft bayerischer Friedhofsgärtner.

### Sonne und Schatten

Während sich Rosettenpflanzen wie die Echeverie in der



Der neu entwickelte Boki Mobilbagger vom Typ 6552 im Einsatz auf dem Friedhof.

vernehmlichen Prozesses, der zunächst von der Bürgerschaft angestoßen wurde. Doch auch die Pfarrämter beider Kirchen standen hinter dem Vorhaben. Einigkeit bestand in dem Wunsch, herkömmliche Anordnungen mit einheitlichen Wänden zu vermeiden und stattdessen ein aufgelockertes Gebilde mit einzelnen Stelen zu errichten.

### Zertifizierung

Die Aufstellung der Urnenstelen, die Errichtung des Platzes und des Weges erfolgte durch ein ortsansässiges Bauunternehmen nach Maßgaben des Landschaftsarchitekten, der Stadt Hemau und des Herstellers.

Bestandteil der Ausschreibung war, dass der Hersteller nach dem

Gütezeichen für Urnenbestattungssysteme RAL-GZ 502/3 zertifiziert ist. Die Zertifizierung garantiert bei geprüften Friedhofssystemen von Paul Wolff eine gleichbleibende Qualität auf höchstem Niveau – und eine pietätvolle und umweltfreundliche Nutzung unter Beachtung der bestehenden Bestattungskultur.

### Folgauftrag

Einige Wochen nach Fertigstellung kam es – dieses Mal durch die Pfarrei in Hemau – zu einem weiteren Auftrag: Auf dem katholischen Friedhof in Hohenschambach wurden ebenfalls Urnenstelen von Paul Wolff aufgestellt.

Mehr Informationen unter: [www.paulwolff.de](http://www.paulwolff.de)



Jetzt im Frühjahr verwandeln sich Friedhöfe und Gräber unter den emsigen Händen der Friedhofsgärtner in blühende Oasen.

Sonne wohl fühlen, bevorzugt zum Beispiel das Fleißige Lieschen einen schattigen Standort. Dort blüht es ausdauernd von Juni bis Oktober.

### Hochsaison im Herbst

Dann steht auch schon die herbstliche Bepflanzung auf dem Arbeitsplan des Friedhofsgärtners. Hier spielt er die ganze Bandbreite seiner Kreativität aus. Denn für ihn ist der November mit den Totengedenktagen die Hauptsaison: „In dieser Zeit werden die Gräber nicht nur herbstlich bepflanzt und ge-

schmückt, sondern auch winterfest gemacht“, beschreibt Kiefl das Aufgabenfeld. Zum herbstlichen und winterlichen Grabeschmuck gehören Grabchalen und Gestecke ebenso wie natürliche Materialien wie Steine, Holz oder Tannenzapfen, mit denen man auf verschiedene Weise Trauer und Erinnerung zum Ausdruck bringen kann.

### Winterabdeckungen

Im Februar schließlich entfernen die Friedhofsgärtner die Winterabdeckungen und den



Beispiel für ein Frühlingsgrab.

winterlichen Grabeschmuck von den Gräbern und füllen frische Erde auf. Nun ist das Grab wieder bereit für die Frühlingsbepflanzung – und damit schließt sich der Kreis der Jahreszeiten.

Informationen zum Thema erhalten Sie bei der TBF Treuhandgesellschaft bayerischer Friedhofsgärtner mbH unter der kostenlosen Service-Nummer 0800/15 16 17 0 oder im Internet unter: <http://www.dauergrabpflege-bayern.de>

Boki-Bagger:

## Die Spezialisten am Friedhof

Moderne Friedhofsbagger, wie sie von der Kiefer GmbH in Dorfen, hergestellt werden, verkürzen die Aushubzeit der Gräber auf ein Minimum. Die Wirtschaftlichkeit der Geräte rechnet sich durch die Arbeitszeiterparnis in Euro und Cent.

Einerseits werden im Friedhofsbereich extrem schmale und wendige Bagger gefordert, andererseits müssen sie in Bezug auf Kraft und Reichweite höchsten Ansprüchen genügen. Die schmalste Version der Boki-Bagger, der Boki Kompaktbagger Typ 2051/2551, hat nur eine Außenbreite von 83 cm. Noch tiefer gräbt der Boki-Bagger durch den Anbau eines Teleskoparms. Damit erhöht sich gleichzeitig auch der Wirkungsradius des Baggers, um an unzugängliche Stellen zu gelangen.

### Optimale Abmessungen

Die Kiefer GmbH bietet inzwischen verschiedene Bagger-Typen für unterschiedliche Einsatzzwecke an: den handgeführten Kompaktbagger Typ 2551, der sich durch seine schmale Außenbreite optimal für enge Bereiche, in denen die Wendigkeit eines Dreirad-Baggers gefragt ist, eignen, oder leistungsstärkere Mobil-Bagger für breitere Wege mit hydrostatischem Fahrtrieb und vollhydraulischer Allradlenkung mit vier Lenkungsarten.

### Funkfernsteuerung

Auf der Basis der erfolgreichen Modelle Boki 2051E/2551E wurde der Typ Boki 2051RC entwickelt. Bei dieser Lösung handelt es sich um einen ferngesteu-

erten 3-Rad-Friedhofsbagger, bei dem die Arbeitsbewegungen mittels einer Funkfernsteuerung betätigt werden. Diese ermöglicht dem Bediener beste Sicht auf den Arbeitsbereich, da er sich nicht in der Kabine aufhält, d.h. der Bediener kann sich so positionieren, dass er den Greifer voll im Blick hat.

### Extreme Wendigkeit

Die selbstfahrenden Mobilbagger, Boki 2651 und Boki 4551 mit Joystick-Steuerung in den Armlehnen mit vorgesteuerten Ventilen, Stützfußsteuerung auch von außen etc. sind extrem wendig und haben kompakte Abmessungen. Beim neu entwickelten Boki Mobilbagger Typ 6552 sind alle hydraulischen Funktionen von der Kabine aus zu steuern. Die Kabine selbst besticht durch hohen Komfort bei einer sehr ergonomischen Anordnung der Bedienelemente. Durch seine Höchstgeschwindigkeit von bis zu 40 km/h ermöglicht er den schnellen Standortwechsel. Die schmale Fahrwerk, die geringe Spurbreite und die Allradlenkung mit serienmäßig 4 voneinander unabhängig schaltbaren Lenkungsarten erlauben dem Boki Mobilbagger Typ 6552 höchste Manövrierfähigkeit. Bei den beiden Friedhofsbagger-Typen 4551 und 6552 sind schadstoffarme Euro-V-Motoren möglich.



### Landesgartenschau 2012 in Bamberg

Bis zum 7. Oktober lässt nunmehr ein ganz außergewöhnliches Ereignis die oberfränkische Weltkulturerbestadt Bamberg in völlig neuem Glanz erstrahlen: Die Landesgartenschau Bamberg 2012 (LGS) bietet ihren Besuchern an 165 Tagen eine Fülle von gärtnerischen und künstlerischen Attraktionen, umrahmt von mehr als 2.000 Veranstaltungen.

Die Landesgartenschau Bamberg 2012 GmbH lud vor kurzem zur großen Eröffnungspressekonferenz und zog ein erstes Resümee. Im Bild (stehend, v. l.): LGS-Geschäftsführer Harald Lange, Landrat Dr. Günther Denzler, Oberbürgermeister Andreas Starke, LGS-Geschäftsführerin Claudia Knoll, und (sitzend, v. l.): Vorsitzender der Gesellschaft zur Förderung bayerischer Landesgartenschauen, Roland Albert sowie Umweltminister Dr. Marcel Huber.

### BOKI Friedhofstechnik - extrem vielseitig

BOKIMOBIL mini:  
auch mit Elektroantrieb



Info durch: **KIEFER GMBH**  
BAYERN

Postfach 1246, 84402 Dorfen  
Telefon: 08081414-0, Telefax: -99  
[www.kiefergmbh.de](http://www.kiefergmbh.de)

## Urnenstelen ... für eine kleine Ewigkeit



Die ganz große Vielfalt an Urnenstelen und sinnvollem, innovativem Zubehör im aktuellen PAUL WOLFF-Katalog.

Jetzt Ihr persönliches Exemplar sichern. Wir informieren Sie gerne!

Telefon (0 21 61) 9 30 - 3  
Telefax (0 21 61) 9 30 - 5 99  
[info@paulwolff.de](mailto:info@paulwolff.de)  
[www.paulwolff.de](http://www.paulwolff.de)

**PAUL WOLFF**  
Steinschrank. Manufaktur.

Henne-Unimog weht Standort in Wurmansquick ein:

## Ein neuer Stern geht auf

Umzug aus Eggenfelden ist abgeschlossen

Vom Aufsichtsrat der Daimler AG bis hin zu den Mitarbeitern der umliegenden Bauhöfe, zur feierlichen Eröffnung der neuen Henne-Unimog Betriebsstätte und der anschließenden Segnung durch den ortsansässigen Pfarrer Michael Bichler waren alle gekommen. Denn das Faszinosum Unimog schafft es, die verschiedensten Menschen in ihrer Begeisterung für Technik und Fortschritt zu vereinen.

Der Unimog ist nun schon seit über 60 Jahren Allroundkünstler im Dienst der Allgemeinheit und genauso lange kümmert sich Henne-Unimog um den Verkauf und die Instandhaltung des Alleskönners. Die verschiedenen Standorte der Henne-Unimog-Betriebsstätten ermöglichen den Kunden einen dezentralen Service. In Niederbayern sorgt sich schon 20 Jahre lang eine Niederlassung in Eggenfelden um die kundengerechte Versorgung mit Ersatzteilen und Reparaturlei-

stungen. Durch den Umzug in das nahegelegene Wurmansquick wird der Betrieb für die nächsten 20 Jahre fit gemacht.

### Energiespargebäude

Kai Bogedale, Geschäftsführer der Henne-Unimog GmbH, betonte in seiner Ansprache, dass für den Neubau besonders Wert darauf gelegt wurde, achtsam mit ökologischen Ressourcen umzugehen. Deshalb wurde bspw. einer Pelletheizung gegenüber kon-

ventionellen Heizmethoden der Vorzug gegeben. Mit Wärme wird im neuen Gebäude generell so effizient wie nur möglich umgegangen. Es gibt keine Heizkörper, Gasstrahler und auch kein Warmluftgebläse. Die komplette Werkhalle hat eine Fußbodenheizung. Das klingt nach Luxus, hat sich aber als höchst effizient erwiesen. Denn die Wärme wird direkt dort angeliefert, wo der Mitarbeiter sie benötigt: auf dem Fußboden.

### Brauchwassernutzung

Besonders vorteilhaft ist das im Winter, wenn Schnee und Eis von den Fahrzeugen durch die unmittelbare Nähe zur Wärmequelle leicht schmelzen und abfließen können. Dieses Schmelzwasser fließt dann - wie alle weiteren Abwässer - in eine ökologische Abwasseraufbereitungsanlage in der es von Öl und sonstigen Rückständen gereinigt wird, bevor es der Kanalisation zugeführt wird. Für die Fahrzeugreinigung wird Brauchwasser aus dieser Anlage verwendet.

### Faire Zusammenarbeit

Zur feierlichen Inbetriebnahme ließ es sich auch Prof. Dr. Heinrich Flegel als treuer Unimog-Fan und Kunde nicht nehmen persönlich zu erscheinen. An diesem Tag ergänzte es sich gut, dass Prof. Flegel Aufsichtsrat der Daimler AG ist. Kai Bogedale freute sich darüber, dass alle an diesem Neubau Beteiligten anwesend waren: vom Bauleiter über die ausführenden Baufirmen und die verantwortlichen Mitarbeiter bei Daimler und Henne-Unimog bis hin zu den kommunalen Vertretern. Der Wurmansquicker Bürgermeister Ludwig Watzinger lobte die faire Zusammenarbeit mit dem Weltkonzern Daimler. Michael Dietz - verantwortlich für den

weltweiten Vertrieb und das Marketing von Mercedes-Benz Special Trucks - wünschte, die neue Betriebsstätte möge „unter

einem guten Stern stehen“ und bedankte sich bei Henne-Unimog für die professionelle Zusammenarbeit. CH

Die Daimler AG auf der Ifat Entsorga 2012:

## Vielseitiger Unimog im kommunalen Einsatz

Stuttgart/München - Mit einer breitgefächerten Produktpalette begegnet die Daimler AG dem Interesse der Entscheider und Anwender aus dem öffentlichen und dem Dienstleistungsbereich. Multifunktionale Fahrzeuge mit innovativen Aufbauten, zukunftstauglichen Antrieben und komfortablen wie sicheren Arbeitsplätzen zeigen am Messestand sowie auf Aktionsflächen im Freigelände der Ifat Entsorga 2012 attraktive Lösungen für die immer anspruchsvoller werdenden Aufgaben.

Star unter den Sonderfahrzeugen mit Stern ist der Neue Actros, der als Abrollkipper vorgestellt wird. Der mit Aufbauten von Palfinger und Meiller bestückte „Truck of The Year 2012“ demonstriert, wie Umweltbewusstsein mit Komfort und Dynamik gepaart, den kommunalen Fuhrpark aufwerten kann.

### Vielseitigkeit

Der kleinere aber besonders vielseitige Fuso Canter TF ist mit neuem Gesicht, optimierten Funktionen, ökologisch relevanter und ergonomisch ausgefeilter Technik unter anderem mit einem Variopress-Aufbau von Faun zu sehen.

Die Zukunftsfähigkeit des Alternativenantriebes mit flüssigem Erdgas belegt der umweltschonende und durch größere Reich-

weite noch wirtschaftlichere Econic LNG, während der Sprinter - diesmal in der Doka-Variante mit Ausrüstung von Schmidt Winterdienst - vor allem durch die Flexibilität im kommunalen Alltag überzeugt.

### Unimog als Allrounder

Der Unimog ist auf der Ifat Entsorga mit gleich fünf „Allroundern“ präsent, die ihre vielseitigen Einsatzmöglichkeiten als leistungsstarke, wirtschaftliche, bedienerfreundliche und umweltschonende Trägerfahrzeuge mit Kehrmaschine, Demarkierungsgerät, Mähgerät, Schneeflug oder Tunnelwaschanlage einmal mehr unter Beweis stellen.

Nicht zuletzt bieten auch Axor und Zetros spezifische Lösungen für die Straßenbetriebsdienste der Kommunen an.

Alle Fahrzeuge stehen im Zeichen der Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit, aber auch des Fahrerkomforts und der Sicherheit. Last but not least trägt ein Atego Race-Truck zur Attraktivität des Messestands bei.

### Neuer Hallenflächenrekord

Nach der erfolgreichen Premiere der 2010 zusammengeschlossenen Messen Ifat und Entsorga - rund 110.000 Besucher aus 185 Ländern sowie 2.730 internationale Aussteller - wird die Weltleitmesse für Umwelttechnologie 2012 voraussichtlich neue Rekorde verzeichnen. So wurden erstmals 215.000 Quadratmeter Fläche belegt, 180.000 Quadratmeter davon in komplett ausgebuchten Hallen.

### Innovationen

Vorgestellt werden auch diesmal Innovationen und Dienstleistungen aus den Bereichen Wasser-, Abwasser-, Abfall- und Rohstoffwirtschaft. Schwerpunkte bilden unter anderem die Abfallsammlung und -beförderung mit den entsprechenden Fahrzeugen und Aufbauten sowie Straßenreinigungs- und -betriebsdienst mit sommer- und winterspezifischen Ausrüstungen. Ein praxisorientiertes Rahmenprogramm mit Gesprächsforen und Live-Vorführungen soll dem Fachpublikum fundiertes Wissen und neue Erfahrungen für den kommunalen Alltag vermitteln. Die diesjährige Ifat Entsorga in der Neuen Messe München ist vom 7. bis 11. Mai geöffnet. □



V. l.: Michael Dietz, Leiter Vertrieb und Marketing MB Special Trucks, Christian Garr, Kfm. Geschäftsführer, Maria Killinger, Kfm. Angestellte, Karl Schmied, Betriebsleiter, Dieter Flörs, Verkäufer, Rainer Partelly, Verkaufsleiter, Klaus Balda, Verkäufer und Kai Bogedale, Geschäftsführer, alle Henne-Unimog GmbH. CH

## Gemeinsam zum Erfolg

Unter dem Motto „Gemeinsam zum Erfolg“ veranstaltete die Schule der Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten (SDL) ein Seminar, um oberbayerische und schwäbische Gemeinden und Dörfer zur Teilnahme am Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft - unser Dorf soll schöner werden“ zu motivieren. „Festgehalten werden kann, dass der Wettbewerb, der seit 50 Jahren besteht, in unseren Dörfern sehr viel Positives bewirkt hat“, erläuterte Helmut Guckert, Vorsitzender des Schwäbischen Bezirksverbandes für Gartenbau und Landpflege. Dabei gehe es nicht nur um Verschönerungen im Dorf, sondern um die Gestaltung von zukunftsfähigen Strukturen.

Neben Informationen zum Inhalt und Ablauf des Wettbewerbes sowie zur Aufgabe der Bewertungskommission, wurde vor allem auf Erfahrungsaustausch Wert gelegt. Unter den 50 Teilnehmern waren Fachleute, interessierte Bürger und Kommunalpolitiker. Im Seminar konnten Vorbehalte und Ängste vor Behinderlichkeiten abgebaut werden. Gemeinden, die am Wettbewerb teilnehmen, haben einen großen Nutzen. Die Dorfbewohner würden aktiv und setzen sich engagiert mit ihrem eigenen Lebensraum auseinander. Stärken würden bewusst wahrgenommen, dadurch werde

das Heimatbewusstsein entwickelt, erklärte Josef Stadler, Kreisfachberater Landkreis Pfaffenhofen a.d. Ilm.

### Lebensqualität im Dorf

Neben den sichtbaren Verbesserungen im Dorfbild, lerne man durch die Teilnahme am Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ sein Dorf neu kennen, resümierte SDL Geschäftsführerin Gerlinde Augustin: „Wir konnten unsere Teilnehmer motivieren und Rüstzeug mitgeben. Egal wie wir abschneiden, wir werden am Wettbewerb teilnehmen“, äußerte sich spontan ein schwä-

bischer Bürgermeister. Darüber freue sich Gerlinde Augustin: „Wir werden die Gemeinden durch maßgeschneiderte Seminarangebote unterstützen.“

### Unvergessliches Erlebnis

„Durch das gemeinsame Ziel, den Ort attraktiver zu machen, wird das Gemeinwesen enorm verbessert“, berichtete begeistert Frau Karin Förtsch vom Gartenbauverein Niederlauterbach. Es gehe um das „sichtbare Dorf“, aber auch um das „Unsichtbare“ wie die Kultur, das Soziale und die Gemeinschaft. Auch die wertvollen Hinweise durch die Kommission seien nicht zu unterschätzen. „Das gemeinsame Vorbereiten, Präsentieren, Mitfeiern und Feiern war für das ganze Dorf ein unvergessliches Erlebnis“, vermittelte Förtsch sehr überzeugend. Um die dörfliche Identität zu fördern sollen Kinder und Jugendliche mit einbezogen werden, denn diese können u. a. von der älteren Generation lernen, so eine Teilnehmerin.

Spannend war auch der Erfahrungsbericht von Bürgermeister Josef Steigenberger aus Bernried. Das oberbayerische Bernried wurde 2007 im Bundesentscheid mit der Goldmedaille ausgezeichnet. Der Wettbewerb ist das größte Bürgerbeteiligungsmodell für den ländlichen Raum, so Steigenberger. Bürger und Kommunalpolitiker entwickeln gemeinsam Strategien für eine nachhaltige Zukunftsentwicklung.

Sein Fazit: „Die Teilnahme am Wettbewerb bringt kein Geld, manchmal eine Auszeichnung, er ist aber immer ein „Gewinn für das Dorf und die Gemeinschaft.“

Weitere Informationen unter: [www.sdl-inform.de](http://www.sdl-inform.de) □



V. l.: Theresia Gräfin Fugger von Glött, Gartenbauzentrum Bayern, Gerlinde Augustin, Geschäftsführerin SDL, Helmut Guckert, Schwäbischer Bezirksverband für Gartenbau und Landpflege, Karin Förtsch, Mitglied des Arbeitskreises Dorfgemeinschaft, Luciana Pavoni, Seminarleitung, Josef Steigenberger, Bürgermeister Bernried und Josef Stadler, Kreisfachberater, Landratsamt Pfaffenhofen a.d. Ilm. □



## Der Unimog. Einer für alles.

Mehr Wirtschaftlichkeit im Ganzjahreseinsatz.

Ob mähen, räumen, streuen, fräsen, reinigen oder transportieren, ob im Sommer oder im Winter: Der Mercedes-Benz Unimog ist 365 Tage im Jahr flexibel einsetzbar. Mit bis zu vier An- und Aufbauten und Schnellwechselsystem sind Anbaugeräte schnell und einfach ausgetauscht. Dabei ist der Unimog äußerst verbrauchsgünstig unterwegs. Informieren Sie sich jetzt bei Ihrem Unimog Partner oder unter: [www.mercedes-benz.de](http://www.mercedes-benz.de)



IFAT ENTSORGA 2012  
Besuchen Sie uns in Halle C4/Stand 321 und erleben den Unimog live vom 07. - 11. Mai 2012 in München



Mercedes-Benz  
Trucks you can trust

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 99 11-10, Fax: 09453 99 11-06, E-Mail: [verkauf.unimog@bassewitz.de](mailto:verkauf.unimog@bassewitz.de), Internet: [www.bassewitz.de](http://www.bassewitz.de)

Henne-Unimog GmbH Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127, E-Mail: [henne-unimog.hst@daimler.com](mailto:henne-unimog.hst@daimler.com), Internet: [www.henne-unimog.de](http://www.henne-unimog.de)

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge Industriestraße 29 - 33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: [nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com](mailto:nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com), Internet: [www.wilhelm-mayer.com](http://www.wilhelm-mayer.com)

Carl Beuthauser Baumaschinen und Nutzfahrzeuge GmbH & Co. KG Albert-Ruckdeschel-Str. 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: [verkauf.unimog@beuthauser.de](mailto:verkauf.unimog@beuthauser.de), Internet: [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG Werner-von-Siemens-Str. 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: [info@kurt-herold.de](mailto:info@kurt-herold.de), Internet: [www.kurt-herold.de](http://www.kurt-herold.de)

KLMV Kommunal- und Baumaschinervertrieb GmbH Robert-Bosch-Str. 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: [info@klmv.de](mailto:info@klmv.de), Internet: [www.klmv.de](http://www.klmv.de)

Smart:

## Elektromobilität kommt in Fahrt

Seit kurzem können sich Interessenten den smart fortwo electric drive oder das smart electric bike in jedem smart Center vorab reservieren. Damit haben Elektrofahrzeug-Begeisterte die Möglichkeit, zu den ersten Besitzern der dritten Generation des smart fortwo electric drive beziehungsweise des trendigen Elektro-Zweirads zu gehören.

Getreu dem Prinzip: „Wer zuerst kommt, fährt zuerst“ können sich Interessenten mit Beginn der Reservierungsphase direkt in jedem smart Center einen der ersten smart fortwo electric drive oder eines der ersten smart ebike sichern. Dazu werden im Rahmen der Reservierung die Daten des Interessenten aufgenommen. Mit der Hinterlegung einer Anzahlung in Höhe von 100 Euro erhält jeder Kunde eine Urkunde, die ihm bescheinigt, zur Markteinführung Mitte 2012 zum exklusiven Kreis der deutschlandweit ersten Besitzer eines der beiden umweltfreundlichen Elektrofahrzeuge aus dem Hause smart zu gehören. Die Anzahlung wird bei der späteren Bestellung des Fahrzeugs natürlich verrechnet.

### Mietbatterie

Der Preis für den smart fortwo electric drive liegt im Modell „sale&care“ bei unter 19.000 Euro brutto zuzüglich weniger als 70 Euro brutto monatlicher Mietrate für die Batterie. Für alle, die das Komplettfahrzeug kaufen möchten, bietet smart das Fahrzeug für unter 24.000 Euro brutto an. Der smart auf zwei Rädern - das smart ebike - wird ab 2.849 Euro brutto angeboten.

### Dritte Generation

In der dritten Generation bietet das elektrische Stadtauto noch

mehr Fahrspaß bei gleichzeitiger Umweltverträglichkeit. Ausgestattet mit einem 55-kW-Elektromotor knackt der smart fortwo electric drive die 120 km/h-Marke spielend. In weniger als 13 Sekunden von 0 auf 100 km/h: da macht auch die Fahrt auf der Stadtautobahn Spaß. Erstmals wird das Fahrzeug von einer Batterie der Deutschen Accumotive angetrieben. Der 17,6 kWh starke Energiespeicher bringt den urbanen Flitzer gut 140 Kilometer lokal emissionsfrei durch den Stadtverkehr.

### Schnellladestation

Ist die Batterie entleert, lässt sie sich mit einer Ladezeit von maximal acht Stunden an der Ladestation oder an der Haushaltssteckdose wieder voll laden. Noch schneller geht es mit einer so genannten „Wallbox“, einer Schnellladestation, die in der Garage installiert werden kann. Nach nur einer Stunde ist die Batterie wieder komplett aufgeladen, wenn das Fahrzeug mit einem 22 kW-Lader ausgestattet ist.

### Pedelec

Das zur Gattung Pedelec (Pedal Electric Cycle) gehörende smart ebike zeichnet sich durch unkonventionelles Design im Stil der Marke, stadtgerechte Funktionalität und einen hohen Technologieanspruch aus. Dieser zeigt



Der smart fortwo electric drive.

sich im besonders effizienten und leistungsfähigen Antriebspaket. Als Pedelec ist das smart ebike ein Hybrid, dessen 250 Watt starker Elektromotor sich anschaltet, sobald der Fahrer in die Pedale tritt. Je nach Bedarf lassen sich vier Leistungsstufen abrufen. Abhängig von der gewählten Leistungsstufe und dem Fahrverhalten kann die Reichweite mit einer Batterieladung über 100 Kilometer betragen.

### Rekuperation

Die Lithium-Ionen Batterie zählt mit über 423 Wh zu den leistungsstärksten Akkus im Wettbewerbsumfeld. Sie konnte form-schön integriert werden und sitzt

am Unterrohr im Rahmendreieck unter einer Kunststoff-Verkleidung. Aufgeladen werden kann die portable Batterie entweder an einer herkömmlichen Steckdose oder, noch ökonomisch und ökologisch vorteilhafter, während der Fahrt: Wird gebremst, wird der Radnabenmotor zum Generator. Die dabei gewonnene Bremsenergie wird in elektrische Energie umgewandelt – in der Fachsprache „Rekuperation“ genannt – und in der Lithium-Ionen Batterie des smart ebikes gespeichert. Ein Führerschein wird in EU-Ländern nicht benötigt, da der Elektromotor bei einem Pedelec nur bis zu einer Geschwindigkeit von 25 km/h den Vortrieb unterstützt.



Das smart ebike.

## Jugendarbeit muss sich neu (er)finden

### Bezirksjugendring diskutiert über Kooperationsmöglichkeiten mit Schulen

Würzburg. Gymnasiasten haben heutzutage einen straffen Zeitplan zu erfüllen. Sie nebenbei ehrenamtlich zu engagieren, ist nicht mehr so einfach wie früher. „Was es umgekehrt für die Jugendarbeit schwierig macht, junge Menschen als Mitglieder sowie als Betreuer zu gewinnen“, erklärt Carsten Reichert, der neue stellvertretende Vorsitzende des Bezirksjugendrings Unterfranken (BJR). Auf seine Initiative hin will sich der BJR dafür einsetzen, dass Jugendarbeit als „freiwillige Intensivierungsstunden“ anerkannt wird.

Bis diese Forderung in trockenen Tüchern sein wird, das wird noch eine ganze Weile dauern. Zuerst holte der Deutschlehrer am Aschaffener Dalberg-Gymnasium das Ja der Ausschussmitglieder des Bezirksjugendrings ein. Nun geht die Idee weiter an den Vorstand des Bayerischen Jugendrings (BJR), der voraussichtlich im Herbst über das unterfränkische Begehrt entscheiden wird.

### Regelung erarbeiten

Im nächsten Schritt soll Kontakt mit dem Kultusministerium sowie den Abgeordneten des Landtags aufgenommen und eine Regelung erarbeitet werden. „Es geht ja nicht nur um eine Verwaltungsvorschrift“, erläut-

tert Carsten Reichert. „Sondern um etwas, das die ganze Schulorganisation betrifft.“

Während sich Jugendliche früher nach der Schule verabredeten, um gemeinsam zu spielen, zu toben oder Musik zu machen, findet dies heute zunehmend innerhalb der Schule statt, erläutert der Lehrer: „Es gibt an vielen Schulen sogar Tutorenprogramme.“ Dabei helfen ältere Schüler den Jüngeren - ein typisches Prinzip der Jugendarbeit. Für die Jugendverbände bedeutet dies einen „Abzug“ junger Menschen aus ihrem eigenen Angebot. Kooperationen, zum Beispiel bei den Intensivierungsstunden im Gymnasium, sind andererseits nicht einfach zu realisieren. Wie kann zum Beispiel verbindlich nachgewiesen werden, dass der

Gruppenleiter die Gruppenstunden tatsächlich abgehalten hat?

Vollgestopfte Lehrpläne und ganztägiger Unterricht stellen nicht die einzigen Probleme der Jugendverbände dar. Große Sorgen bereitet auch die Situation im ländlichen Raum. „Es gibt eklatante Unterschiede in der Organisation von Jugendarbeit in städtischen zu der in ländlichen Gebieten“, wurde bei der Ausschusstagung festgestellt. Allein in Bezug auf die Mobilität hätten städtische Jugendliche ganz andere Möglichkeiten und Aktionsräume als Jugendliche in strukturschwachen Räumen. Der Ausschuss rief deshalb Politiker auf allen kommunalen Ebenen dazu auf, den ländlichen Raum zu stärken - angefangen von der Ausbildungssituation für Jugendliche bis hin zur Arbeit mit Migrantenfamilien.

### Neuerfindung

Dass der ländliche Raum nicht zurückbleibt, dafür setzt sich auch der Bayerische Jugendring ein. BJR-Präsident Matthias Fack bestärkte in der unterfränkischen Jugendbildungsstätte die Jugendverbände in ihren Forderungen an die Politik, sich deutlicher für Jugendarbeit abseits der Ballungsräume zu engagieren. Bei Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel, der während der Ausschusssitzung den BJR-Preis „Partner der Jugend“ verliehen bekam, stieß er auf offene Ohren. An die Bürgermeister Unterfrankens appellierte Dotzel, in den Dörfern Jugendräume zur Verfügung zu stellen und auch

qualifiziertes Personal für die Begleitung der Jugendlichen anzustellen.

Für Matthias Fack steht zumindest teilweise eine „Neuerfindung“ der Jugendarbeit an. Kein Verband komme mehr an der Frage vorbei, wie er sich der Institution Schule gegenüber positioniert, betonte der BJR-Präsident. Dies ist jedoch ein äußerst kritischer Punkt für viele in der Jugendarbeit Aktive. Schließlich

### Landkreis Maisach:

## Streit um Fliegerhorstpläne

Als „gefährlich für den Landkreis“ hat der Kreisvorsitzende der CSU, Landrat Thomas Karmasin, die Bestrebungen der Grünen bezeichnet, die Ansiedlung von BMW auf dem Gelände des Fliegerhorstes in Maisach zu verhindern.

Die Grünen betrieben Stimmungsmache, indem sie von geplanten „Rennstrecken“ oder ähnlichem sprachen, obwohl in Wahrheit Strecken für Fahrersicherheitstrainings geplant seien. Zwar müsse bei den Planungen berücksichtigt werden, dass die von der Stadt Fürstfeldbruck in der Nachbarschaft beabsichtigten Ansiedlungen nicht durch eventuell entstehenden Lärm beeinträchtigt würden. Das sei aber auch auf anderem Wege möglich als durch eine Totalverhinderung des Projektes.

### Wirtschaftsfreundlichkeit

Gefährlich seien die Überlegungen der Grünen nicht nur deshalb, weil ein Landkreis, der einen Investor wie BMW vertreiben wolle, sich im Standortwettbewerb kaum als wirtschaftsfreundlich präsentieren könne. Karmasin sieht auch die Gefahr der Ansiedlung von Zivilfliegern nicht dauerhaft gebannt. Es sei „naiv“ zu glauben, der zivile

## Klimaschutzkonzept für Landkreis München

Gemeinsam mit den Gemeinden Aschheim, Baierbrunn, Gräfelfing, Kirchheim, Schäftlarn und Unterföhring erarbeitet der Landkreis München zur Zielorientierung und Bündelung der klimarelevanten Maßnahmen ein Klimaschutzkonzept.

Im Frühjahr 2012 hat der Landkreis München die Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes für den Landkreis und sechs seiner Kommunen, Aschheim, Baierbrunn, Gräfelfing, Kirchheim, Schäftlarn und Unterföhring, in Auftrag gegeben. Mit der Gemeinde Unterhaching, die bereits im Januar 2012 ein eigenes Klimaschutzkonzept begonnen hat, ist eine enge Zusammenarbeit vorgesehen.

### Kräfte bündeln

Die sechs beteiligten Kommunen, die sich für die Teilnahme freiwillig gemeldet haben, realisierten bereits in der Vergangenheit – ebenso wie der Landkreis München – einige Aktionen zum Schutz des Klimas. Damit Einzelmaßnahmen angesichts der immensen Herausforderung nicht wirkungslos verpuffen, werden die Kooperationspartner künftig ihre Kräfte auf der Basis eines fachlich fundierten Plans bündeln und aufeinander abstimmen.

### Nachhaltigkeit

Gemeinsame konsequente Umsetzung klimarelevanter Maßnahmen mit nachhaltiger und zielgerichteter Wirkung hatte auch der Kreistag im Blick, als er im Februar 2011 den Beschluss zur Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes fasste.

### Bundesmittel

Erfreulicherweise wird die Erstellung des Klimaschutzkon-

zeptes vom Bundesumweltministerium finanziell mit 65 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben für ein Jahr gefördert.

Bestandteile des Klimaschutzkonzeptes werden u.a. sein: Energie- und CO<sub>2</sub>-Bilanzen, Potentialabschätzungen, ein Maßnahmenkatalog, die Darstellung der Investitionen und der Beteiligung relevanter Akteure, ein Konzept für Öffentlichkeitsarbeit sowie ein Controlling-Konzept zur Überwachung der Klimaschutzziele.

### Vorbildfunktion

Gerade die öffentliche Hand nimmt eine Vorbildfunktion in Sachen Klimaschutz und Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen ein. Der Landkreis München und die beteiligten Kommunen bauen darauf, dass sie als Vorbilder mit entsprechender Motivation, Information und Einbeziehung seiner Bürgerinnen und Bürger ein eigenes Engagement der Menschen im Landkreis München auslösen.

### Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Robmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Christiane Juckenack (KPv)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 46 vom 01.01.2011

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

## Intensivierungsstunden

Intensivierungsstunden dienen im achtjährigen Gymnasium in Bayern der individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler. Sie sollen den Lernprozess eines jeden Schülers durch gezieltes Üben, Wiederholen und Vertiefen in kleinen Gruppen unterstützen sowie zu einer umfassenden Persönlichkeitsentwicklung beitragen. So geht es nicht nur um Sachwissen, sondern auch um die Vermittlung von Sozial- und Selbstkompetenz. Wie das jeweilige Intensivierungskonzept gestaltet wird, ist den Gymnasien in hohem Maße freigestellt. pat

150-jähriges Stadtjubiläum:

## „Wir sind Pfarrkirchen!“

Am 12. Dezember 1862 wurde Pfarrkirchen von König Maximilian II. Joseph von Bayern in die Reihe der bayerischen Städte aufgenommen. Das ganze Jahr über wird die Verleihung des Stadtrechts gefeiert. Herzstück der Jubiläumsveranstaltungen waren an einem Wochenende im April der „Wir sind Pfarrkirchen“-Tag, an dem 56 Vereine und Organisationen das gesamte gesellschaftliche Spektrum der Stadt präsentierten, ein Konzert der Ersten Allgemeinen Verunsicherung sowie ein Festakt mit 400 geladenen Gästen, darunter Bayerns Landwirtschaftsminister Helmut Brunner und der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly.

„Wir sind stolz auf unsere Geschichte“, betonte Bürgermeister Georg Riedl bei seinem Rückblick auf 150 Jahre Stadtgeschichte. Das Engagement für die eigene Heimat sei dabei das größte Kapital für die positive Entwicklung gewesen. Die Pfarrkirchen hätten sich schon immer als selbstbewusstes Volk gezeigt, das genau abgewogen habe, was gut und weniger gut für ihren Heimatort sein könnte, so Riedl. „Wenn wir heute auf 150 Jahre Stadtgeschichte zurück blicken, so macht dies im Grunde das Verhältnis des Bürgers zu sich selbst transparent, aber auch das dem Wandel unterworfenen Lebensgefühl einer Zeit, die auch das geschichtliche Schicksal widerspiegelt, das unserer Stadt und unserer Region zugefallen war.“

Insgesamt über 20 Mio. Euro seien bislang in die Stadtsanierung investiert worden, stellte der Rathauschef fest. Pfarrkirchen habe ein neues Gesicht bekommen; so habe sich seine Struktur seit den Anfängen der Siedlung und der Stadterweiterung der Gründerzeit neu geordnet und stabilisiert. Viel an Bausubstanz der Altstadt konnte erhalten und modernisiert werden

und mit dem Umbau von Straßen und Plätzen sei „Zug um Zug“ das zentrale Ziel der Altstadtsanierung, nämlich die kulturelle Identität der Stadt und ihrer Bewohner zu stärken, erreicht worden. Riedl: „Pfarrkirchen ist eine Wohlfühl-Stadt geworden, die sich immer wieder neuen Herausforderungen zu stellen hat und stellen wird.“

### Auf Erfolgskurs

„Grundlage unseres Handelns ist und war insbesondere die solide Finanzpolitik“, fuhr der Bürgermeister fort. „Wir haben unsere Verwaltung erneuert, bürger- und kundenorientiert, und die Verwaltungsarbeit an klaren Zielvorgaben ausgerichtet. Mit unseren Stadtwerken sind wir auf Erfolgskurs. Sie sind ein flexibles Unternehmen, das den nationalen und europäischen Anforderungen gerecht wird. Wir versorgen die Bürgerinnen und Bürger mit Strom, Gas und Wasser, entsorgen das Abwasser und betreiben das Erlebnisbad und den Stadtbus.“ Die Bilanzsumme der Stadt betrage stolze 83 Mio. Euro und die der Stadtwerke 45

Mio. Euro. Die Eigenkapitalquote der Stadt liege bei 86 Prozent. Riedl bezeichnete Pfarrkirchen als „Zukunftsstadt“. „Und so liegt es uns am Herzen, uns weiter zu entwickeln, aber bei allen Anstrengungen die Urbanität unserer Stadt nicht zu vernachlässigen. Dazu gehört insbesondere attraktiver Wohnraum in der Innenstadt; das ist eine Herausforderung, der wir uns alle stellen müssen.“

Zur Zukunft der Stadt gehörten auch die vielen Organisationen, Vereine und Verbände und die unzähligen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die sich ehrenamtlich in den Dienst ihrer Mitmenschen stellen; sie seien das Rückgrat der Stadtgesellschaft. Riedl: „Und so wünsche ich uns für die nächsten 150 Jahre, dass in unserer Stadt Begegnungen stattfinden zwischen den Menschen, zwischen Menschen verschiedener Länder, Herkunft und dass es niemandem gelingen wird, Gräben aufzureißen. Ich wünsche uns, dass Pfarrkirchen auch in Zukunft als Ort der Weltoffenheit, des Zusammenstehens und der Toleranz wahrgenommen wird. Es lebe Pfarrkirchen!“

Wie Nürnbergs OB Ulrich Maly ausführte, seien Gemeinschafts- und Heimatgefühl und das Wissen, wohin man wolle, die wichtigsten Garantien dafür, dass eine Stadt und eine Region aufblühen. Entscheidend sei daher auch nicht, wie groß eine Stadt ist: „Egal ob 5.000 oder 10.000 Einwohner – ich sehe diese Städte auf Augenhöhe mit einer Metropolregion wie Nürnberg“, konstatierte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags.

Minister Brunner hatte dagegen zuvor die Forderung aufgestellt, der Freistaat müsse die Voraussetzungen dafür schaffen, dass ländliche Regionen mit den Metropolen auf Augenhöhe liegen könnten. Hilfreich seien dafür „maßgeschneiderte und keine 08/15-Lösungen“. Er nahm dabei aber nicht nur den Staat in die Pflicht, sondern auch die Kommunen und die Bürger. „Ärmel hochkrepeln statt jammern“, laute die Devise. Pfarrkirchen sei dafür in den vergangenen 150 Jahren beispielgebend gewesen und werde hierfür in ganz Ostbayern geschätzt. Dem pflichtete der erst seit einigen Monaten amtierende Landrat Michael Fahmüller bei: Er bezeichnete seinen neuen Amtssitz als „Wohlfühlstadt“. DK

und für ein Engagement zu begeistern. Es zeige sich, dass Engagement in jungen Jahren häufig dazu führe, sich auch im späteren Leben bürgerschaftlich zu engagieren.

Die Professorin forderte die Vereinsvertreter auf, sich anhand ihrer Mitgliederlisten ein genaues Bild zu machen, wie in ihrem Verein die Altersstruktur aussieht und zu überlegen, wo genau und wann man das Ehrenamt braucht. Zu überlegen sei dann, wie man Ehrenamtliche anlocken kann. Dabei seien auch neue Wege gefragt wie etwa die Zusammenarbeit mit Firmen, wie Rosenkranz an einem Beispiel der Firma Siemens verdeutlichte. Aber auch der Gang an Schulen sei interessant. Darüber hinaus gelte es, Menschen gezielt anzusprechen und zu besetzende Ehrenamtstellen konkret zu beschreiben – ähnlich einer Stellenausschreibung. Den Verantwortlichen in Vereinen und Verbänden empfahl Rosenkranz, sich stärker zu vernetzen und sich Ehrenamtsmodelle in anderen Städten oder Landkreisen anzuschauen, um Ideen zu entwickeln. Auch Menschen mit Migrationshintergrund könnten einbezogen werden, betonte Rosenkranz. □



Prof. Dr. Doris Rosenkranz vor einem interessierten Publikum. □

## „Fit fürs Ehrenamt“

Auftaktveranstaltung der Qualifizierungsreihe in Miltenberg

Die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements steht angesichts des demographischen Wandels und einer sich ändernden Gesellschaft vor großen Herausforderungen. Einige Ansätze, wie man diesem Problem begegnen kann, präsentierte Professorin Dr. Doris Rosenkranz im Franziskushaus in Miltenberg.

Bei der Auftaktveranstaltung der Qualifizierungsreihe „Fit fürs Ehrenamt“ hätten erstmals das Landratsamt Miltenberg, das Martinusforum und die Caritas zusammengearbeitet, freute sich Moderator Michael Pfeifer. Stellvertretende Landrätin Claudia Kappes wies in einem Grußwort darauf hin, wie unverzichtbar bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt sind, denn Vereine, Verbände und Initiativen bildeten das soziale Rückgrat sozialer Integration und gesellschaftlicher Teilhabe. Auf Basis des Ehrenamtsnetzwerks des Landkreises Miltenberg und in mannigfaltigen Kooperationen seien für dieses Jahr erste Veranstaltungen zur Förderung dieses bürgerschaftlichen Engagements geplant, kündigte Kappes an.

Professorin Dr. Doris Rosenkranz, zurzeit an der Ohm-Hochschule in Nürnberg lehrend, gilt als ausgewiesene Expertin in Sachen Ehrenamt. Sie hat das Forschungsprojekt „Freiwilligenmanagement in Unterfranken“ verantwortet, das eine flächendeckende Situationsanalyse der ehrenamtlichen Seni-

orenarbeit im Landkreis Miltenberg ermöglicht hatte.

Rosenkranz wies darauf hin, dass es in Bayern ein großes Potenzial von Menschen gibt, die Interesse an ehrenamtlichem Engagement hätten. Studien hätten ergeben, dass viele von ihnen aber nicht wüssten, an wen sie sich wenden sollen. Eines habe sich mittlerweile gezeigt, so Rosenkranz: Das Interesse an kurzen Engagements und an Projekten steige, langfristiges Engagement sei nicht gefragt. Viele Menschen suchten sich heute – anders als früher – gezielt ein Engagement.

### Dringender Handlungsbedarf

Schon alleine der demographische Wandel zeige, dass Handlungsbedarf entstehe. Bis 2016 sei das Ehrenamt in Bayern noch gut versorgt, aber anschließend würden sich Lücken auftun, erklärte Rosenkranz anhand einer Grafik der demographischen Entwicklung. Deshalb gelte es, bereits jetzt junge Menschen anzusprechen

## GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Sabrina, ich brauche mal Ihre Hilfe. Da kündigt mir ein E-Mailschreiber einen „shitstorm“ an, wenn ich nicht von meinem Plan abrücke, die Wartebereiche im Einwohnermeldeamt zur handyfreien Zone zu erklären. Können Sie mir sagen, was das für eine Schweinerei wer den soll?“ Mein Chef, der Bürgermeister, hatte diesen neuen Polit-Begriff sicher schon mal gehört, wusste aber wenig damit anzufangen.

Dabei wurde „shitstorm“ zum Anglizismus des Jahres 2011 gewählt und ist nebenbei ein schönes Beispiel dafür, warum man seine Sprache offen für Neues halten sollte. Denn es ist verflucht schwer, das Phänomen als solches auf einen kurzen Nenner zu bringen oder gar das S-Wort in stubenreines Deutsch zu übersetzen. Im Kern geht es um eine Welle der Empörung und Entrüstung, die ausgehend von einem Ein-

munikationsnetz einspeisen. Wenn es eine große Zahl von Leuten interessiert oder wenn die Reaktionen (je deftiger, je mehr Aufmerksamkeit ist sicher) wieder ihrerseits das Interesse auf sich ziehen, breitet sich so etwas wellen- oder eben sturmartig aus – dann ist dem shitstorm kaum Einhalt zu gebieten. Man kann dann von Leuten lesen, die sich mit den Gefahren von Giften befassen,

radikale Tierschützer twittern „Mör der“ und gläubige Buddhisten geben zu bedenken, dass eine geliebte Tante als Taube wiedergeboren werden könnte.

Tatsächlich hat hier das Internet nur eine angelsächsische Tradition aufgenommen und sie in die Zeit der elektronischen Breitenkommunikation übersetzt: Die Leserbriefschlacht. Im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert tobten in den britischen Qualitätszeitungen teilweise langwierige, unerbittliche Leserbriefkontroversen um mal wichtige, mal abseitige Themen, die auch ihre eigenen Eskalationsgesetze hatten. Allerdings legten damals die Leserbriefschreiber in der Regel einen gehörigen Ehrgeiz daran, sorgfältig treffende Argumente zu wählen und stilistisch elegante, ja oftmals literarische Briefe zu formulieren. Was heutzutage gemailt, gepostet und getwittert wird, verdient leider oftmals höchstens die Bezeichnung „hingerotzt“.

Mein Chef, der Bürgermeister, will sich durch den andgrühten shitstorm nicht von seiner Linie abbringen lassen. Viel Feind viel Ehr? Nein, er ist schlicht von der Richtigkeit seines Vorschlags überzeugt und denkt, dieser wird dem Sturm widerstehen, weil es auch für eingefleischte Nerds erholsam sein mag, mal zehn Minuten ohne Smartphonebenutzung auskommen zu müssen. Eingedenk des unappetitlichen Wortes, das für die neue Form der Breitendiskussion erfunden wurde, maile ich ihm ein elektronisches Kalenderblatt mit dem Vordruck des Geschichtsphilosophen Eric Voegelin: „Wenn etwas charakteristisch für Ideologien und ideologische Denker ist, dann die Zerstörung der Sprache; manchmal auf dem Niveau eines hoch komplizierten intellektuellen Jar gons, manchmal auf der Ebene der Vulgarität.“

the Sabrina

## Neue Form der Breitendiskussion

zeln oder jedenfalls einer eher kleinen Anzahl von Leuten durchs Internet geht und von einer stetig wachsenden Zahl von Usern getragen und genährt wird, wobei sich Sachargumente mit Beleidigungen und Bedrohungen mischen, bis im Extr emfall nur noch die Beleidigung übrig bleibt und man regelrecht „shit“ über sich in einer ungeheuren Menge im Netz, in E-Mailpostfächern oder auf Accounts der sozialen Netzwerke findet.

Ich versuche, es dem Chef an einem Beispiel zu verdeutlichen. Angenommen, ein Kommunalpolitiker würde die Aussage treffen: Die Tauben im Stadtpark sollten vergiftet werden. Er macht diese Meinung öffentlich und sie wird verbreitet, etwa über Facebook und/oder Twitter. Damit verbreitet sie sich rasend schnell, denn eine solche Nachricht kann zeitgleich eine beliebig große Menge von Nutzern erreichen. Und so ist es eben auch mit den Reaktionen. Die erste Reaktion erreicht ja in der Regel nicht nur den Sender der Nachricht, sondern kann ebenso an beliebig viele Adressen gehen, deren Besitzer – soweit sie das Thema interessiert – dann ihre Meinung, etwa in Form von Missfallsäußerungen ebenso in das weltumspannende Kom-

Regionalentwicklung Stauden (RES) e. V.:

## Gestärkt aus der Krise

Stauden/Fischach. „Die Stauden im Aufwind!“ – Unter diesem Slogan hatten sich Mitte der 1990er Jahre die Gemeinden in der „Erholungslandschaft“ Stauden zusammen geschlossen, um sich für die Zukunft fit zu machen und ihre Entwicklung auf vielfältigen Themenfeldern gemeinsam in die Hand zu nehmen und zu bündeln. Nach der Überwindung einiger personeller und finanzieller Turbulenzen gaben die Staudengemeinden jetzt grünes Licht für einen Neustart der Regionalentwicklung Stauden (RES).

Bei einer ordentlichen Mitgliederversammlung im Rathaus Fischach sprachen sich die Rathauschefs der 13 angeschlossenen Städte, Märkte und Gemeinden aus den Landkreisen Augsburg und Unterallgäu einstimmig dafür aus, die erfolgreiche Arbeit der RES fortzuführen, in der Öffentlichkeit wieder klar Flagge zu zeigen und die Arbeitskreise und Projektgruppen wieder neu zu beleben, sofern diese – ungeachtet aller Widrigkeiten in den vergangenen drei Jahren – ihre Arbeit überhaupt unterbrochen hätten.

Fischachs Bürgermeister Peter Ziegelmeier wurde für die kommenden drei Jahre als Vorsitzender der Regionalentwicklung Stauden bestätigt. Seine Stellvertreter sind Bürgermeister Walter Wörle (Markt Wald) und – neu in dieser Position – Walkertshofens Gemeindechef Sven Janzen.

Der alte und neue Vorsitzende betonte, dass die RES nach der Überwindung finanzieller Probleme inzwischen schuldenfrei und wieder in „sicheren Gewässern“ unterwegs sei. Ziegelmeier gab die Parole aus, den Blick jetzt wieder nach vorne zu richten und auf dem bisher Geschaffenen aufzubauen. An der Zielsetzung, die 1996 zur Gründung der RES geführt hatte, habe sich nämlich nichts geändert.

Fuggerstadt Augsburg noch besser heraus!“ gab Peter Ziegelmeier die klare Marschrichtung für die Zukunft vor.

Damit rannte er bei dem rührigen, auch während der jüngsten Krise unermüdlich weiter tagenden Arbeitskreis ÖPNV offene Türen ein. Die RES-Akteure um Gerhard Schneider präsentierten gleich drei Projekte, mit denen sich die Stauden heuer im Rampenlicht zurück melden möchten. Anlass ist der 100. Geburtstag der Staudenbahn. 1912 war nach dem letzten Lückenschluss zwischen Fischach und Markt Wald die 42 Kilometer lange Eisenbahnstrecke zwischen Gessertshausen und Türkheim erstmals durchgehend befahrbar. Das runde Jubiläum soll am 3. Oktober mit sprichwörtlich „großem Bahnhof“ gefeiert werden. Apropos Bahnhof: der Erhalt der noch bestehenden Bahnhöfe entlang der Staudenbahnstrecke ist ein weiteres AK-Projekt. Diese aus Holz errichteten so genannten Agenturgebäude werden durch einen neuen Themenwanderweg, den „Staudenbahnweg“, miteinander verbunden.

Eingebunden ist die Regionalentwicklung Stauden in die 2008 gegründete Regionalentwicklung Augsburg Land West (ReAL West). Deren Vorsitzender Walter Aumann (Zusmarshausen) bezeichnete die RES als „Keimzelle“ der ReAL West, die mit ihrem über zehnjährigen Vorlauf schon viele Themen und Projekte aufgegriffen und angepackt hätte, die derzeit auch bei der ReAL West auf der Agenda stehen. wkl

OB Gabriele Bauer zum 60. Geburtstag:

# Verlässlichkeit im Dialog

„Heute das Morgen denken“: Rosenheims Zukunft zu sichern und den Bürgerinnen und Bürgern Chancen zu bieten, ist für Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer selbstverständliche Verpflichtung. Im Rahmen eines Empfangs zum 60. Geburtstag des Stadtoberhauptes am 12. April machten der Jubilarin zahlreiche politische Wegbegleiter, Gäste aus der Wirtschaft und Vertreter des öffentlichen Lebens ihre Aufwartung. Bauers Stellvertreter Anton Heindl hob die vielfältigen Qualitäten der Rathauschefin hervor, vor allem aber ihr sensibles Einfühlungsvermögen. Die städtischen Führungskräfte gelobten nach der Melodie von „Über den Wolken“, ihr Einsatz werde immer „grenzenlos“ sein.

Gabriele Bauer wurde 1952 in Schwerin geboren und lebt seit 1972 in Rosenheim. Nach dem Tod ihres Mannes übernahm sie Führungsaufgaben in einer internationalen Spedition, Schwerpunkt Auslandsgeschäft und Niederlassungen. Von 1994 bis 2003 war Gabriele Bauer Mitglied des Bezirkstages von Oberbayern. Aktuell fungiert sie als Kreisvorsitzende der CSU Rosenheim Stadt und als stellvertretende CSU-Bezirksvorsitzende. 2002 wurde sie zur Oberbürgermeisterin der Stadt Rosenheim gewählt und vor kurzem erst zur stellvertretenden Landesvorsitzenden der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU (KPV) bestimmt.

„Verlässlichkeit im Dialog ist für mich gerade in der Kommunalpolitik ein ganz hohes Gut. Denn Verlässlichkeit schafft Vertrauen in diejenigen, die im Stadtrat entscheiden genauso wie in diejenigen, die in der Stadtverwaltung handeln“, betont die Rathauschefin und ergänzt: „Bei allem, was wir tun, stehen die Menschen in unserer Stadt im Mittelpunkt. Ich möchte mit den Bürgerinnen und Bürgern Konzepte für die Zukunft Rosenheims entwickeln, mit ihnen diskutieren und mit ihnen planen, gemeinsam mit dem Stadt-

rat und mit der Verwaltung unser Rosenheim voranbringen.“ Auch bei der großen stadtgelerterischen Weichenstellung „Rosenheim 2025“ werde dies ein prägendes Kennzeichen sein.

„Wir sind Rosenheim“ lautet Bauers Botschaft. Und darum hatte die Jubilarin an ihrem Ehrentag statt Geschenken um Spenden für den Verein „Pro Arbeit“ gebeten, um über die Schulsozialarbeit Jugendliche zu erreichen, die möglicherweise von zu Hause aus nicht so gefördert werden, wie man sich dies wünscht.

Dankbar und mit berechtigtem Stolz kann die Oberbürgermeisterin darauf verweisen, „dass wir, wie uns diverse Rankings gezeigt haben, heute in der Champions-League der deutschen und bayerischen Mittelstädte spielen“. „Wir sind unangefochten in den TOP 10 der Bildungsstandorte in ganz Deutschland, was wir unserer Hochschule, den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, den hier tätigen Weiterbildungsträgern, unserer Volkshochschule und in hohem Maße unserer mehrfach ausgezeichneten Stadtbibliothek verdanken.“

Fehlende Arbeitsplätze seien in Stadt und Region heute kein Thema mehr, stellt Gabriele Bauer

fest. In Rosenheim komme der Aufschwung bei den Menschen an. Damit auch in Zukunft hochwertige Arbeitsplätze in Rosenheim geschaffen werden können, habe die Stadt für ansiedlungs- oder expansionswillige Unternehmen im Gewerbegebiet Am Oberfeld insgesamt sechs Hektar attraktive Flächen bereitgestellt. Mit dem Bahnhof Nord kämen noch einmal 2,6 Hektar hinzu. Mit dem Bau der Westtangente werde eine



Gabriele Bauer.

weitere Voraussetzung dafür geschaffen, dass Rosenheim wirtschaftlich stark bleibt.

Wer vorsorgend und vorausschauend in die Zukunft blickt, muss heute schon auf vielen Gebieten die richtigen Weichen stellen. 2012 verabschiedete die CSU-Fraktion bereits zum fünften Mal seit 2006 einen ausgeglichenen Haushalt. Und das, obwohl die Stadt an kostenintensiven Pflichtaufgaben zu tragen hat, wie etwa dem Bauprogramm für die Kinderkrippen, das alleine bis 2013 rund 23 Mio. Euro binden wird. Insgesamt ist heuer bei den Investitionen in Schule, Soziales und Gesundheit ein Anstieg um 15 Prozent auf knapp 45 Prozent zu verzeichnen.

Um Familien zu unterstützen, wurde die Errichtung eines Familienzentrums auf den Weg gebracht. Erreicht wurde zudem ein höheres Maß an Flexibilität bei

den Öffnungszeiten von Kinderkrippen und Horten – auch in den Ferien. Sozialkompetenz und Betreuung erhalten Kinder und Jugendliche aber auch bei den Vereinen und Trägern der Jugendarbeit. Dabei gelte es, den jungen Menschen auch „moralische Werte“ zu vermitteln. „Bei uns stehen die Kinder im Mittelpunkt“, so die Rathauschefin. „Kinder sind Zukunft.“

Ältere Mitbürger wiederum verstehe sie als „Aktivposten der Stadtgesellschaft“, die ihren Beitrag vor allem in sozialen, karitativen und kulturellen Initiativen leisteten. Hier werde der christliche Wert Solidarität gelebt. Eine lebendige Stadt entwickle sich so auch zur „Verantwortungsgemeinschaft“.

Ein weiterer wichtiger Bereich ist der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Die Rosenheimer Stadtspitze setzt in der kommunalen Energiepolitik einen Schwerpunkt auf Energieeffizienz und Energiesparen, indem sie die Kraft-Wärme-Kopplung zur Erzeugung von Strom und Fernwärme ausbaut. Damit soll bis 2025 der CO<sub>2</sub>-Ausstoß im Bereich Strom und Wärme in Rosenheim vollkommen vermieden werden.

Der Unternehmer Henry Ford sagte einst: „Einige Menschen verschwenden mehr Zeit und Kraft damit, ihre Probleme zu diskutieren, als sie anzupacken.“ Ganz anders Gabriele Bauer: Ihrer Auffassung nach dulden die meisten Zukunftsfragen wenig Aufschub. „Klare Entscheidungen treffen“ lautet ihre Devise. In diesem Sinne: „Ad multos annos!“ DK

## Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt eine Beilage der Firma Alfred Wirth GmbH bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.



Bei den Neuwahlen des KPV-Landesvorstandes wurde die KPV-Kreisvorsitzende im Nürnberger Land, die Röthenbacher Stadt- und Kreisrätin Cornelia Trinkl, in den Hauptausschuss gewählt. Werner Kundörfer und Andreas Kögel werden durch den Bezirksverband Mittelfranken ebenfalls in dieses Gremium auf Landesebene entsandt, das mit Vertretern von Ministerien und Verbänden wichtige kommunalpolitische Themen bearbeitet.

Auch im KPV-Bezirksverband Mittelfranken hatten Neuwahlen stattgefunden, bei denen Gerhard Lunz aus dem Landkreis Roth im Amt des Bezirksvorsitzenden bestätigt wurde. Werner Kundörfer bleibt weiter stellvertretender Bezirksvorsitzender. Weitere Vertreter aus dem Nürnberger Land sind im Bezirksvorstand: Stadträtin Christa Begert (Velden), Gemeinde- und Kreisrätin Karin Müller (Schnaittach), Gemeinderat Roman Felber (Simmelsdorf), Stadtrat Peter Uschalt (Hersbruck) sowie Stadt- und Kreisrätin Cornelia Trinkl (Röthenbach). Unser Bild zeigt von links: KPV-Kreisvorsitzende Cornelia Trinkl, KPV-Landesvorsitzenden Landrat Stefan Rößle, Werner Kundörfer (KPV-Ehrenkreisvorsitzender) und die Veldener Stadträtin und Beisitzerin im KPV-Bezirksvorstand Christa Begert.

## Neue Auflage:

### „Kleine Ingolstädter Stadtgeschichte“

In die zweite aktualisierte und erweiterte Auflage ist die „Kleine Ingolstädter Stadtgeschichte“ von Gerd Treffer gegangen. Die kompakte, bebilderte Darstellung der reichen Ingolstädter Geschichte war erstmals 2004 erschienen und von „Buchprofile“ so beurteilt worden: „Dieser sachkundige und gut lesbare Gang durch die Geschichte Ingolstadts ist allen zu empfehlen, die eine der interessantesten Städte Bayerns kennenlernen wollen.“

Das gut 160 Seiten starke Buch aus der Feder des Ingolstädter Pressesprechers Gerd Treffer, der Autor zahlreicher historischer und kulturgeschichtlicher Sachbücher ist, beschreibt den Werdegang der Stadt und ihres Umfelds vom Bernsteincollierfund der Steinzeit über den karolingischen Donautützpunkt, die Entstehung der Stadt und ihre frühe rechtliche Ver-

fassung, alte Klöster und Spitäler hin zum souveränen Herzogtum. Es folgen die glanzvolle Universitätsgeschichte, die Rolle als Landesfestung und schließlich in der neuesten Zeit der Aufstieg zur modernen Wirtschaftsstadt.

Die „Kleine Ingolstädter Stadtgeschichte“, im Verlag Friedrich Pustet, Regensburg erschienen, ist ab sofort im Buchhandel erhältlich.

## Vorschau auf GZ 10

In unserer Ausgabe Nr. 10, die am 10. Mai 2012 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Abfall und Recycling
- Kommunales Verkehrswesen - ÖPNV
- Öffentliche Beleuchtung, Straßenbeleuchtung
- Sicherheitstechnik, Kontroll- und Überwachungsanlagen
- Brand- und Katastrophenschutz
- Schulungen für Kommunalpolitiker und kommunale Angestellte
- Kommunale Museen
- Kommunal-Marketing

# LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

## Abfallbehälter

**BECK**  
Bestens ausgeStadtet.

BECK GmbH & Co. KG  
71364 Winnenden - Tel. 07195/6933 00  
www.stadtmobel.de

## Bänke

**NUSSER**  
Bestens ausgeStadtet.

Nusser Stadtmöbel GmbH & Co. KG  
71364 Winnenden - Tel. 07195/693-111  
www.stadtmobel.de

## Parkbänke

**Zinder**  
**PARKBÄNKE**

Zum Moos 1a  
87772 Pfaffenhausen  
Telefon 08265/7332695  
parkbank@max-zinder.de  
www.max-zinder.de

## Wartehallen/Außenmöblierungen

**LANGER**  
Wartehallen

39685 Langelsheim • www.langer-georg.de  
Ein Gesellschafter der ELANGIA AG

## Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

## Abzeichen

**FAHNEN KOCH COBURG**

FAHNEN KOCH GMBH  
Querstraße 8 · Abteilung GZ  
9 6 4 0 6 C O B U R G  
Tel. 09561/55270 · Fax 552723  
www.FAHNEN-KOCH.DE eMail info@fahnen-koch.de

## Fahnen/Fahnenmasten

**FAHNEN KOCH COBURG**

FAHNEN KOCH GMBH  
Querstraße 8 · Abteilung GZ  
9 6 4 0 6 C O B U R G  
Tel. 09561/55270 · Fax 552723  
www.FAHNEN-KOCH.DE eMail info@fahnen-koch.de

## Fahradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

## Kommunale Energieberatung

**KlimaKom Green City Energy**

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert  
Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!  
Tel. 089/89066790 • www.klima-kommune.de  
Petra Keller@green-city-energy.de

## Schacht-Ausrüstungen

**Schachtabdeckungen, Schachtleitern  
Einstieghilfen, Fallschutzzeleinrichtungen  
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme**

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik  
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)82218  
Telefon: (02773)82256 · www.hailo-professional.de

## Sportgeräte

**BENZ SPORT**

www.benz-sport.de ORIGINAL  
Tel. 07195 / 49 05 - 0 | Fax 07195 / 49 05 - 77 | info@benz-sport.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:  
[www.twitter.com/gz\\_aktuell](http://www.twitter.com/gz_aktuell)  
[www.facebook.com/GZaktuell](http://www.facebook.com/GZaktuell)

## Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

**LRS**  
LÜFTUNGS-REINIGUNGS-SERVICE

Franz Sedlmeier  
Inhaber

Lüftungs-Reinigungs-Service  
Wolfratshäuser Straße 9a  
82049 Pullach im Isartal  
Telefon: (089) 74 44 24 98  
Fax: (089) 74 44 24 99  
E-Mail: info@l-r-service.de  
Internet: www.l-r-service.de

**Inserieren bringt Erfolg!**  
www.gemeindezeitung.de

## Ankauf / Briefmarken

**Briefmarken-Ankauf**  
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten  
Briefmarkenauktionshaus Schulz  
Frauentorgraben 73 - 90443 Nürnberg  
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

**CSF MultiOne.**  
Multifunktionslader.  
Kompaktgeräteträger.



- wendig wie ein Radlader
- einsetzbar wie ein Teleskoplader
- kompakt wie ein Hoflader

Filiale Bäumenheim



### Zentrale Buchdorf

Industriering 1, 86675 Buchdorf

Tel.: (0 90 99) 96 66-0

Fax: (0 90 99) 96 66-40

Vertriebsstützpunkt für: Deutz Fahr, CSF

### Filiale Bäumenheim

Bgm.-Müller-Str. 5, 86663 Asbach-Bäumenheim

Tel.: (09 06) 29 63-0

Fax: (09 06) 29 63-8

Vertriebsstützpunkt für: Holder, Kioti

Fachmarkt für: Honda, Kärcher

### Filiale Wertingen

Laugnastr. 17, 86637 Wertingen

Tel.: (0 82 72) 23 67

Fax: (0 82 72) 52 66

Vertriebsstützpunkt für: Egholm

Fachmarkt für: Honda, Kärcher

### Filiale Hohenwart

Pfaffenhofenerstr. 28, 86558 Hohenwart

Tel.: (0 84 43) 9 16 19-64

Fax: (0 84 43) 9 16 19-66

Vertriebsstützpunkt für: Deutz Fahr



# WIRTH

## Alfred Wirth GmbH

Zentrale Buchdorf Tel.: (0 90 99) 96 66-0

Filiale Bäumenheim Tel.: (09 06) 29 63-0

Filiale Wertingen Tel.: (0 82 72) 23 67

Filiale Hohenwart Tel.: (0 84 43) 9 16 19-64

Email: [info@wirth-landtechnik.de](mailto:info@wirth-landtechnik.de)



Land-, Kommunal- und  
Gartentechnik vom Fachmann.

# HOLDER

Qualität - Vielseitigkeit - Wendigkeit - Komfort



## Anbaugeräte:

Schneepflüge - Salzstreuer - Mähgeräte



### Vier Jahreszeiten, ein Holder.

Der Allrad-Knicklenker mit 3 Anbauräumen von 20kW (27PS) bis 68kW (92PS).  
NEU: C350 / C370 mit 2-Mann-Kabine



Die Qualitäts-Geräteträger für den Ganzjahreseinsatz.

**City Ranger**  
**Park Ranger**



Der Maßstab in Preis und Leistung.

**KIOTI Kompakttraktoren**  
von 16kW (22PS) bis 68kW (92PS)



**Ihr Motorgeräte-Fachmarkt  
in Asbach-Bäumenheim  
und Wertingen:**

Vertrieb und Service für  
HONDA Garten- und Motorgeräte  
KÄRCHER Reinigungstechnik



**Nilfisk  
Egholm**  
Rangers at heart